Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 85 • September 2020 • 2,50 €

KLASSENKAMPF GEGEN RASSISMUS!

DDR – Anspruch & Wirklichkeit
SED -Partei neuen Typus?

Kapitalismus: Profit geht vor Leben
Widerstand in Coronazeiten!

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 25 zum 1. September 2020

Mit oder ohne Corona – Sie meinen Krieg, wenn sie vom Frieden reden!

Angeblich wurde die Bundeswehr in den letzten 20 Jahren kaputt gespart.
Fakt ist: Der Truppe stehen 2020 mit 45,2 Mrd. Euro rund 40 Prozent mehr zur Verfügung als im Jahr 2000 mit 24,3 Mrd. Euro. Allein die zwei vergangenen Jahre zeigen, wie der Staat **Kriegsvorbereitungen** trifft.

auch Gelder für die Kriegsindustrie geplant: 500 Mio. Euro für ein Cyber-Zentrum und Unterstützung in Milliardenhöhe, um Projekte vorzuziehen. Der Staat stopft den Waffenschmieden, die selbst für kapitalistische Monopole bemerkenswerte Unverschämtheit und Maßlosigkeit zeigen, den gierigen Schlund ...

Was wir mit diesen Geld alles anstellen könnten
– nur so als Gedankenspiel ...
Zahlen von „Ärzten statt Aufrüsten"
Die jährlichen Kosten von Hartz IV, die nicht mal das

Die Branche ist **keineswegs** das **Jobwunder**, als das sie sich gerne darstellt. In der EU stellen die etwa 500 000 ArbeiterInnen im Rüstungssektor nur 0,024 Prozent aller EU-ArbeiterInnen.

Inhalt

Schwerpunkt

Black Lives Matter – Widerstand geht weiter! 3

ILPS USA – Organisiert Euch für die Schwarze Befreiung! 12

Tribunal „NSU-Komplex auflösen" Black Lives Matter – Solidarität! 14

Whitey on the Moon 17

Bericht
Antirassistische Aktion Gedenkdemo in Hanau 18

Aktuell

COVID-19 ist tödlich! Teil II
Tödlicher das kapitalistische System! Ausweg: Sozialismus 19

„Soziale" Demagogie der Nazis & Querfront Theorie 29

Bericht
Corona-LeugnerInnen entern Berlin 22

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Mit oder ohne Corona – Sie meinen Krieg, wenn sie vom Frieden reden! 33

Schwerpunkt

Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?
Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit
Teil 5 SED – Entwicklung zur Partei neuen Typus? 37

Debatte

Antwort TA auf Kritik von „Rote Front" an Teil 1 der DDR-Artikelserie
„Replik: Die Volksdemokratie als Form der proletarischen Diktatur!" 55

Klassenkampf

Demo Bericht 200. Geburtstag
Friedrich Engels Kommunist Wissenschaftler Internationalist 66

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de
http://trotzalledem.bplaced.net
V.i.S. d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe TA-LeserInnen, GenossInnen und MitkämpferInnen

Nichts bleibt wie es ist.... Alles ist in Bewegung!
Wir leben in unruhigen Zeiten. Das ist gut, bis zur „großen Harmonie"! Black Live Matter - Millionen sind auf den Straßen gegen Rassismus und gegen Ungerechtigkeit. Gegen die herrschenden Zustände. Trotz Corona! Unser Schwerpunkt. Wir lernen aus diesen Kämpfen!
In Corona-Zeiten, wo Fact und Fake schwer zu unterscheiden sind, versuchen wir, mit weiteren Artikel zu dem Thema, ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Diskussion ist wie immer erwünscht!
Apropos Corona: Die Faschos versuchen in Zeiten der Verunsicherung der Menschen, durch eine Desinformationsflut, sich als Wahrer „der Freiheit" gegen die „Merkeldiktatur" zu vermehren! Am 29. August schwenkten sie im „Sturm" auf Berlin ihre Reichsfahnen vor dem Reichstag! Das passt! Die Krokodilstränen der Herrschenden sind Fake. Eine Woche vorher wurde in Hanau die Gedenkdemonstration wegen Corona verboten. Aber in Berlin eine Woche später wird von den Herrschenden „die Versammlungsfreiheit" als höheres Gut als Menschenleben – natürlich nicht des eigenen! – entdeckt. Sie haben das Schlamassel selbst produziert. Das werden sie wiederum verwenden um den Polizeistaat im Namen der Demokratie weiter voranzutreiben!
Weiterer Schwerpunkt der Ausgabe ist nach wie vor die Einschätzung der DDR! Wir müssen lernen, um alles besser zu machen! Nur wenn wir lernen es besser zu machen, wird auch nichts so bleiben wie es ist. Dann wird es aber alles zum Besseren für die Werktätigen, für die große Menschheit entwickeln! Bleibt gesund, bleibt zuversichtlich!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind KommunistInnen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen ArbeiterInnenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften KämpferInnen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der ArbeiterInnen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Notwendig ist Revolution gegen das System!
Riots gegen Rassismus überall!

Widerstand geht weiter!

25. Mai 2020 – Die kaltblütige Ermordung von Georg Floyd durch vier weiße rassistische Polizisten in Minneapolis/Minnesota brachte das Fass der Empörung zum Überlaufen. Seitdem erfasst eine Welle von nicht endenden Protesten und Demonstrationen über 2000 Groß- und Kleinstädte in den USA. Wesentlich getragen von der **Black Lives Matter-Bewegung**.

Auch weltweit setzt solidarischer, internationalistischer Widerstand gegen Rassismus, Polizeigewalt und Unterdrückung ein unübersehbares Zeichen. In über 90 Ländern. Millionen Menschen fordern **Gerechtigkeit für Georg Floyd** und verurteilen den US-Staat, seine Regierung, mit dem Rassisten Trump an der Spitze. Gleichzeitig prangern sie den Rassismus gegen Schwarze Menschen, MigrantInnen, JüdInnen, Roma und Sinti, nationale Minderheiten in ihren eigenen Ländern an.

Wien (Österreich) erlebt beispielsweise am 4. Juni eine gewaltige Demonstration mit über 50 000 Menschen unter dem Motto, „Black Lives Matter Vienna gegen Rassismus und Polizeigewalt".

In den Städten und Bundesstaaten der USA – quer durchs ganze Land halten die Aktionen an. Vielfältige Formen des Widerstands, Menschenketten, Sitzblockaden, Die-Ins, Demonstrationen, Fahrradkorsos gegen **institutionellen und strukturellen Rassismus**, vor allem im Polizeiapparat.

Und längst schon wird das System des Rassismus in allen gesellschaftlichen Bereichen angeklagt und in Frage gestellt.

„Ich kann nicht atmen!" und **„Black Lives matter"** wird zu einem kollektiven Aufschrei gegen die brutale Lebensrealität von Schwarzen in den USA.

Eine wachsende Widerstandsbewegung von AfroamerikanerInnen, Latin@s und anderer Communities vorwiegend aus der ArbeiterInnenklasse, aber auch viele weiße, junge, antirassistische AktivistInnen, linke, revolutionäre Organisationen und einige wenige Gewerkschaften sind Teil dieses Kampfes.

Vor allem **junge Schwarze Frauen** prägen die Bewegung und sind führend in der Organisierung. Die Protestbewegung sagt der „White Supremacy (Weißen Vorherrschaft)" den Kampf an.

Das Black Lives Matter-Netzwerk kommentiert die aktuelle Bewegung als eine der **wichtigsten gesellschaftlichen Bewegung** seit den **machtvollen Black-Power** und **Black Panther-Kämpfen** in den 1960er und 1970 Jahren.

Die aktuellen Aktionen legen das öffentliche Leben in vielen Bereichen lahm. Manche Polizeireviere werden angegriffen, staatliche Einrichtungen, die für die rassistische Politik stehen, attackiert. In zahlreichen Städten, in Bundesstaaten werden Ausgangssperren verhängt. Die Trump-Bundesregierung setzt auf Eskalation und militärische Mittel.

In verschiedenen Städten, so zum Beispiel Seattle, Portland, lässt Trump Sondereinsatztruppen des Heimatschutzministeriums, die als sog. „Bundespolizisten" ausgegeben werden, stationieren. Diese Spezialeinheiten sind übelste Schlägertrupps, zumeist ehemaliger SoldatInnen der US Armee. Sie schlagen mit martialischer Härte in die Demonstrationen rein und verschleppen AktivistInnen in nicht gekennzeichneten Fahrzeugen an „unbekannte Orte".

Gleichzeitig werden diverse rassistische, bewaffnete weiße Bürgerwehren (Ku-Klux-Klan etc.) offiziell zur Selbstjustiz ermuntert. Begleitet wird diese Offensive von einer üblen **Propagandakanonade der Trump-Administration** gegen „Kriminelle, Anarchisten, Antifa, Kommunisten". Und natürlich auch gegen den politischen Gegner innerhalb des bürgerlichen Lagers, die Demokraten.

Die **Präsidentschaftswahlen** stehen vor der Tür. Das vorrangige politische Ziel der Trump-Regierung ist die massive Einschüchterung, gezielte Kriminalisierung der AktivistInnen und Unterdrückung der Aufstände gegen die repressive Polizei- und Staatsgewalt.

Aber alle Anzeichen deuten daraufhin, es wird nicht so einfach sein, dieses Ziel zu erreichen! Denn es sind Zeiten von explodierendem Rassismus, Massenarbeitslosigkeit und Pandemie, von Verarmung immer größerer Schichten der Werktätigen, insbesondere von Schwarzen, Latin@s und Indigenen.

Zu gewaltig ist die Empörung, zu mächtig der Wunsch nach Veränderung, zu groß die Wut der Massen, zu laut der Aufschrei nach einem Ende des Rassismus!

Wahlkampfgetöse

Während die Trump-Regierung gegen die BLM-Aktionen hetzt, und sich als Wahrer von „law and order" gegen „chaotische Zustände" empfiehlt und erhofft dadurch Punkte für die Wahlen zu sammeln, versuchen die **Demokraten** die BLM-Bewegung, natürlich nur die „friedlichen Gruppen", vor ihren Wahlkampfkarren zu spannen.

Kamala Harris hat sich in ihrer Nominierungsrede für die Wahl zur Vize-Präsidentin der USA, als erste Frau und Schwarze, auf dem Parteitag der Demokraten profiliert. Als gesellschaftspolitisches Ziel verkündet sie wie in einer Sonntagspredigt, sie teile *„die Vision mit Joe* (Joe Biden, Anm. TA) *von unserer Nation als einer liebenden Gemeinschaft, die wir aufbauen wollen. Wo alle willkommen sind, egal wie wir aussehen, egal wo wir herkommen, egal wen wir lieben."* *„Während der Corona-Virus uns alle trifft, müssen wir ehrlich sein. Der Virus ist aber nicht für alle gleich. Leider leiden und versterben an dem Virus überproportional viele Schwarze, Indigene, und Latin@s.* ***Das ist kein Zufall, sondern ein Zeichen von strukturellem Rassismus."*** Dann verspricht Harris das Blaue vom Himmel: *„Ungleichheit im Bildungssystem, in der Sicherheit des Arbeitsplatzes, im Zugang zur Krankenversorgung, im Straf- und Justizsystem, abschaffen"* und *„Rassenungleichheit' anzugehen und abzubauen."* Harris endet pathetisch: *„Mit diesen Wahlen besteht die Möglichkeit den* ***Lauf der Geschichte zu ändern****"*.

Die wirklich **entscheidende Frage** zur Programmatik und Politik der Demokratischen Partei beantwortet sie in ihrer Rede aber nicht: Warum hat die Präsidentschaft von Barak Obama in den acht Jahren seiner Amtszeit 2009 – 2017 **nicht** an der strukturellem und institutionellem rassistischen Unterdrückung der Schwarzen gerüttelt und diese bekämpft? **„Black Lives" haben auch unter Obama nicht gezählt!** Polizeigewalt, Morde an Schwarzen Menschen stiegen in dieser Präsidentschaft sogar weiter an. Armut und soziale Ausgrenzung nahm zu!

In **allen gesellschaftlichen Bereichen**, angefangen bei Bildung, Ausbildung, Schule und Universität, im Justiz- und Gefängnissystem, im Gesundheitswesen, in Kultur, im Sport, in der Ökonomie, in der Politik, auf dem Wohnungsmarkt, an den Arbeitsplätzen, überall wohin man blickt, in allen Poren der Gesellschaft war und ist die rassistische Unterdrückung und Ausbeutung allseits präsent.

Falls die demokratische Partei die Wahl gewinnen sollte, wird sich daran, trotz ihrer sich den Schwarzen WählerInnen anbiedernden Wahlkampf-Rhetorik, nichts ändern. Ihre Politik wird keine grundlegenden Reformen umsetzen und ihr Rassismus ist nur geschickter verpackt als der von Trump und Konsorten. Den Lauf der Geschichte werden nur die kämpfenden Völker der USA verändern.

„Aufstand gegen den Tod (COVID-19) und das Morden – Für das Leben!"

Chicago, am 10. August schießt ein Polizist bei einer Verfolgungsjagd auf den 20 Jahre alten Afroamerikaner **Latrell Allen** und verletzt ihn schwer.

DemonstrantInnen versammeln sich vor der Polizeistation und auf den Straßen der Stadt. Polizisten werden angegriffen. Scheiben gehen zu Bruch, Geschäfte werden ausgeräumt. Über die Plünderungen, eine Randerscheinung in der gerechtfertigten Rebellion der Massen, wird in allen Mainstream-Medien unisono lamentiert! Die unbändige Wut über die nicht endenden, extra-legalen Hinrichtungen afroamerikanischer Menschen durch Polizisten in aller Öffentlichkeit; das Entsetzen über die hohe Sterblichkeit durch den Corona-Virus in der Schwarzen Community, die von medizinischer Versorgung weitgehend ausgeschlossen ist; der Wille das durch rassistisch-kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückungsstrukturen bedingte Elend zu beenden … **das sind die Triebfedern für die Riots**.

Black Lives Matter Chicago greift in ihrer Erklärung ***„Wir müssen uns wehren! Schwarze Leben zählen! Genug ist genug! Wir lassen uns nicht weiter ermorden! Wir verteidigen unsere Gemeinschaften!"*** zurecht das System an und verteidigt die Aktionen: *„die Bürgermeisterin Lightfoot sollte nicht überrascht sein, dass die Luxus-Einkaufsmeile, zur Zielscheibe des Protestes wird. Chicagoer PolitikerInnen haben massiv dieses hochrentable Investitionsgebiet unterstützt. Während die armen Nachbarschaften schwer unter fehlenden Investitionen und Vernachlässigung leiden. In den letzten Monaten haben so viele Menschen, überproportional viele Schwarze und Braune, ihre Jobs verloren, ihre Wohnungen und ihr Leben, und die Stadt hat einfach nichts gemacht und die Chicagoer Elite profitiert.*

Wenn DemonstrantInnen high-end Einzelhandelsgeschäfte angreifen, die den Reichen gehören und für Reiche da sind, zeigt das nur, das ist nicht ‚unsere' Stadt und das hat sie auch nie für uns bedeutet." [1] Die Herrschenden nennen es Plünderungen, aber es ist ein Kampf um das Überleben. Ein gerechter Wutausbruch und Aufstand gegen die herrschenden Zustände.

1 Chicago Tribune,10.08.2020

Rassistische Grundstruktur des amerikanischen Kapitalismus

Seit Beginn der Kolonisierung Nord- und Südamerikas vor über 400 Jahren im 16. Jahrhundert durch weiße, europäische SiedlerInnen wurden etwa 15 Millionen Menschen [2] aus Afrika als SklavInnen für die weißen Herren verschleppt. Über 1,5 Mio. AfrikanerInnen wurden bereits auf dem Transport nach Übersee umgebracht. [3] Für die SklavenhalterInnen waren die SklavInnen ihr Besitz. Sie verfügten über das Recht diese zu töten, zu vergewaltigen, zu foltern und zu lynchen. Unzählige Schwarze Menschen wurden durch dieses Unterdrückungssystem hingemordet.

Ein **Völkermord** über Jahrhunderte hinweg. Darauf begründet sich die „älteste und größte Demokratie der Moderne". Auf einer **kapitalistischen Ökonomie** der intensivsten, maximalen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und Versklavung vor allem der Schwarzen und dem Völkermord an der indigenen Bevölkerung. Dadurch wurden die USA „mächtig".

Ideologisch gerechtfertigt wurde diese Politik mit rassistischen Theorien von der Minderwertigkeit, bzw. Unwertigkeit Schwarzen, aber auch des indigenen Lebens. Die Rechtfertigungen wurden im Laufe der Jahrhunderte den sich jeweils verändernden Realitäten immer wieder neu angepasst. Im Kern waren sie immer biologistisch und rassistisch.

Nach dem Ende des „amerikanischen Bürgerkriegs zwischen dem Norden und dem Süden" wurde 1865 die Sklaverei von Schwarzen formal aufgehoben. Ersetzt wurde sie durch die **„moderne Sklaverei"** durch die sogenannte „Rassentrennung", die **Segregation**.

Festgelegt in den Jim-Crow-Gesetzen wurde die komplette Trennung (Segregation) zwischen AfroamerikanerInnen und Weißen weiter festgeschrieben. Zynisch wurde als rassistisches Motto ausgegeben „separate but equal", („Getrennt, aber Gleich").

Die Schwarze Bevölkerung musste in für sie vorgeschriebenen Stadtvierteln leben. Bestimmte öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Restaurants, Busse, Eisenbahnen usw. waren strikt getrennt. Entweder nur für Weiße oder nur für Schwarze, bzw. Nichtweiße. Die komplette Abtrennung von der weißen Mehrheitsbevölkerung wurde weiter zementiert. Die Teilnahme an den Vorwahlen für Schwarze war verboten.

Alle Fortschritte, kleine wie große Veränderungen hat sich die **afroamerikanische Bevölkerung** im Jahrhunderte langen Kampf, in Aufständen, Streiks und **gewaltsamem Widerstand gegen die weiße Herrschaft** erstritten. Pogrome und Massaker konnten die Befreiungsbewegung der Schwarzen Werktätigen nicht brechen.

Auch die **internationalen Entwicklungen** hatten einen großen Einfluss auf den antirassistischen-antikapitalistischen Kampf. In Afrika, Lateinamerika und Asien hatten die antikolonialen und antiimperialistischen **Befreiungsbewegungen in den 1950 und 196Oer** Jahren einen ungeheuren Aufschwung und stellten die Frage der nationalen Unabhängigkeit ihrer Länder auf die Tagesordnung. Dadurch wurde auch der antirassistische Kampf in den USA angefeuert und gestärkt.

Das Anwachsen der **„gewaltfreien zivilen" Bürgerrechtsbewegung**, geprägt durch Martin Luther King in diesen Jahren fand seinen Höhepunkt beim Marsch von 250 000 Menschen nach Washington am 28. August 1963, wo King seine berühmte Rede hält: *„Ich habe einen Traum".*

Das rassistische Amerika schlug zurück – zwei Wochen später Bombenanschlag des Ku-Klux-Klans in Birmingham. Vier Schwarze Mädchen werden vor einer Kirche getötet und viele Menschen schwer verletzt. Der Täter wird freigesprochen. Mord und Brandschatzungen gehen unvermindert weiter.

Im Civil Rights Act von 1964 musste Präsident L. B. Johnson die **formale Aufhebung** der „Rassentrennung" gesetzlich verankern, um den Unruhen Herr zu werden.

Faktisch blieb sie aber immer noch bestehen. Auch die Privilegien in der weißen ArbeiterInnenklasse wurden weiter aufrechterhalten. Das Gesetz konnte nur passieren mit der Zusicherung, dass der Vorrang der weißen Beschäftigten nicht angetastet wird.

2 https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Sklavenhandel&oldid=203031778

3 ebenda

Die **politischen Morde** an den Schwarzen Führern, **Malcolm X.** im Februar 1965 und **Martin Luther King** im April 1968 radikalisierten die Schwarze Bürgerrechtsbewegung, vor allem aber die Schwarze revolutionäre Widerstands- und Klassenbewegung.
Die **Black Power und Black Panther-Bewegung** setzte in den 1960er und 70er Jahren der Strategie des „gewaltfreien zivilen Ungehorsams" den **revolutionären Kampf der Schwarzen Befreiungsbewegung** gegen den US-Imperialismus entgegen.

White Supremacy 2020

US-Präsident Trump stellt sich medienwirksam und offensiv in die Tradition der rassistischen Vergangenheit und Gegenwart der USA.

Die Auftaktveranstaltung zu seinem Wahlkampf hatte er gezielt auf den 19. Juni 2020 gelegt. Juneteenth ist ein Gedenktag zur Erinnerung an den 19. Juni 1865, dem formalen Ende der Versklavung der afroamerikanischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Nach heftigen Protesten sah sich Trump gezwungen die Veranstaltung um einen Tag zu verschieben.

Aber auch den Ort, Tulsa, Oklahoma wählte Trump ganz bewusst als Provokation für den Wahlkampfstart aus. Ein klares Bekenntnis zu einer Stadt, mit der Tradition des weißen Lynchmordes. In Tulsa wurde 1921 vom 31. Mai zum 1. Juni, innerhalb von 24 Stunden ein grauenhaftes Massaker an den Schwarzen BewohnerInnen verübt. Ein weißer Mob, unter Beihilfe der Polizeibehörden legte ihr Wohnviertel in Schutt und Asche. Über 1 000 Wohn- und Geschäftshäuser wurden zerstört. 300 Menschen wurden bestialisch gelyncht und über 8 000 EinwohnerInnen vertrieben.

Das ist die Geschichte die Trumps „America first" feiert!

Die Zeit des „Bitten und Betteln" um Reformen sollte ein für alle Mal beendet sein. Der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft wurde, eingebettet in die weltweite revolutionäre Jugend- und ArbeiterInnenbewegung, auf die Tagesordnung gesetzt.
Im Laufe der Jahrhunderte haben sich **die Formen der rassistischen Repression** in den USA verändert. Sie wurden „moderner", den Erfordernissen des Imperialismus angepasster, aber im Wesen der rassistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategie hat sich bis heute nichts verändert.
AfroamerikanerInnen, Latin@s und indigene Völker stehen nach wie vor auf der untersten Stufe der rassistischen, weißen Hierarchie. Diese Grundstruktur war und ist einer der Hauptpfeiler der Herrschaft der amerikanischen Großbourgeoisie im **„Teile und Herrsche" Prinzip**. Die weiße amerikanische ArbeiterInnenklasse und ihre systemkonformen Gewerkschaften profitieren bis heute von diesem System.

Die Aufhetzung der Werktätigen gegeneinander ist in allen kapitalistischen Gesellschaften eine erfolgreiche Strategie der herrschenden Klassen und ihres Staatsapparates um ihre Macht aufrecht zu erhalten.
Das wirksamste Mittel hierfür ist die **Spaltung der unterdrückten Klassen** entlang der unterschiedlichen historischen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern. Anhand von rassistischen Kriterien, anhand von Geschlechtszugehörigkeit (bzw. Geschlechtszuschreibungen), anhand von Nationalität, anhand von Religion, anhand von Alter werden Hierarchien der Herrschaftserhaltung installiert.
Die kapitalistische Herrschaft in den USA ist darauf ausgerichtet eine Hierarchie der Unterdrückung zu schaffen, worin die menschenverachtende Ideologie verankert ist: Rassistisch, die weißen ArbeiterInnen seien den Schwarzen ArbeiterInnen genetisch überlegen; patriarchal, der Mann sei der Frau übergeordnet, LGBTQ-Lebensformen seien „widernatürlich"; nationalistisch-chauvinistisch, Geflüchtete stellen die Existenz der eigenen Nation in Frage; antisemitisch, es drohe die jüdische Weltverschwörung; antimuslimisch, die christliche Religion stehe über dem mittelalterlichen Islam, usw.
Die Werktätigen sollen sich nicht zusammenschließen und sie sollen sich nicht von der bürgerlichen Ideologie befreien. Gezielt wird darauf die **Spaltung in den Schichten der ArbeiterInnenklasse** um jeden Preis aufrechtzuerhalten.
Zentrale Aufgabe der KommunistInnen ist gegen alle Formen der Unterdrückung der unterdrücktesten Schichten der ArbeiterInnenklasse, MigrantInnen, Schwarze, Latin@s, Indigene, Nationalitäten, Geflüchtete zu kämpfen und diese zu organisieren, den Chauvinismus der besser gestellten (weißen) Arbeiterschichten politisch zu bekämpfen um eine solidarische Einheit der gesamten ArbeiterInnenklasse zu verwirklichen. Karl Marx hat zu recht festgestellt:
„Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird." [4]
Die geschichtliche Entwicklung hat gezeigt, dass die *„Arbeit in schwarzer Haut"* bis heute im 21. Jahrhundert weiter gebrandmarkt ist. Die weiße ArbeiterInnenklasse der USA macht sich insofern mitschuldig an dem System der rassistischen Unterdrückung, wenn sie nicht vorbehaltlos, selbstkritisch und solidarisch für die Rechte der Schwarzen, der Latin@s und Indigenen kämpft und auf weiße Privilegien bewusst verzichtet.
Die **kommunistische ArbeiterInnenbewegung der USA** war Anfang des 20. Jahrhunderts, und zum Teil

4 Marx, „Das Kapital", Bd. I, MEW, Bd. 23, S. 318

bis heute geprägt von der politischen Einschätzung, das dringendste Problem sei die kapitalistische Ausbeutung, und wenn diese abgeschafft sei, **verschwände sozusagen der Rassismus wie von selbst**. Der Zusammenhang von Rassismus und Ausbeutung, von Spaltung der ArbeiterInnenklasse und politischer Herrschaft wurde nicht ausreichend analysiert, und der Kampf falsch, mechanisch einseitig ausgerichtet.
Natürlich war es richtig festzustellen, der ökonomische Hauptwiderspruch im Kapitalismus ist der zwischen Arbeit und Kapital, zwischen ArbeiterInnenklasse und Kapitalistenklasse.
Allerdings wurde sträflich ignoriert, dass ein siegreicher Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals nicht geführt werden kann, wenn die Spaltung der ArbeiterInnenklasse nicht überwunden ist! Dazu ist ein ständiger antirassistischer, antinationalistischer und antipatriarchaler Kampf innerhalb der ArbeiterInnenklasse und den Werktätigen notwendig!
Diese Kämpfe sind untrennbare Teile des Klassenkampfes! Auch im Sozialismus, nach der Eroberung der Macht durch die ArbeiterInnenklasse müssen wir diese Kämpfe weiterführen!

Struktureller & institutioneller Rassismus Polizei, Knast und Justiz

Trotz Millionenfacher Proteste nach dem brutalen Mord an George Floyd gegen Polizeigewalt in den USA und weltweit in vielen Ländern, hält die alltägliche Kontinuität des Polizei- und Staatsterrors an.

Das Morden geht weiter – es hört nicht auf! Wut und Empörung wächst.

Aurora, Colorado 5. August. Eine Polizeistreife bedroht eine Schwarze Familie mit vorgehaltener Waffe, wobei sie deren Fahrzeug „irrtümlich" als gestohlen gemeldet ansieht. Ein Video mit dem Vorfall geht viral. Polizisten mit gezogenen Waffen sind zu sehen, die **Brittany Gilliam** und vier Mädchen, zwischen 6 und 17 Jahren, zwingen sich mit dem Gesicht nach unten auf einen Parkplatz zu legen. Zwei Mädchen mit Armen auf dem Rücken und angelegten Handschellen. Ihre Angstschreie sind zu hören. Brittany Gilliam sagt, sie habe ihre Schwester, ihre Tochter und ihre Neffinnen abgeholt um zum Nagelstudio zu fahren. [5]

Lafayette, Lousiana in der Nacht des 21. August Polizistenmord an **Treyford Pellerin**, 31 alt. *„Einige Cops umringen einen Schwarzen Mann und erschießen ihn mit mehr als zehn Schüssen! – Sie handelten als Richter, Jury und als Scharfrichter. Wir fordern GERECHTIGKEIT und ANTWORTEN."* [6]

Kenosha, Wisconsin, 23. August. Jacob Blake war vor Ort um in einem Fall häuslicher Gewalt zu vermitteln. Er ging zu seinem Auto zurück, in dem drei seiner Kindern warteten. Beim Öffnen seiner Autotür wird Jacob **–** von weißen Polizisten, aus kürzester Distanz, von hinten **–** in den Rücken geschossen. Sieben Schüsse. Vor seinen Kindern. Vor laufenden Handycameras von NachbarInnen. Er überlebt schwer verletzt, und soweit bisher bekannt von der Hüfte an querschnittsgelähmt… Wütende Proteste und Demonstrationen sind die Antwort.
Weiße Bürgerwehren mobilisieren landesweit zum Krieg gegen die „Anarchisten in Kenosha". Der 17 jährige Rassist K. Rittenhouse, bewaffnet mit einem automatischen Gewehr, macht sich am 25. August mit einem Bürgerwehr-Trupp auf den Weg. Von den Polizei-Einsatzkräften vor Ort, werden sie freudig begrüßt mit Wasser und Essen versorgt. Für die Unterstützung wird ihnen überschwänglich gedankt. Dann marschiert der Rassist K. R. unter die DemonstrantInnen. Erschießt und ermordet Joseph Rosenbaum, Antony Huber und verletzt Gaige Großkreuz schwer. Trump spricht in seiner Nominierungsrede von *„Gesetzlosigkeit in Kenosha, wo der Mob regiert"*. Er meint natürlich die DemonstrantInnen, nicht die Mörder. Und verteidigt den Täter, *„er habe lediglich sein Recht auf Selbstverteidigung wahrgenommen*."

Das alles demonstriert immer nur eines: Die Aufrechterhaltung der rassistischen Ungleichheit, Schwarzer Armut, Beschränkung, Unterdrückung und Kontrolle des Schwarzen Lebens ist Ziel des Staatsapparates und der politischen Machtelite in den USA.
Mit aller militärischen, polizeilichen und staatlichen

5 www.democracynow.org2020/8/5headlinesaurora_co_police_detain_black_mother_and_four_children_at_gunpoint

6 #BlackLivesMatter pic.twitter.com/

Gewalt und Macht werden **Gleichberechtigung und Gleichheit der afroamerikanischen Bevölkerung** verhindert. Dem dient das ganze System der durch militarisierten Polizeigewalt, der Klassenjustiz und der industrielle Gefängniskomplex.

Gefängniskomplex -Justiz

Das äußerst-brutale Gefängnisregime in den größtenteils privat-kapitalistisch betriebenen US-Knästen richtet sich gezielt gegen Schwarze. Politische Entrechtung durch Aberkennung des Wahlrechts ist die Regel. Die ökonomische Ausbeutung der Arbeitskraft von Schwarzen Gefangenen in den Knästen durch unglaublich billige Zwangsarbeit ist äußerst profitabel. Masseninhaftierungen sind Alltag: Über eine Million AfroamerikanerInnen sind in diesem Land eingekerkert.

Der USA-Anteil an der Weltbevölkerung liegt bei nur fünf Prozent. Aber die Inhaftierten in US-Knästen machen **21 Prozent aller Gefangenen weltweit** aus. Ein Drittel von ihnen sind afroamerikanische Menschen.

Polizeigewalt – Statistik 2015 – 2019

Washington Post: *„Der Anteil von durch die Polizei getöteten Schwarzen Amerikaner ist mehr als zweimal so hoch wie die Rate für Weiße Amerikaner."* [1]

Afroamerikaner – 1 308 ermordete Menschen
31 Morde auf eine Mio. Menschen,
Bevölkerungsanteil 42 Mio.

Latin@s – 911 ermordete Menschen
23 Morde auf eine Mio. Menschen
Bevölkerungsanteil 39 Mio.

Weiße – 2 507 ermordete Menschen
13 Morde auf eine Mio. Menschen
Bevölkerungsanteil 197 Mio.

Andere – 22 ermordete Menschen
4 Morde auf eine Mio. Menschen
Bevölkerungsanteil 49 Mio.

1 https://raw.githubusercontent.com/washingtonpost/data-police-shootings/master/fatal-police-shootings-data.csv

Ein **ausgeklügeltes Justizsystem** verdonnert Schwarze zu enormen Höchststrafen. Weil sie sich zu Widerspruchsverfahren keine Anwälte leisten können, stimmen sie gezwungenermaßen vorab „Vergleichen" mit dem Gericht zu. Damit akzeptieren die Angeklagten Gefängnisstrafen, ohne dass überhaupt die Schuldfrage geklärt wird.

Die Verschärfung des Strafrechtes 1994 durch das Gesetz zur **„Three-Strikes-Regelung"** wurde vom demokratischen Präsidenten Clinton als „Meilenstein in der bundesweiten Verbrechensbekämpfung" vorgelegt. Von Demokraten und Republikanern gleichermaßen gefeiert und verabschiedet, führte es folgenden Mechanismus ein: Nach der dritten Verurteilung wegen einer Straftat (z.B. Dealen, Drogenkonsum, Diebstahl etc.) wird **automatisch** eine besonders schwere Strafe verhängt.

Die Umsetzung dieses Gesetzes hatte *„den höchsten Anstieg in der Zahl der Häftlinge in der Geschichte der USA zur Folge, wobei die meisten wegen nicht gewalttätiger Drogendelikte inhaftiert wurden. Clinton erfüllte sein Wahlkampfversprechen, dass kein Republikaner härter gegen Verbrechen vorgehen werde als er – und Verbrechen war in Amerika schwarz."* [7] Milliarden Dollar wurden im Zuge der Gesetzgebung für den Ausbau der Polizeikräfte und die Gefängnisse vom Staat bereitgestellt.

Unter dem **Vorwand des Kampfes gegen Drogen**, wird die vom Staat forcierte Kriminalisierung insbesondere Schwarzer Jugendlicher vorangetrieben. Obwohl AfroamerikanerInnen nur 12 Prozent der DrogenkonsumentInnen ausmachen, machen sie 36 Prozent der Verhafteten bei Drogenvergehen aus. Die weiße Mittelschichts- und Reichenjugend, deren Drogenkonsum wesentlich höher und die Anzahl der Verhafteten wesentlich niedriger ist, wird nur im äußersten Fall angeklagt. Die Schwarze Jugend wird beim kleinsten Vergehen kriminalisiert, in den Knästen gewalttätig unterdrückt und gebrochen.

Die Verhängung und der Vollzug der **Todesstrafe** ist ein weiteres staatliches Unterdrückungsmittel. Nach 17 Jahren hat die Trump-Regierung aktuell die Wiederaufnahme der Vollstreckung der Todesstrafe in einem Bundesgefängnis angeordnet und will weitere Hinrichtungen vornehmen lassen. In extremem Ausmaß betroffen ist wiederum die Schwarze Community. Denn über 40 Prozent der zum Tode Verurteilten sind AfroamerikanerInnen.

Black Lives Matter & Perspektiven

Entstehung

Am 26. Februar 2012 wurde in Sanford, Florida der afroamerikanische Jugendliche **Trayvon Martin,** 17 Jahre alt, abends auf der Straße von dem weißen Rassisten Zimmerman kaltblütig erschossen. Der Mörder, Mitglied einer „Nachbarschaftswache" hatte *„den Eindruck der Junge habe etwas gestohlen"*. Er berief sich auf Notwehr und wurde zunächst nicht festgenommen. Nach Protesten wurde er verhaftet, angeklagt und von einer rassistischen Jury 2013 freigesprochen. Als Protestreaktion auf den Freispruch postet die Schwarze Aktivistin Alicia Garza ihr Entsetzen darüber

7 Ibram X. Kendi, „Gebrandmarkt – Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika", S. 487, 2016, Verlag C.H.Beck 2017

„wie wenig Schwarzes Leben zählt …Schwarze Leute ich liebe Euch. Ich liebe uns. Unser Leben zählt". Patrisse Cullors anwortet ihr mit dem Hashtag ***„#BlackLivesMatter".*** Opal Tometi schließt sich den beiden Frauen an und sie starten Juli 2013 die **Online-Kampagne „Black Lives Matter".**

Drei junge Schwarze Frauen setzen ein unübersehbares, ein unüberhörbares und wirkmächtiges Zeichen für eine massenhafte politische Widerstandsbewegung gegen Rassismus. **#BlackLivesMatter** wird gegründet und formiert sich.[8] Eine beeindruckende Eigeninitiative von AktivistInnen und UnterstützerInnen entfaltet sich. Auf jeden rassistischen Mord, auf jeden Angriff wird lokal, und auch national mit unterschiedlichsten Aktionen geantwortet. Das Schweigen und Vertuschen soll ein für allemal gebrochen werden. Die ProtestteilnehmerInnen bringen ihre mit viel Phantasie selbst produzierten Schilder und Transparente mit. Keine auf Hochglanz gedruckten Banner sind nötig. Slogans und Parolen mit scharfer Kritik und packender Ironie werden entwickelt. Wandmalereien thematisieren mit großer Wucht Trauer, Wut aber auch Kampflust und den unbändigen Willen nach Veränderung. Die Kreativität von Hunderttausenden ist Beispiel für Vielfalt, Verbindung von Kunst und politischer Bewegung, macht Hoffnung und zieht immer neue AktivistInnen in ihren Bann.

Organisierung

Die Black Lives Matter Foundation, Inc. beschreibt sich selbst als ein *„dezentralisiertes Netzwerk", „ohne formale Hierarchie"* oder festgelegte Struktur. Einzelpersonen, soziale Bewegungen und Initiativen haben sich zusammengefunden. Gleichzeitig ist das Netzwerk global aktiv, in den Vereinigten Staaten, Canada und England. Anspruch ist die politische Arbeit außerhalb der *„existierenden Machtstrukturen"* zu entfalten. Über 60 regionale/lokale BLM-Ortsgruppen in amerikanischen Städten organisieren sich weitgehend eigenständig.

In Statements wird immer betont, dass *„die lokale Organisierung"* wichtiger ist als eine *„nationale Führung"*. Dadurch soll ein *„Scheitern von früheren Schwarzen Aktivisten-Organisationen"* verhindert werden. Das Black-Lives-Matter-Netzwerk ist auch Mitglied im **„Movement for Black Lives" (M4BL)**, eines breiten Bündnisses sozialer und politischer Organisationen der afroamerikanischen Bevölkerung.

Selbstverständnis

BLM hat sich auf 13 leitende Prinzipien verständigt, die von der grundlegenden Erkenntnis ausgehen: *„Wenn wir sagen ‚Black Lives Matter', sprechen wir über die Art und Weise, wie wir **Schwarze grundlegender Menschenrechte und Menschenwürde** beraubt werden. Damit wird bestätigt, dass die Armut unter Schwarzen und Genozid staatlich sanktionierte Gewalt ist.*

*Es wird bestätigt, dass **eine Million schwarzer Menschen**, die in diesem Land in Käfigen eingesperrt sind – die Hälfte aller Menschen in Gefängnissen –, Ausdruck staatlich sanktionierter Gewalt ist.*

*Es wird bestätigt, dass **schwarze Frauen** weiterhin die Bürde eines unerbittlichen Angriffs auf unsere Kinder und unsere Familien tragen, und dass dieser Angriff staatlich sanktionierte Gewalt ist.*

***Schwarze Homosexuelle und Transsexuelle** tragen eine besondere Last in einer hetero-patriarchischen Gesellschaft, die sich unserer wie Müll entledigt und uns gleichzeitig zum Fetisch erklärt und aus uns Profit schlägt, auch dies ist staatlich sanktionierte Gewalt;*

*die Tatsache, dass **500 000 Schwarze in den USA illegale Einwanderer** sind und ins Abseits verbannt werden, ist staatlich sanktionierte Gewalt;*

*die Tatsache, dass **schwarze Mädchen** während Konflikten und in Zeiten des Krieges als Tauschwährung genutzt werden, ist staatlich sanktionierte Gewalt; **Schwarze mit Behinderungen und anderen Fähigkeiten** tragen die Last staatlich gesponserter darwinistischer Experimente, die uns in Kategorien der Normalität zu zwängen*

8 Fakten über die mediale Reichweite von BLM, die sich in einer schnellen, direkten Mobilisierung für Aktionen und Demonstrationen niederschlägt: Von Juli 2013 bis zum 1. Mai 2018 wurde der hashtag „#Black Lives Matter" über 30 Mio. getweetet. Am 28. Mai 2020, waren es an die 8.8 Mio. Tweets mit dem hashtag. Geschätzt haben sich ungefähr zwischen 15 bis 26 Millionen Menschen im Jahr 2020 bisher an den BLM-Protesten in den USA beteiligt.

versuchen, die von der White Supremacy definiert wurden, auch dies ist staatlich sanktionierte Gewalt.
Und die Tatsache, dass die Leben Schwarzer – nicht die Leben ALLER – unter diesen Bedingungen existieren, ist das Resultat von staatlich sanktionierter Gewalt." [9]

BLM-AktivistInnen grenzen sich in **Grundpositionen** aktiv ab von der älteren Generation der Schwarzen BürgerrechtlerInnen und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zum Beispiel von dem National Action Network und Reverend Al Sharpton, einem ihrer Führer. [10] Begründet wird dies teils mit der Ablehnung gegenüber **„Mittelklasse-Traditionen"** in den Vereinigungen, wie die Einbindung in die Schwarzen Kirchengemeinden, die Loyalität zur Demokratischen Partei sowie die „Politik der Respektabilität (Anerkennung)".

Auch die **Aktionsformen** von Black Lives Matter unterscheiden sich von dem „gewaltfreien Widerstand des zivilen Ungehorsams" der Bürgerrechtsbewegung. BLM setzt unter intensiver, kreativer Ausnutzung der sozialen Medien auf die **„Direkte Aktion",** lokal und bundesweit. Sie reagieren zeitnah auf rassistische Angriffe, Polizeigewalt und wichtige politische Ereignisse. Sie lehnen revolutionäre Gewalt nicht ausdrücklich ab.

Die Mobilisierungsfähigkeit ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Gleichzeitig geht BLM **Bündnisse** ein, sowohl mit Bürgerrechtsorganisationen als auch anderen gesellschaftlichen progressiven, linken, revolutionären Organisationen und Zusammenschlüssen. Auch beschränkt sich BLM nicht nur auf den Hauptfokus der Polizeibrutalität gegen Schwarze, sondern engagiert sich auch zum Beispiel in LGBTQ Aktivismus, Feminismus, Reform der Migration und für ökonomische Gerechtigkeit.

Kampagne für Definanzierung der Polizei – Gegen Polizeigewalt

Anklage und Forderungen von BLM: **#DefundThePolice May 30, 2020 Enough is enough**

„Unser Schmerz, unsere Schreie und unser Bedürfnis gesehen zu werden und Resonanz zu hören durch das ganze Land. Wir fordern Anerkennung und Verantwortlichkeit für die Abwertung und Entmenschlichung Schwarzer Leben in den Händen der Polizei. Wir rufen nach radikalen, anhaltenden Lösungen die das Aufblühen Schwarzen Lebens möglich machen.
Der gewaltsame Tod von George Floyd war ein Wendepunkt – eine nur allzu bekannte Erinnerung daran, dass für Schwarze Menschen, das die Geltendmachung von Recht nicht unsere Leben beschützt oder rettet. Sie verletzten sie oftmals und nehmen sie.
Jetzt in diesem Moment brennen Minneapolis und Städte in unserem Land unter Feuer, und unsere Menschen werden verletzt, die Gewalt gegen Schwarze Körper findet während des anhaltenden Massenungehorsams statt, währenddessen wir mit der Pandemie ringen, die uns unverhältnismäßig trifft, infiziert und uns tötet. Wir fordern ein Ende des systemischen Rassismus, der dieser Kultur der Korruption erlaubt ungehindert weiterzugehen und unsere Leben zu nehmen. Wir fordern zu einer nationale Definanzierung der Polizei auf. Wir fordern Investitionen in unsere Communities und Ressourcen, die Schwarzen Menschen nicht nur erlaubt zu überleben, sondern zu gedeihen." [11]

Diese demokratischen Rechte für die Schwarze Community einzufordern ist selbstverständlich lebenswichtig, im wahrsten Sinne des Wortes. Dafür zu kämpfen ist Aufgabe aller antirassistischen AktivistInnen und Organisationen.

Aber wir sollten uns vor **Illusionen** hüten. Wenn die Polizei-Budgets beschnitten und die Gelder anders verteilt würden, wird dann tatsächlich mit dem rassistischen System gebrochen werden? Die Antwort ist klar **Nein!** Natürlich sind Forderungen nach demokratischer Kontrolle, nach Veränderungen von Strukturen richtig. Aber sie werden – das ist unsere feste Überzeugung – auf keinen Fall die rassistische Grundstruktur des amerikanischen Polizei- und Militärapparates auflösen.

Wir MarxistInnen-LeninistInnen bringen in diesen Kampf unsere Analyse und Erkenntnis ein, dass der Kampf gegen den Rassismus nur wirklich dann greifen wird, wenn wir ihn revolutionär, ohne faule Kompromisse gegen das kapitalistische System führen. Aber auch das reicht nicht aus.

Für uns sind der demokratische, der antirassistische, der antifaschistische, der antiimperialistische, der antipatriarchale Kampf Ströme des Klassenkampfes, die es alle zusammenzubringen gilt und die zum sozialistischen Kampf zur gewaltsamen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse entwickelt werden müssen. Hierzu ist für uns eine **Kommunistische Partei** notwendig, die dieses Bewusstsein, diese Erkenntnis unter den ArbeiterInnen und Werktätigen, in ihren Kämpfen verankert.

Der **Rassismus ist eine der ideologischen Grundlagen** dieses Systems. Die politischen Akteure des imperialistischen Staates der USA, werden sich, wenn der politische Druck aller Unterdrückten und Ausgebeuteten sich weiter so wuchtig verstärkt, sicherlich auf die

9 Alicia Garza: „A Herstory of the #BlackLivesMatter Movement", thefeministwire.com/2014/10/blacklivesmatter-2/

10 NAN - Nationales Aktions Netzwerk. Der Geistliche Al Sharpton hat den Gottesdienst bei der Beerdigung von George Floyd abgehalten.

11 blacklivesmatter.com/defundthepolice/

eine oder andere Reform einlassen. Wie schon so oft in der amerikanischen Geschichte, wo die Herrschenden auf den Befreiungskampf der afroamerikanischen Bevölkerung seit jeher mit Zuckerbrot und Peitsche geantwortet haben.
Die Zeiten von Zugeständnissen und marginalen, teils auch weiterreichenden Reformen, waren immer auch von anhaltender Gewalt weißer rassistischer Verbände, Gruppierungen und Polizei begleitet. Diese Zeiten wurden immer wieder abgelöst von der gnadenlos brutalen Zerschlagung von Schwarzem Widerstand, revolutionären Bewegungen und Organisationen und der Erfindung neuer rassistischer Instrumente um die Weiße Vorherrschaft abzusichern und die Schwarze Community weiter zu marginalisieren.
Fazit ist: Der Kampf um revolutionäre Reformen muss geführt werden, um den **sozialistischen Klassenkampf** zu entwickeln, den Kampf für ein ganz anderes Gesellschaftssystem, den Sozialismus.
Die Perspektive des Sozialismus für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ist die Zerschlagung des gewaltsamen staatlichen Unterdrückungsapparats der imperialistischen Bourgeoisie, von Armee und Polizei, wie aller anderen bewaffneten Formationen. Für den Aufbau einer neuen Gesellschaft wie es die **Pariser Kommune** und später die **Sowjets in Russland** angepackt haben, ist das entscheidende Voraussetzung um unsere Ziele umzusetzen.
Die wirkliche Befreiung kann und wird nur mit der Zerschlagung des kapitalistischen Systems, durch sozialistische Revolutionen kommen.

Perspektiven für eine andere Gesellschaft … durch Wahlen?

Die BLM-Bewegung, Bürgerrechtsorganisationen, politisch-linke, antirassistische, sozialistische und kommunistische Bewegungen, Gruppen und Parteien debattieren offen und mit großer Leidenschaft über diese Frage. Dabei ist ein **zentraler Punkt** der Diskussion die politische Haltung zur **Demokratischen Partei** und **die Frage des kleineren Übels**.
Alicia Garza ist eine der InitiatorInnen von BLM, LGBTQ- und Frauenrechtsaktivistin. Sie arbeitet auch als Organizerin in POWER [12],„Menschen organisiert für die Erkämpfung von Arbeitsrechten".
Das Dilemma zeigt sich im Folgenden. Alicia kritisiert natürlich Trump scharf und gleichzeitig äußert sie sich zutreffend kritisch über Barack Obama und Hillary Clinton: *„Die Clintons nutzen Schwarze Menschen für Stimmen, aber sie tun nichts für die Schwarzen Communities, wenn sie gewählt sind."* Um dann aber für *„Bernie Sanders in den kalifornischen Vorwahlen"* zu stimmen *„und in den allgemeinen Wahlen für Clinton."* [13]
Die BLM-Bewegung hat im Wahlkampf 2017 versucht Hillary Clinton für notwendige demokratische Forderungen in die Pflicht zu nehmen. So wurde sie aufgefordert, sich klar und offen zu der Forderung „Black Lives Matter" zu bekennen. In einer Zeit, in der nach wie vor rassistische Polizeigewalt, Racial Profiling, Morde und Lynchexzesse gegen die Schwarze Community an der Tagesordnung sind. Clinton lehnte dankend ab. Sie spreche nur von „All Lives Matter". Jedes Leben sei wichtig. Dabei hatte Clinton offenbar die Schichten weißer rassistischer Wählerschaft der Demokraten vor Augen, die sie auf keinen Fall abschrecken wollte. Also die Verteidigung weißer Vormachtstellung wiegt schwerer als Schwarze Leben.
Wenn dann Clinton trotzdem von BLM-AktivistInnen gewählt wird, zeigt das welche Illusionen gegenüber der Demokratischen Partei noch vorherrschen. Eine **radikale Trennung** vom bürgerlichen Parlamentarismus wird nicht vollzogen. Die Hoffnung wird immer noch nur in dem Kampf um Reformen gesehen und politisch das angeblich „Kleinere Übel" unterstützt. Das ist zwar nur eine der politischen Richtungen innerhalb des Netzwerkes-Black-Lives-Matter, aber eine bestimmende, soweit wir es beurteilen können. Die **unterschiedlichen Strategien** werden **kontrovers diskutiert**. Darunter sind auch AktivistInnen-Gruppen die eine grundlegende, ja **revolutionäre Umwälzung** des rassistisch-imperialistischen Gesell-

12 People Organized to Win Employment Rights

13 wikipedia, Alicia Garza

schaftssystems anstreben. Die Fragestellung für uns KommunistInnen lautet: **Rassismus abschaffen durch Sozialreform oder Revolution?** Wir meinen, Jahrhunderte lange rassistische Versklavung, Ausbeutung und Unterdrückung sind genug! Nur durch einen Wandel, der die Fundamente dieses bürgerlichen Staates zerschlägt und **neue sozialistische, revolutionäre gesellschaftliche Strukturen** schafft, wird wirkliche Befreiung für alle unterdrückten Klassen, für Schwarze, Latin@s und Indigene möglich sein!
Für die internationale Diskussion ist es wichtig, dass wir uns alle in diese Debatten einbringen, um daraus zu lernen und auch gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Der Aufstand geht weiter? March on Washington 1963 – 2020

28. August 1963: Am „March on Washington for Jobs and Freedom", „Marsch nach Washington für Arbeit und Freiheit" nehmen über eine Viertel Million, 250 000 Menschen teil. Die überwältigende Mehrheit der TeilnehmerInnen kommt aus der afroafrikanischen Community. Die bis dahin **größte Manifestation,** die Washington je erlebt hatte.

Einzig Martin Luther King konnte *„die Runde der genehmigten Reden mit seinem unvergesslichen, antirassistischen Traum von Kindern beenden, ‚die eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt werden.' "*

28. August 2020: Unmittelbar nach dem Mord an Floyd George wurde von vielen AktivistInnen und Organisationen der Black Community beschlossen einen erneuten Marsch nach Washington zu organisieren um ein **unübersehbares Zeichen** zu setzen. Angesichts der in den USA wütenden Corona-Pandemie war das eine große organisatorische Herausforderung.
Zehntausende strömten nach Washington aus unterschiedlichen Bundesstaaten. Vom Lincoln Memorial wurde zum Martin Luther Kind Memorial gelaufen.
Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Familien der Opfer der rassistischen Polizeigewalt, um nur einige zu nennen: Jacob Blake, George Floyd, Trayvon Martin, Eric Garner, Ahmaud Arbery, und Breonna Taylor. Angehörige und FreundInnen, überlebende Opfer von Polizeigewalt hielten bewegende und aufrüttelnde Ansprachen.

Das mediale Aufgebot von internationalen ReporterInnen war enorm. Aber es gab auch die Schattenseiten. Viele Abgeordnete des US-Kongresses beteiligen sich, um sich zu profilieren. Die Kennedy-Regierung hatte politisch alles „im Griff". Eine wirklich Schwarze revolutionäre Selbstermächtigung, die in diesen Jahren immer drängender auf die Tagesordnung gesetzt wurde, haben sie allseits versucht zu verhindern.
„Obwohl die Bürgerrechtsgruppen den Marsch organisiert hatten, kontrollierte die (Kennedy)-Regierung die Demonstration und schloss beispielsweise Aktionen des zivilen Ungehorsams aus. Kennedys Berater entschieden über die Redner und den Inhalt ihrer Reden. Keine einzige schwarze Frau war darunter, und auch James Baldwin oder Malcolm X fehlten." [14]

Letetra Widman, die Schwester von Jacob Blake: *„Wir werden nicht mehr eure sanftmütigen Sklaven sein. Wir werden nicht eine Fußbank für Unterdrückung sein."*
Einige bürgerliche PolitikerInnen nutzten natürlich die Gelegenheit, unterstrichen die Bedeutung der Präsidentschaftswahlen und riefen zur Wahl der Demokraten auf.
Trotzdem, der Ruf „Black Lives Matter" hallte auch an diesem Tag in den Straßen. Aufbruch und Widerstand, so schildern es AktivistInnen, machten Mut und stärkten die Solidarität!
Ihr Credo: „Den Kampf lokal, national und international gegen Rassismus gemeinsam führen. Wir werden gewinnen!"

2. September 2020

14 Ibram X. Kendi, „Gebrandmarkt", S. 406,

DOKUMENTIERT

2020 Juneteenth bis heute: Organisiert Euch für die Schwarze Befreiung!

Die ILPS USA steht an der Seite des Kampfes der Schwarzen Arbeiterklasse für Selbstbestimmung

Am diesjährigen 19. Juni gedenkt die ILPS (International Leagues of Peoples' Struggle) USA des Kampfes der versklavten Afrikaner für ihre Freiheit innerhalb der Vereinigten Staaten – ein Kampf, der bis heute andauert.

Wir verurteilen den US-amerikanischen imperialistischen Staat auf das Schärfste, der immer noch schwarze Menschen unterdrückt und diskriminiert durch Kriminalisierung, massenhafte Gefangenschaft und systemischen Rassismus, der die schwarze Bevölkerung unverhältnismäßig stark verarmt und marginalisiert.

Wir verurteilen insbesondere die abscheuliche öffentliche Wahlkampfkundgebung von Trump in Tulsa, Oklahoma, dem Ort eines der brutalsten Rassenmorde in der Geschichte der USA. Eine derart pompöse und rassistische Demonstration am 19. Juni, einem nationalen Gedenktag, der für den Befreiungskampf der Schwarzen steht, beweist die unverhohlene Brutalität und Gefühllosigkeit des US-imperialistischen Staates gegenüber dem Kampf der Schwarzen für Selbstbestimmung. Am wichtigsten ist, dass die ILPS USA im gemeinsamen Schritt mit den Massen der Vereinigten Staaten marschiert, die heute aktiv werden und aktiv gegen Polizeibrutalität und rassistische staatliche Unterdrückung kämpfen und für Schwarze Selbstbestimmung und Befreiung aufstehen.

Juneteenth, auch bekannt als Tag der Befreiung, erinnert an den 19. Juni 1865, den Tag, an dem etwa 250 000 texanische Sklaven von ihrer Freiheit in Kenntnis gesetzt wurden und an das Ende des Bürgerkriegs. Dabei war ihre Freiheit bereits in der Emanzipations-Proklamation zwei Jahre zuvor verkündet worden.

Heute anerkennen wir, dass der Kampf der versklavten Afrikaner zur Abschaffung der Sklaverei führte und nicht das moralische Wohlwollen weißer Kolonisatoren wie Abraham Lincoln. Wir erinnern uns an die Vermächtnisse schwarzer Repräsentanten der Bewegung für die Abschaffung der Sklaverei wie Frederick Douglass und Harriett Tubman, die an der Seite der Massen standen, zu den Waffen griffen und in dieser gesamten Epoche der Geschichte der USA gegen ihre Sklavenhalter rebellierten.

Die Macht der Vereinigten Staaten als wirtschaftliche und politische Supermacht wurde immer nur durch die Massenausbeutung von Generationen möglich. Der aufgehäufte Reichtum des Imperiums wurde auf dem Rücken der versklavten Afrikaner aufgebaut, die die notwendige Arbeitskraft für den Aufbau der Fundamente der Wirtschaft dieses Landes hervorbrachten. Die Abschaffung der Sklaverei am Ende des Bürgerkriegs war daher nicht das Ergebnis der Menschlichkeit der Weißen herrschenden Klasse, sondern eine materielle Konsequenz aus einer zunehmend überholten Produktionsweise, die auf Sklaverei beruhte.

Heute sehen wir wieder einmal, dass ein im Niedergang begriffenes System zur Entwicklung einer revolutionären Situation beiträgt. Wirtschaftskrisen in Verbindung mit der schonungslosen rassistischen Gewalt und dem Terror des US-imperialen Staates, insbesondere gegen Schwarze, bilden den Hintergrund für die heutigen Massenaufstände, die durch die Ermordung von George Floyd in Minneapolis und von vielen anderen ausgelöst wurden. Der Neoliberalismus ist so offenkundig damit gescheitert, auf die die Bedürfnisse des Volkes einzugehen, und die Massen wehren sich.

In diesem Kontext des weit verbreiteten Klassenkampfes feiern wir den Schwarzen Befreiungskampf und lassen uns von ihm inspirieren. Der 19. Juni repräsentiert diesen Kampf und ist heute sehr lebendig, von den ersten Sklavenaufständen bis zur Black-Power-Bewegung aus der die Black-Lives-Matter-Bewegung hervor gegangen ist.

Wir stehen an der Seite des Kampfs der Schwarzen Arbeiterklasse und der Unterdrückten Nationen, die das Tempo der Revolution in den USA antreiben. Wir widersetzen uns den liberalen, unternehmerischen und reformistischen Versuchen, den entschlossenen Kampf der Massen zu vereinnahmen und die konfrontative Empörung gegen den Staat zu entschärfen. Wir unterstützen die Aufrufe des Volkes danach, der Polizei die Finanzierung zu entziehen und nach ihrer Kontrolle durch die Gemeinschaft hin zur Vision einer neuen Gesellschaft, in der die Bourgeoisie nicht länger an der Macht wäre und damit die Notwendigkeit der Polizei als Hüterin des Status quo und Verteidigerin der bürgerlichen herrschenden Klasse entfiele.

Die ILPS USA grüßt die Tausenden von Menschen, die heute auf die Straße gegangen sind, um aktiv zu werden. Zu ihnen gehört die Internationale Longshore-Arbeiter-Gewerkschaft, die die Häfen an der gesamten Westküste dicht gemacht hat, ein mächtiger Akt der Solidarität der organisierten Arbeiterschaft mit großer Wirkung auf das kapitalistische Weltsystem. Wir grüßen und verpflichten uns zur Organisierung an der Seite Schwarz-geführter, antiimperialistischer Zusammenschlüsse wie der Nationalen Allianz Gegen Rassistische und Politische Repres-

sion, die die Massen für einen langfristigen systemischen Wandel organisiert und mobilisiert.
Schwarze Leben zählen! Erhebt Euch für die Befreiung und Selbstbestimmung der Schwarzen!
Schluss mit rassistischer staatlicher Repression und Polizeiterror!
Ein Ende dem U.S.-Imperialismus!
Lang lebe die internationale Solidarität!

Generalsekretariat der ILPS, Juni 2020

https://www.icor.info/2020-1

TRIBUNAL
NSU-KOMPLEX
AUFLÖSEN

Black Lives Matter – Solidarität mit den globalen Protesten gegen rassistische Gewalt an Schwarzen Menschen

Das Tribunal "NSU-Komplex-Auflösen" solidarisiert sich mit den globalen Protesten gegen rassistische Gewalt an Schwarzen Menschen – „Black Lives Matter"! Gemeinsam sind wir Teil einer globalen, antirassistischen Bewegung, die sich seit Jahrhunderten gegen Unterdrückung und Ausbeutung aufbäumt. Die Proteste auf den Straßen von Minneapolis, von Los Angeles, von Hanau, Chemnitz und in der Kölner Keupstraße sind unweigerlich miteinander verbunden.

Wir klagen zugleich um George Floyd, um Oury Jalloh, um Breonna Taylor, um Amad Ahmad, um Tamir Rice, um Alberto Adriano, um Halit Yozgat, um Mercedes Kierpacz und um Rayshard Brooks.

Zu unserer Trauer kommt der Zorn. Die mordenden Polizist*innen, die bewaffneten Faschist*innen auf freiem Fuß, die Verstrickungen des Verfassungsschutzes – nichts davon wollen wir weiter dulden. Deshalb klagen wir auch Rassismus in Deutschland an!

Wir klagen Anti-Schwarzen Rassismus an, dafür stehen die Morde an Oury Jalloh und die unzählige unaufgeklärten Todesfälle Schwarzer Menschen im Polizeigewahrsam. Dafür stehen auch Alltagsrassismus im Rossmann in Berlin und Racial Profiling im Görlitzer Park.

Wir klagen Rassismus gegen Migrant*innen an, dafür stehen die Morde des NSU, die Morde von Hanau und der unaufgeklärte Mord an Burak Bektaş. Dafür stehen die Toten im Mittelmeer, die Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und die Menschen in deutschen Flüchtlingsheimen, die trotz Corona gezwungen werden auf engstem Raum zu leben.

Wir klagen Anti-Ziganismus an, dafür stehen die antiziganistischen Ermittlungen der Polizei nach dem NSU-Mord in Heilbronn, die Brandanschläge auf Häuser von Roma-Familien in Plauen aber auch die systematische Abschiebung in unsichere Herkunftsländer und Erfassung in Polizei Kriminalstatistiken.

Wir klagen Anti-Semitismus an, dafür steht der Anschlag auf die Synagoge in Halle, dafür steht, dass die Polizei bei antisemitischen Vorfällen nicht konsequent eingreift, wie vor einer Woche wieder in Halle. Dafür stehen aber auch antisemitische Verschwörungstheorien in der Corona-Krise. Diese Rassismen und Antisemitismen sind unterschiedlich und doch gehen sie Hand in Hand. Bei dem rassistischen Aufmarsch in Charlottesville 2017 skandierten die Rechten „White lives matter" und „Jews will not replace us", in einem Atemzug. Der Attentäter von Halle griff erst eine Synagoge und dann einen Dönerimbiss an. Der Attentäter von Hanau tötete Türken, Kurden und Romn_ja, mit unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten und Religionen. **Der Angriff der Rechten – auch in der Polizei – gilt uns allen. Deshalb müssen wir solidarisch sein, trotz unterschiedlicher Erfahrungen und politischer Positionen.**

Wir vom Tribunal NSU_Komplex auflösen wollen die Perspektive gemeinsamer migrantischer, Geflüchteter, Schwarzer, jüdischer, antirassistischer und antifaschistischer Kämpfe stark machen. **Dieser Zusammenschluss bedeutet für uns: Migrantifa!**

Migrantifa, das ist Antirassismus: Das sind all diejenigen, die rassistische Polizeigewalt und Racial Profiling anprangern, die sich gegen Lager-Pflicht einsetzen, die gegen das europäische Grenzregime kämpfen und globale Klimagerechtigkeit einfordern!

Antifaschismus: Das sind all diejenigen, die sich organisieren, die Bildungsarbeit machen, Recherche-Arbeit, die den widrigen Umständen immer und immer wieder trotzen, um den Faschist*innen kein Fußbreit zu lassen – egal ob in Chemnitz oder Charlottesville!

Migration: Das sind all die (Post-)Migrant*innen, die global migrieren, sich ein gutes Leben aufbauen, sich selbst organisieren und behaupten, die seit jeher Gesellschaften radikal transformieren und prägen.

No Justice, No Peace! Yallah, Yallah Migrantifa!

www.nsu-tribunal.de

BERICHTE

No justice! – No peace!
Keine Gerechtigkeit! Kein Frieden!

Berlin

Am Samstag, den 6. Juni fand eine sehr beeindruckende Manifestation gegen Rassismus, gegen die Polizeimorde in den USA auf dem Alexanderplatz in Berlin statt.

Unter dem Motto: **Nein zu Rassismus! und No justice no Peace!** versammelten sich nach Angaben der VeranstalterInnen über 15 000 Menschen. Nach unserer Einschätzung waren es doppelt so viele, der Alexanderplatz war bis zu den angrenzenden Straßen voller Menschen. Ein Vorankommen war nur schwer möglich. Immer mehr TeilnehmerInnen schoben sich nach vorne zur Bühne, um den Reden zu lauschen. Trotz Corona dicht an dicht, allerdings hatten viele Masken auf. Wir waren positiv überrascht.

Sehr viele brachten ihre Wut, ihre Empörung, ihre Solidarität, aber auch ihre Trauer, mit vielen selbst bemalten Kartons, Schildern und Transparenten zum Ausdruck.

„Black Lives Matter", „White Silence is Violence", „No justice – No peace," „The situation is so bad, even the privileged are here" waren einige der Statements.

Gedenkminuten und Kniefall von 8 Minuten 46 Sekunden sollten an die Ermordung von George Floyd erinnern. In den Reden wurde die brutale Polizeigewalt gegen AfroamerikanerInnen in den USA thematisiert.

Leider konnten wir aufgrund der Entfernung, obwohl wir direkt in der Mitte der Kundgebung waren, inhaltlich nicht allen Reden folgen. Die zentrale Botschaft war: **Die Zeit des Redens ist vorbei! Sofortige Umsetzung aller Forderungen gegen den Rassismus!**

Dem konnten wir uns richtigerweise nur anschließen! Es war nicht unbedingt das übliche „Politpublikum" von linken Organisationen, die sonst die Aktionen dominieren, gekommen. Sehr viele Menschen sind gekommen, die durch die Ereignisse, aber auch durch die Berichterstattung sensibilisiert waren. Auffällig zahlreich die vielen, vielen jugendlichen Teenager, die wir eher bei den FFF-Aktionen erlebt haben als bei der Antifa. Sie haben die Aktion wesentlich geprägt.

Vereinzelt haben Schilder auf den Rassismus in Deutschland hingewiesen: **Oury Jalloh, Mareame Sarr, Dominique Koumadio, Rooble Warsame und Yaya Jabbie** sind in Polizeigewahrsam umgebracht oder durch die Polizei erschossen worden.

Das war sehr wichtig und richtig, um nicht dem Trend oder der aktuellen Berichterstattung auf den Leim zu gehen. So richtig es ist, sich mit den Betroffenen in den USA zu solidarisieren, so richtig ist es auch, vor der eigenen Haustür zu kehren. Und hier gibt es nun wirklich viel auszukehren. Rassismus, Racial Profiling und brutale Polizeigewalt gegen Schwarze Menschen. Die Behörden haben alle diese Fälle unter „Selbstmord" zu den Akten gelegt. Wir wissen aber, dass diese Menschen ermordet wurden. Die Täter sind bis heute nicht ermittelt und verurteilt worden. Sie werden von Polizei, Gerichten und Politik geschützt genauso wie in den USA.

Bestätigt hat sich einmal mehr unsere Einschätzung

über die Polizei als ein Gewaltinstrument des Staates zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung. Aktuelles Beispiel: Der gezielte brutale Angriff einer Polizeitruppe auf eine Gruppe von Schwarzen Jugendlichen am S-Bahnhof Alexanderplatz am Ende der Demonstration. **Hier wie in den USA willkürliche rassistische Polizeigewalt!**

Auf der Kundgebung/Demo hatten wir Mühe, durch die engen Reihen zu kommen, um unsere Flugis zu verteilen. Mit unseren vielen fleißigen jungen Unterstützerinnen haben wir uns durch die Menschentrauben gewagt und haben unsere Flugis sehr schnell an Interessierte verteilen können.

„Solidarität mit den Riots in den USA! Rebellion gegen rassistisch-faschistische Polizeigewalt ist gerechtfer-

tigt!“ das war unser Aufruf. Wir haben dann die Gelegenheit beim Schopf gepackt und unser Flugi zu dem Hanau-Anschlag gleich mit verteilt.
Der faschistische Anschlag von Hanau war durch die Corona-Pandemie in Vergessenheit geraten. Hier schließt sich auch der Kreis. Rassistisch-faschistische Anschläge und Morde gibt es sehr wohl auch in Deutschland.
Zwei Transparente haben wir aufgehängt: **„Staat und Nazis Hand in Hand. Organisiert den Widerstand“** hatten wir aus Anlass der NSU-Morde gemalt und passte auch hier thematisch gut. Das zweite Transparent, war: **„Rassismus und Repression: Dagegen hilft nur Revolution. Kampf dem System!“**

Köln und Aachen

Am ersten Juni-Wochenende wurden in mehreren Städten in NRW – Köln, Düsseldorf, Bonn, Bielefeld, Dortmund, Münster, Leverkusen, Paderborn, Gütersloh, Gronau und Aachen – Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. Anlass war der gewaltsame brutale Mord an George Floyd während eines Polizeieinsatzes in Minneapolis in den USA.

Viele AktivistInnen hielten Schilder und Plakate in die Höhe: **„Black Lives Matter!“, „No Justice – No Peace!“, „Racism is a Pandemic!“, „I Can‘t Breathe!“, „Stopp Police Brutality!“, „Alltags-Rassismus gibt‘s auch in Deutschland!“, „Solidarität heißt Widerstand!“**.
Die VeranstalterInnen haben sowohl bei den Aktionen in Köln, Düsseldorf, Dortmund als auch in Aachen nicht mit so vielen TeilnehmerInnen gerechnet.
In Köln war die Kundgebung für 500 Personen, in Düsseldorf für 2 000 Personen und in Aachen für ein paar Hundert Personen angemeldet.
Überall waren die TeilnehmerInnenzahlen an den Demos und Kundgebungen überraschend hoch:
In Köln über 10 000, in Düsseldorf über 20 000, in Dortmund über 5 000 und in Aachen ca. 1 500 junge Menschen. Zig Tausende junge Menschen, StudentInnen, SchülerInnen, Auszubildende, ArbeiterInnen, Erwerbslose und junge MigrantInnen unterschiedlichster Nationalitäten haben an den Demonstrationen teilgenommen.
Immer wieder wurde „Black Lives Matter!“, „No Justice – No Peace!“ von tausenden Menschen gerufen! Unsere Rufe waren sehr stark, sehr laut!
Wie zusammen geschmiedete Chöre. Die Stimmung war sehr aufgeladen und emotional. Viele AktivistInnen, vor allem Schwarze AktivistInnen, waren sehr wütend. Die Körperhaltung war sehr ausdrucksstark „Nicht mit uns!“
Als die ModeratorInnen alle DemonstrantInnen zu einer Schweigeminute (Gedenken) von 8 Minuten 46 Sekunden, genau die Zeitspanne, in der George Floyd um sein Leben kämpfte, aufriefen, gingen über **10 000 Menschen auf die Knie** und **einige Hunderte hielten ihre geballte Faust kämpferisch hoch**. Alle waren auf der Deutzer Werft neben dem Rheinufer 8 Minuten 46 Sekunden wie eingefroren.
Die Kundgebung in Köln wurde durchgängig von Schwarzen Menschen organisiert und geleitet. Zahlreiche Schwarze AktivistInnen haben sehr beeindruckende kämpferische Reden gehalten, antirassistisch und antifaschistisch.
Viele haben mit Alltagsbeispielen den Rassismus international angeprangert und zum internationalen Kampf aufgefordert. Fast alle RednerInnen haben auch den Rassismus und rassistische Angriffe in Deutschland benannt und angeklagt, den deutschen Staat und seine Polizei als rassistisch verurteilt. Einige RednerInnen haben den **Rassismus als systemimmanen**t eingeschätzt. Für den institutionellen Rassismus in Deutschland wurden viele Beispiele genannt: Vom deutschen Völkermord an den Nama und Herero bis hin zu den Morden an Oury Jalloh, Yaya Jabbi, Solingen, Halle, Anschlag in Hanau und viele viele andere….
Wir haben in Köln und einen Tag später in Aachen mit einem Transparent **„Gegen rassistische-faschistische Angriffe: Antifaschistischer Widerstand! Trotz alledem!“** teilgenommen. Mit unserem Transparent standen wir bei beiden Aktionen hinter der Kundgebungsbühne – unsere Parole war für viele deutlich zu sehen. Viele junge DemonstrantInnen haben auch lautstark unsere Forderung bekräftigt.
Der Kampf geht weiter!
Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus heißt für uns: Kampf gegen das kapitalistische System!

TA-AktivistInnen

Auf dem Weg zum Mars, während auf der Welt alles beim Alten ist?

Aber so wie es ist – bleibt es nicht!

Es sind 51 Jahre her, seit der erste Mensch, natürlich ein weißer US-Bürger, Neil Armstrong seinen Fuß auf den Mond setzte. Mit dem Spruch: „Es ist ein kleiner Schritt für mich, aber ein großer für die Menschheit!". Welche Menschheit? Die Menschheit, die damals 1969 in Vietnam, Menschen durch Napalmbomben ermordete, in den USA die Schwarze Bevölkerung nach wie vor rassistisch unterdrückte, überall in der Welt weiterhin die ArbeiterInnen ausbeutete, die Völker unterdrückte? Groß wurde dieser fünfzigste Jahrestag der Mondlandung 2019 gefeiert.

Zum 51. Jahrestag ist „die Menschheit" nun auf dem Weg zum Mars! Um die bemannte Raumfahrt zum Mars zu realisieren, ist ein Wettbewerb zugange der Milliarden Dollar verschlingt. Am 20. Juli 2020 hat eine japanische Trägerrakete eine Sonde der Vereinigten Arabischen Emirate auf den Weg zum Mars geschickt. Am 23. Juli hat China die Marssonde Tian-Wen 1, und am 30. Juli 2020 hat die NASA durch eine Trägerrakete der Firma SpaceX einen Marsrover ins All geschickt! Natürlich im Namen der Menschheit!

Während die andere, die große Menschheit, wie sie der türkischsprachige Dichter Nazım Hikmet nannte, die Werktätigen, die „Verdammten" dieser Erde, aktuell unter der Corona-Pandemie leidet, während die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung in Armut lebt, während der Rassismus überall in der Welt nach wie vor Menschen tötet, während Raub, Kriege um Ressourcen und um die Neuaufteilung der Welt, Millionen von Opfern fordern, während das Patriarchat nach wie vor seine mörderische Herrschaft über Frauen aufrecht hält, während durch die Klimaveränderungen die Lebensgrundlagen der Menschheit vernichtet werden… während all dies und noch viel mehr sich ereignet … ist „die Menschheit" nun auf dem Weg zum Mars! Es gibt aber nicht **eine** Menschheit!

Es gibt die **zehn Prozent**, die fast alles besitzen und im Namen der Menschheit sprechen und handeln, und es gibt **Milliarden** von Menschen, die **nichts als ihre Ketten** haben. Nach wie vor! Aber die Unterdrückten sind auf dem Weg … Sie werden die Welt erstürmen und sie werden eine andere Gesellschaft erkämpfen! Mars und Mond werden sie ihrem eigenen Schicksal überlassen!

Als der erste weiße Mensch vor 50 Jahren auf dem Mond landete, hat der Schwarze Poet und Musiker Gill Scott Heron folgendes Gedicht geschrieben und vertont:

Whitey on the Moon

Eine Ratte hat neulich meine Schwester Nell gebissen,
Wo doch der weiße Mann auf dem Mond ist.
Ihr Gesicht und ihre Arme sind angeschwollen,
Und der weiße Mann ist auf dem Mond.

Ich kann keine Arztrechnungen bezahlen,
Aber der weiße Mann ist auf dem Mond.
Daran zahle ich noch in zehn Jahren ab,
Während der weiße Mann auf dem Mond ist.

Mein Vermieter hat gestern die Miete erhöht,
Weil der weiße Mann auf dem Mond ist.
Kein warmes Wasser, keine Toiletten, kein Licht,
Aber der weiße Mann ist auf dem Mond.

Ich frage mich, warum hat er meine Miete erhöht?
Weil der weiße Mann auf dem Mond ist?
Dabei bezahle ich doch schon 50 die Woche,
Mit dem weißen Mann auf dem Mond.

Die Steuern fressen meinen ganzen Lohn auf,
Die Junkies rauben mir den letzten Nerv.
Die Preise für Nahrungsmittel steigen
Und als ob der ganze Scheiß noch nicht genug wäre

Eine Ratte hat neulich meine Schwester Nell gebissen,
Wo doch der weiße Mann auf dem Mond ist.
Ihr Gesicht und ihre Arme sind angeschwollen,
Und der weiße Mann ist auf dem Mond.

War das ganze Geld, das ich im letzten Jahr verdient habe
Für den weißen Mann auf dem Mond?
Wieso bleibt für mich überhaupt nichts über?
Hmmm ... der weiße Mann ist auf dem Mond.

Wisst ihr, ich hab grad genug davon,
Vom weißen Mann auf dem Mond
Ich glaube, ich schicke die Arztrechnungen
Per Luftpost
An den weißen Mann auf dem Mond

Würde der 2011 gestorbene Gil Scott Heron heute noch leben – was er für ein Gedicht würde er schreiben, angesichts der Ermordung von George Floyd?

BERICHT

Gedenkdemonstration – Hanau 22. August 2020

„Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen“

Unter diesem Motto war sechs Monate nach dem rassistischen Anschlag in der Stadt Hanau eine Gedenkdemonstration geplant. VeranstalterInnen waren die Initiative 19. Februar Hanau, die Familien, Angehörigen der Opfer, die Überlebenden und Betroffenen. Mit dieser Gedenkaktion wollten wir alle gegen den rassistischen Terroranschlag ein Zeichen setzen und unsere Forderungen laut und deutlich stellen.

Leider ist die Demonstration, zu der über 5 000 Menschen erwartet wurden, am Freitagabend von der Stadt Hanau aufgrund *„der akut steigenden Zahl an Corona-Neuinfektionen“* sehr kurzfristig abgesagt worden. Alternativ wurde eine Kundgebung auf dem Freiheitsplatz für max. 249 TeilnehmerInnen und ein Livestream ab 15:00 Uhr genehmigt.

Als die Kundgebung beginnt, sind fast alle Familien, Angehörige der Opfer, Überlebende und Betroffene des rassistisch-faschistischen Anschlags anwesend bzw. auf der Bühne. Fast alle haben das Wort ergriffen.

Sie sprechen unter spürbar großer Anspannung, mit schwankender Stimme. Wut und Empörung, Zittern und Tränen in den Augen.

Für uns TeilnehmerInnen ist es auch sehr schwer. Alles einerseits Besorgnis, extrem emotional, schmerzvoll, anderseits eine Quelle für Zorn und Auflehnung. Einige RednerInnen setzen auch gegen den Staat klare Zeichen und zeigen klare Kante.

Alle Angehörigen und Überlebenden äußern ihre großen Enttäuschungen.

Konkrete Fragen, die bis heute nicht geklärt sind, werden gestellt: ***„Was hat die Staatsanwaltschaft bis heute gemacht? „Welche Fragen wurden lückenlos geklärt?“ „Ist dieser Anschlag ein Einzelfall?“, „Eine Sache von einem Nazi?“ „Warum hat die Polizei während des Anschlags nicht rechtzeitig reagiert? Und nicht gehandelt?“.***

Zum Beispiel fragt Piter Minnemann, Überlebender des Anschlags eindringlich nach: ***„Wie kann es sein, dass die Polizei erst eine Stunde nach der Tat am Haus des Täters ist, obwohl sie das korrekte Nummernschild hatte?“*** Er beschreibt seine Gefühle: ***„Ich habe der Polizei die Situation geschildert und mir kam es vor, als würde ich gegen eine Wand reden. Ich habe mein Vertrauen in die Polizei komplett verloren“.***

Der Bruder von Gökhan Gültekin klagt an: ***„Ich kann nicht verstehen, warum die Feuerwehr und die Rettungskräfte vor der Polizei am Tatort sind. Obwohl die Polizeistation nur wenige hundert Meter vom Tatort entfernt ist. Wie kann das sein, dass der hessische Innenministers Beuth von ‚exzellenter Polizeiarbeit‘ spricht. Das ist ein Behördenversagen in und vor der Tatnacht, deshalb fordern wir den Rücktritt des hessischen Innenministers Beuth, dem das bewusst und bekannt war und der das bis heute immer noch schön redet“.***

„Wir kämpfen weiter für unsere Kinder,“ ruft die Mama von Ferhat Unvar und sein Cousin: ***„Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der Tat“, „Rassismus muss im Keim erstickt werden. Rassismus tötet!“***

Die Familien, Angehörigen und Überlebenden eint der gemeinsame Wille: ***„Wir haben uns ein Versprechen gegeben: Nie zu vergessen und nie zu vergeben. Solange nicht lückenlos aufgeklärt wird, solange nicht endlich Konsequenzen gezogen werden und es Gerechtigkeit gibt, solange werden wir nicht aufhören zu kämpfen.“***

Wir sind mit einigen GenossInnen von verschiedenen Städten nach Hanau gefahren und haben bei der Kundgebung aktiv teilgenommen.

Für die Gedenkdemonstration in Hanau haben wir das Transparent **„Staat und Nazis Hand in Hand! Organisieren wir den Widerstand!“** vorbereitet. Denn auch Hanau ist ein Beweis für die Verflechtung von Staat und Nazis. Unser Transparent war der Polizei ein Dorn im Auge. Nach etlichen Diskussionen intervenierten sie bis zum Ende der Kundgebung nicht weiter.

Auf weiteren Transparenten der Aktion heißt es: **„Hanau war kein Einzelfall! Staatsversagen hat Struktur!“, „Wer den Faschismus verhindern will, der muss den Kapitalismus stürzen!“**

Wir haben auch ein Flugblatt zu dem Anschlag in Hanau mit dem Titel „Kampf dem Rassismus und Faschismus! Kampf gegen das kapitalistische System! Solidarität und Widerstand!“ mitgebracht und verteilt.

Unser Kampf geht weiter!
Wir werden weiter kämpfen!

COVID-19 ist tödlich!
Tödlicher ist das kapitalistische System!
Ausweg: Sozialismus
Corona hin Corona her!
Teil II

In Teilen **Westeuropas** werden nach und nach die Lockdowns zur Eindämmung der Corona-Pandemie zurückgefahren. Anstatt auf den gesamtgesellschaftlichen Lockdown, der das kapitalistische Wirtschaftsleben stark beeinträchtigt hat, setzt die geänderte Politik in der EU auf lokale, bzw. regionale Einschränkungen. Auch in Deutschland scheint die Krise überwunden, scheint wieder „Normalität" zu herrschen, als hätte es die Pandemie nie gegeben. Corona? Mundschutz? Abstand?

Viele Menschen verhalten sich so, als ob die Pandemie besiegt oder das Ganze nur eine übertriebene Grippewelle sei. Obwohl seit **Anfang August ein rascher Anstieg der Infektionszahlen** bundesweit zu verzeichnen ist, teilweise eine zweite Welle prognostiziert wird, werden munter Ferienreisen unternommen, Schulen ohne ausreichende Hygienemaßnahmen ge-öffnet und Fußballspiele mit Publikum geplant.

Der Hintergrund für die Lockerungen sind die in diesen Ländern relativ niedrigen Sterberaten bei Corona-Erkrankten. Zum einen durch bessere Gesundheitssysteme – verglichen mit den abhängigen und kleinen kapitalistischen Ländern. Zum anderen liegt das Durchschnittsalter der COVID-19-Toten bei 82 Jahren. [1] Im Klartext: Der nicht mehr produktive Teil der Bevölkerung, auf den das kapitalistische System verzichten kann, kann ruhig dabei draufgehen. Das ist richtig kostengünstig, denn das Altersversorgungssystem und die Rentenkassen werden entlastet.

Es besteht allerdings ein Restrisiko, welches unkalkulierbar für die KapitalistInnen ist: die Folgekosten der COVID-19-Erkrankungen ist nach wie vor nicht ausreichend erforscht.

Und der neuartige **Corona-Virus Sars-CoV-2** breitet sich **weltweit** schnell und stetig weiter aus. Vor allem die **USA** sind neben **Lateinamerika** – und da vor allem **Brasilien und Mexiko –** nach wie vor am schlimmsten betroffen. In **Indien**, auf dem **afrikanischen Kontinent**, in **Russland,** in **Spanien** und in **Frankreich** steigen Infektions- sowie Todeszahlen.

Wenn wir die Statistik der Johns-Hopkins-Universität heranziehen, scheint es so, als ob auch Europa – und da vor allem **Westeuropa** sehr betroffen ist. Das trifft auch für einige Länder weiter zu, wie Spanien, Frankreich, Andorra und Belgien. In anderen Ländern, wie Deutschland, scheint die Lage weitestgehend unter Kontrolle zu sein. Die Infektionszahlen gehen hier zurück. Lag der R-Wert (Reproduktionszahl [2]) in Deutschland am 6. März 2020 bei 2,35, stieg er innerhalb von vier Tagen auf 3,21 und flachte gegen Ende März auf 0,9 ab. Seitdem liegt er zwischen 0,76 bis 1,52. Aktuell liegt er bei 1,04. [3] (*Tabelle* [4])

	Infizierte	Todesfälle	Einwohner-Innen
Weltweit	25 Mio.	844 085	7, 68 Mrd.
USA	5,95 Mio.	182 422	332, 63 Mio.
Brasilien	3,84 Mio.	120 462	211, 71 Mio.
Mexiko	591 712	63 819	127, 09 Mio.
Indien	3,46 Mio.	62 550	1, 32 Mrd.
Großbritannien	334 467	41 499	65, 76 Mio.
Italien	268 218	35 477	62, 40 Mio.
Frankreich	277 943	30 606	67, 20 Mio.
Spanien	439 286	29 011	50, 02 Mio.
Peru	629 961	28 471	32, 82 Mio.

Corona-Krise – alles im Griff?

Aber in den stark betroffenen Ländern und Kontinenten steigen die Zahlen rasant an. Problematisch bei den Statistiken ist auch, dass die Covid-Testkapazitä-

1 de.statista.com/statistik/daten/studie/11041/umfrage/todesfaelle-aufgrund-des-coronavirus-in-deutschland-nach-geschlecht/professional Stand 13.08.2020

2 Die Reproduktionszahl R bezeichnet die Anzahl der Personen, die im Durchschnitt von einem Fall angesteckt werden. Diese lässt sich nicht aus den Meldedaten ablesen, sondern nur durch statistische Verfahren schätzen.

3 rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Projekte_RKI/Nowcasting.html, Stand 30.08.2020

4 Johns-Hopkins-Universität, coronavirus.jhu.edu/region, Stand: 30.08.2020, 22.21 Uhr

ten in den abhängigen und unterdrückten Ländern äußerst gering sind. Klar, gibt es selbst in Deutschland, in den USA und in ganz Europa zu wenige Tests. Aber aufgrund der ökonomischen Lage, aufgrund der Armut und des Elends gibt es z.B. in Asien, Indien, Pakistan und auf dem afrikanischen Kontinent noch weniger Möglichkeiten. Was die Auswirkungen des Corona-Virus in diesen Ländern bedeuten, hohe Infektions- und Todesraten, steht natürlich nicht im Fokus der imperialistischen Mächte. Im Gegenteil. Etliche bürgerliche „WissenschaftlerInnen" und PolitikerInnen fahren nach wie vor eine Alarm-Politik gegen eine angebliche weltweite „Überbevölkerung", die sie auf ein zu schnelles Bevölkerungswachstum in den abhängigen Ländern zurückführen. Eine Reduzierung der „überschüssigen" Bevölkerung in Asien, in Afrika und in Lateinamerika wäre ganz in ihrem Sinne.
Und die Festung Europa macht die Grenzen dicht. Gegen Geflüchtete aber nicht für den Tourismus!

Zahl der Neuinfektionen so hoch wie noch nie!

Laut WHO stieg in den letzten 24 Stunden weltweit die Zahl der Infizierten um 265 411, davon alleine in Indien 70 000 täglich, in Brasilien fast 39 000 Menschen, in den USA mehr als 46 000, und in Russland mehr als 4 700. (*Tabelle* [5])

	Letzte 7 Tage	täglich
Indien	488 271	69 753
USA	322 645	46 092
Brasilien	272 473	38 925
Kolumbien	68 354	9 765
Argentinien	62 966	8 995
Peru	62 902	8 986
Spanien	53 232	7 605

Die tatsächliche Infektionsrate ist derweil wesentlich dramatischer. ExpertInnen gehen davon aus, dass hinter jedem registrierten Fall mindestens zehn unregistrierte Fälle sind.

Das System macht krank!

Durch Ausbeutung durch Unterdrückung und Ausgrenzung…

COVID-19 trifft auch in den imperialistischen Zentren vor allem und am massivsten die werktätige Bevölkerung. Und hier vor allem die Ärmsten der Armen, das Prekariat, MigrantenarbeiterInnen, erwerbslose Menschen, Geflüchtete, RentnerInnen…. Wenn Menschen aus der bürgerlichen Klasse betroffen sind, dann weil sie zu viel Party machen und durch die Welt jetten – nicht wegen mieser Wohnverhältnisse, nicht wegen Arbeitsplätzen, die nicht an Hygienestandards ausgerichtet sind, nicht weil sie nicht getestet werden, oder ihnen verweigert wird, im Krankenhaus aufgenommen zu werden.

Wen trifft die Politik?
Während sich die Mehrheit der Bevölkerung über Lockerungen freuen kann – viele Bundesländer hoben Kontaktbeschränkungen auf – stehen und standen in den proletarischen Stadtvierteln Hochhauskomplexe und Wohnblocks mit mehreren hundert Menschen kollektiv unter Quarantäne. Z.B.: in Berlin in Neukölln und in Friedrichshain-Kreuzberg.
In Göttingen werden zwei Mietskasernen innerhalb eines Monats komplett unter Zwangs-Quarantäne gestellt. Gleichgültig ob BewohnerInnen positiv oder negativ getestet wurden. Hier wohnen gezwungenermaßen überwiegend migrantische Werktätige in Großfamilien, Prekär-Beschäftigte und Erwerbslose auf Hartz IV. Die Häuser werden mit meterhohen Zäunen eingesperrt und von der Polizei überwacht. Damit auch ja „niemand ausbricht". Ein Bild das an die schlimmste Zeit deutscher Geschichte erinnert.
Unter dem Vorwand der Corona-Bekämpfung wird eine massive rassistische Hetze losgetreten, die Polizei geht mit Gewalt gegen die BewohnerInnen vor. Roma und Sinti werden, wie immer in der deutschen Herrschaftspolitik willkürlich an den Pranger gestellt, Gerüchte von angeblichen großangelegten Familienfeiern zum Ramadan in die Welt gesetzt. Alle Anschuldigungen sind aus der Luft gegriffen.

Kapitalismus – Corona – Rassismus

In Deutschland gehört Rassismus zum Alltag – und zwar nicht nur bei der AfD und bei anderen FaschistInnen. **NEIN!** Das haben wir während der Corona-Pandemie wieder und wieder erlebt.
Der alltägliche Rassismus kommt offen zum Vorschein, wenn Menschen mit asiatischen Wurzeln generell unter dem Verdacht stehen, infiziert zu sein. Da ist das Beispiel eines Postboten mit vietnamesischen Wurzeln, dessen KundInnen sich weigerten, die Pakete anzunehmen, in München etwa bedrohte ein Mann seine chinesischstämmige Nachbarin mit dem Tod und besprühte sie dann mit einem Desinfektionsspray. In Mannheim schlug ein Mann in einem Einkaufszentrum auf zwei Frauen wegen ihrer vermeintlich asiatischen Herkunft ein…
Sars-CoV-2 wird von den Herrschenden und den bür-

5 interaktiv.morgenpost.de/corona-virus-karte-infektionen-deutschland-weltweit/, Stand 30.08.2020

gerlichen Medien benutzt, um den Rassismus gegen Menschen, die als asiatisch markiert werden, zu verstärken: Da ist das Titelbild des Spiegel Ausgabe 6, Februar 2020 „Corona-Virus: Made in China" und suggeriert mit dem Feindbild des „bösen Chinesen", er wolle mit der Verbreitung des Virus die europäischen Märkte zerstören.

Rassismus erlebt in dieser Corona-Krise geradezu einen Höhenflug, nicht nur gegen Menschen mit asiatischen Wurzeln. Im deutsch-französischen Grenzgebiet gab es rassistische Übergriffe auf PendlerInnen aus Frankreich. „Geh zurück in dein Corona-Land". Menschen aus Frankreich wurden massiv angemacht, bespuckt, mit Eiern beworfen… Anfang Juni zerrte ein Bundespolizist gemeinsam mit Kollegen einen älteren Franzosen aus einem Kiosk, warf ihn zu Boden und fixierte ihn. **Und das nur wenige Tage nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd.** Die Liste von alltäglichem Rassismus in Deutschland lässt sich endlos verlängern.

Staatlicher Rassismus und Pandemie

Einerseits gelten Abstandsregeln, anderseits werden Geflüchtete in Sammelunterkünften auf engstem Raum willkürlich zusammengepfercht. Geflüchtete erhalten sowieso nur 90 Prozent der mickrigen Regelleistung des Hartz-IV-Regelsatzes für Alleinstehende. Warum? Sie sollen gemeinschaftlich wirtschaften. Aber bitte mit Abstandsregeln!

Göttingen

Bereits Ende März standen mehrere Sammelunterkünfte komplett unter Quarantäne. In Lagern, wie Ellwangen in Baden-Württemberg, in einem Ankerzentrum in der Nähe von Schweinfurt, in Landshut, in Halberstadt in Sachsen-Anhalt sowie Ende Juli die Landesaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Magdeburg – um nur einige zu nennen.

Die Situation in den Lagern war schon vor der Pandemie schwer zu ertragen: Vier bis sechs Geflüchtete teilen sich ein Zimmer, auf knapp 1 000 BewohnerInnen kommen nur wenige Duschen, Toiletten und Küchen.

Rassismus und Faschismus sind untrennbare Elemente des kapitalistisch-imperialistischen Systems! Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus muss als Kampf gegen das System geführt werden!

Es ist der Kapitalismus stupid!

Die deutsche Fleischindustrie ist Brennpunkt und Brennglas für extrem schwierige Arbeitsverhältnisse, gierige UnternehmerInnen, die ihre MitarbeiterInnen in das prekäre Werksvertrags-Ausbeutungsgeflecht drängen. Um Lohnkosten zu drücken – zur Gewinnmaximierung.

Der krasse Anstieg der Zahl infizierter Menschen Ende Mai in Gütersloh und Warendorf ist auf einen Infektions-Ausbruch in einem Betrieb von Tönnies, einem der größten fleischverarbeitenden Konzerne in Deutschland zurückzuführen. Mehr als 1 500 ArbeiterInnen wurden positiv auf SARS-CoV-2 getestet.

Ebenso im Schlachtbetrieb der Firma Wiesenhof in Niedersachen, bei „Müller Fleisch" nahe Pforzheim, ein Schlachthof in Bad Bramsted und „Westfleisch" in Coesfeld.

Es ist schon lange klar: die Fleischindustrie ist ein Hotspot für Infektionen. Doch die Fleischproduktion wurde für systemrelevant erklärt. Die überwiegend aus Osteuropa, vor allem aus Rumänien und Bulgarien kommenden ArbeiterInnen sind bei Sub- oder Subsubunternehmen bzw. über Scheinwerkverträge angestellt, also ohne feste Verträge geschweige denn tariflichen Schutz. [6]

Das Ganze funktioniert über Werk- oder Leihverträge. Der Arbeitsplatz ist nicht sicher, die ArbeiterInnen leben in ständiger Angst vor einem Rauswurf. Für diese körperlich und psychisch extrem anstrengende Arbeit, erhalten sie nicht einmal den Mindestlohn. Zudem wird den ArbeitsmigrantInnen Geld für Arbeitsmittel (Werkzeug, Messer, Kleidung) und die Unterkunft vom Lohn abgezogen.

Sie müssen teilweise in Containern und Sammelunterkünften hausen. Bis zu neun Personen in einer verwahrlosten Dreizimmerwohnung mit Schimmel an den Wänden und einer versifften Matratze.

An den Fließbändern wird das Fleisch im Akkord verarbeitet, Mindestabstände können nicht eingehalten

6 Siehe gesetze-im-internet.de/bgb/__631.html, dgb.de/service/die-rechtsfrage/werkvertraege, de.wikipedia.org/wiki/Werkvertrag_(Deutschland)

werden. Das feuchte kalte Klima von sechs Grad Celsius in den Fleischfabriken, das Arbeiten auf engstem Raum – ein perfekter Nährboden für die Ausbreitung des Virus.

Damit die Supermärkte mit Hackfleisch schlechtester Qualität die Märkte überschwemmen und hohe Profitmargen erzielen, wird „moderne Sklavenarbeit" in Kauf genommen.

Denn Fleisch muss kostengünstig sein. Die Politik argumentiert damit, auch der arme Werktätige muss sich Fleisch kaufen können – wenn auch qualitativ

schlechtes. Und so werden die Werktätigen als Schuldige abgestempelt. Nicht die miese Bezahlung steht am Pranger. **Nein!** Es sind die Armen, die sich nicht mal eben Bio-Fleisch leisten können.

Die krasse Ausbeutung der Tiere – die Tierhaltung ist überwiegend reinste Tierquälerei – steht ebenso nicht am Pranger. Unglaublich fette Profite für die Konzernherren werden mit der Produktion auf sehr hohem Niveau und der Niedrigstlohnzahlung der WerkvertragsarbeiterInnen gescheffelt.

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) lud Ende Juni zum sogenannten Fleischgipfel ein. Damit reiht sie sich in **das große Bla Bla** ihrer unterschiedlichsten VorgängerInnen im Landwirtschaftsministerium. Bereits im Jahr 2000 versprach Karl-Heinz Funke (SPD) in der gleichen Funktion bessere Arbeitsbedingungen, weniger Ausbeutung-und weniger Tierquälerei. **Resultat gleich NULL!**

Hubertus Heil, Arbeitsminister bringt jetzt ein neues Gesetz auf den Weg, das angeblich die Knebel-Werkverträge verbietet. Ohne Knebelverträge schrumpft allerdings der Profit. Prophylaktisch hat das Tönnies-Monopol also schon mal fünfzehn neue Tochtergesellschaften gegründet. Da werden dann die „neuen Arbeitsverhältnisse" auf Tochtergesellschaften aufgeteilt und abgewickelt. Erleichtert Tarifverhandlungen, Betriebsratsverhinderungen und in letzter Konsequenz Entlassungen.

Nicht anders ist die Lage der Ernte-ArbeiterInnen. Traditionell beutet der deutsche Imperialismus seit dem 19. Jahrhundert „Saison" – LandarbeiterInnen aus Ländern wie Rumänien, Bulgarien und Polen verschärft aus, lässt sie in maroden Unterkünften oder Lagern vegetieren und 10-Stundenschichten malochen.

Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden ihnen in beliebiger Höhe von den Chefs der Agrarindustrie abgezogen. Oft sind die migrantischen ArbeiterInnen sexueller Belästigung und absoluter Rechtlosigkeit ausgesetzt. Rechte, Arbeitssicherheit, Tarifverträge, Kündigungsschutz, Hygieneregeln...das alles existiert faktisch nicht für sie.

„Die Würde des Spargels ist unantastbar"

Corona bedingt mangelte es in diesem Jahr an „billigen" ErntehelferInnen. Seit dem 25. März 2020 galt ein Einreiseverbot. Viele Landwirte gingen auf die Barrikaden und forderten „Passierscheine" für ArbeiterInnen aus Osteuropa.

Am 2. April wurde dieses Einreiseverbot gelockert, im April und Mai „durften" jeweils 40 000 Werktätige einreisen. Wo die Isolation der migrantischen ArbeiterInnen in Deutschland vom Rest der Welt meist dazu führt, dass diese Überausbeutung weitestgehend unbeachtet bleibt, haben sich in einigen landwirtschaftlichen Betrieben Ernte-ArbeiterInnen organisiert.

Auf dem Erdbeer- und Spargelhof Ritter im rheinischen Bornheim zum Beispiel organisierten sich 150 ArbeiterInnen und traten in den Streik. Statt der vereinbarten 1 800 Euro Lohn haben einige lediglich 250 Euro für einen Monat hartes Schuften erhalten. Andere erhielten überhaupt keinen Lohn.

Zudem sind die ArbeiterInnen auf engem Raum mit vier bis fünf Menschen in nicht beheizbaren Zimmern untergebracht, die Sanitäranlagen in katastrophalen Zustand.

„Die ausländischen ArbeiterInnen waren für das deutsche Großkapital und die Großagrarier eine „billige" Reservearmee. Wenn es für die Wirtschaft erforderlich war, wurden sie geholt, und bei veränderter Konjunktur (z.B. wirtschaftlicher Krise) konnten sie leicht wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Keinesfalls sollten sie auf Dauer bleiben und mit der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt werden.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft von MigrantInnen, von ausländischen SaisonarbeiterInnen und ZwangsarbeiterInnen um gewaltige Extraprofite zu erzielen, das nationalistische Aufheizen der deutschen ArbeiterInnenklasse gegen die Migranten, das ist eine Politik die zum festen Bestandteil des Arsenals des deutschen Kapitals gehört. Und das seit seiner Geburtsstunde…"

Trotz alledem! Nr. 16, Januar 2000, S. 16

Corona-Zeiten: Pandemische Gewaltexzesse (oder Familienhölle) gegen Frauen, Kinder, Jugendliche

Misshandlungen, sexuelle Gewalt und Ausbeutung durch den Ehemann, durch Freunde oder Lebenspartner gehören für viele Frauen und ihre Kinder – nicht nur – in der BRD zum Alltag. Immer noch hat im Schnitt jede dritte Frau Gewalterfahrungen hinter sich bevor sie dreißig ist.

Die Tatsache, dass der gefährlichste Ort für Frauen nicht die nächtliche Straße ist, sondern ihr eigenes Zuhause, bewahrheitet sich auch in Corona-Zeiten: **Dreimal** so viele zu Hause getötete Frauen seit dem Lockdown in **Großbritannien**. **30 Prozent** mehr häusliche Gewalt in **Frankreich**. Fast **20 Prozent** mehr Anrufe bei Hilfetelefonen in **Deutschland** und **40 Prozent** mehr in **Argentinien:** Corona ist nicht nur als Virus gefährlich.

Viele Frauen sind regelrecht zu Hause eingeschlossen. Vielfach heißt das, noch mehr Gewalt erleiden zu müssen. Sie können weder ihre Flucht noch die ihrer Kinder vorbereiten, sind nicht in der Lage, ihre Sachen zu packen oder auch nur zu telefonieren.

Schulen und Kitas, über die sonst Hinweise auf Gewalt in Familien kommen, arbeiten längst nicht wieder im Normalbetrieb. Was ist mit Hilfe in Frauenhäusern? Fehlanzeige! Denn schon vor der Corona-Krise war der Zugang zu Frauenschutz-Einrichtungen oder zeitnaher Beratung in einer Fachberatungsstelle immens schwierig. MitarbeiterInnen fehlen für die Beratung und Unterstützung der Frauen und ihrer Kinder. Bundesweit fehlen ca. 14 000 Frauenhausplätze.

Es ist dieses patriarchal-imperialistische System selbst, das sowohl in den imperialistischen Metropolen als auch in den abhängigen Ländern die Frauen knechtet, versklavt und Gewalt gegen sie hervorbringt, schürt und fördert. **Wir kämpfen gegen dieses imperialistisch patriarchale System, das diese Gewalt tagtäglich hervorbringt.**

Drei von vier Kindern weltweit erfahren zwischen ihrem zweiten und vierten Lebensjahr zu Hause Gewalt: körperliche, psychische oder sexuelle. **Die Corona-Krise und ihre Folgen haben die Risiken von Gewalt gegen Kinder nochmals verschärft.** [7]

Im Juni 2020 verzeichnete die Berliner Gewaltschutzambulanz einen Anstieg von 30 Prozent im Vergleich zum Juni 2019. In den ersten zwei Juniwochen war es sogar ein Anstieg um 50 Prozent. [8] Armut und Krankheit, Migration und Rassismus, Frauen und Gewalt, Jugend und Perspektivlosigkeit, fortschreitende Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschheit durch die Klimakatastrophe… das ist Klassengesellschaft. All diese Fragen sind heute zur Überlebensfrage geworden. Sie sind Fragen des Klassenkampfes!

Klassenlage und Krankheit

Natürlich sind Krankheiten und Seuchen nicht nur in Deutschland sondern auch weltweit eine Frage der Klassengesellschaft.

Die USA

In den USA hängen die Überlebenschancen, von der Klassenlage und auch von der Hautfarbe ab.

Bis Mitte August waren 20 Prozent aller Covid-19-Toten Latin@s, obwohl sie nur 18,3 Prozent der Bevölkerung ausmachen. 22,1 Prozent waren AfroamerikanerInnen, mit einem Anteil von 12,4 Prozent an der Bevölkerung und 2,1 Prozent Indigene, deren Anteil bei 1,0 Prozent an der Bevölkerung liegt. [9] 19 500 AfroamerikanerInnen, 8 400 Latin@s und 600 Indigene wären noch am Leben, wenn die Sterblichkeit genauso wäre wie die bei den weißen AmerikanerInnen.

Z.B.: Im Südstaat Louisiana: 70 Prozent der an COVID-19 verstorbenen Menschen, sind Schwarze, deren Bevölkerungsanteil bei nur 33 Prozent liegt.

Z.B.: In Illinois, wo der Bevölkerungsanteil von AfroamerikanerInnen 14 Prozent beträgt, sind 42 Prozent der Toten schwarze Menschen.

Z.B.: In Chicago liegt die Zahl der AfroamerikanerInnen bei einem Bevölkerungsanteil von 30 Prozent, aber bei 70 Prozent der Todesfälle. [10]

Z.B.: In Milwaukee im Bundesstaat Wisconsin sind nur 26 Prozent der EinwohnerInnen schwarze Menschen. Sie beklagen aber 73 Prozent der Todesopfer.

Z.B.: Im Bundesstaat Michigan trugen sich drei Viertel der Todesfälle in Detroit zu. In dieser Stadt sind knapp vier Fünftel der EinwohnerInnen AfroamerikanerInnen, mehr als ein Drittel von ihnen lebt in unfassbarer Armut. [11]

Seit Jahrhunderten werden AfroamerikanerInnen, Latin@s und Indigene in den USA massiv diskriminiert. Armut, Ungleichheit und hohe Arbeitslosigkeit herrscht unerbittlich.

Die nationale Armutsrate der USA beträgt 13 Prozent. Latin@s leben zu 19,4 Prozent unter der Armutsgrenze, AfroamerikanerInnen zu 23 Prozent. 11,5 Pro-

7 unicef.de/informieren/aktuelles/gewalt-gegen-kinder-beenden

8 berlin.de/sen/justva/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.954934.php

9 apmresearchlab.org/covid/deaths-by-race, 18.08.2020

10 t-online.de/nachrichten/panorama/id_87681218/corona-sterblichkeit-in-den-usa-bei-afroamerikanern-ist-das-risiko-hoeher.html

11 sueddeutsche.de/politik/coronavirus-usa-schwarze-sterberate-1.4872535

zent der AfroamerikanerInnen haben keine Krankenversicherung. Zum Vergleich: Bei der weißen Bevölkerung sind es 7,5 Prozent.
Armut, soziale Benachteiligung, strukturelle Diskriminierung in den medizinischen Versorgungszentren. Social Distancing ist für viele schwarze ArbeiterInnen ein Luxus, den sie sich nicht leisten können. Sie sind die schwerst betroffenste Gruppe der Werktätigen in der Pandemie.
AfroamerikanerInnen arbeiten überdurchschnittlich häufig in jenen „systemrelevanten" Berufen, die das gesellschaftliche Leben am Laufen halten: Sie arbeiten in Supermärkten, als Pflegekräfte in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder als TransportarbeiterInnen in Lieferwagen, Bussen und U-Bahnen.
Jobs, die sich nicht ins Homeoffice auslagern lassen – und die Fahrt zum Arbeitsplatz in überfüllten Bussen oder U-Bahnen unvermeidlich. Hinzu kommt, dass viele Schwarze und Latin@s durch den „freien Wohnungsmarkt" gezwungen sind, eng gedrängt zu wohnen. In Haushalten, in denen drei Generationen leben, ist es praktisch unmöglich, Abstand zu halten.
Der antirassistische Kampf ist Teil des Klassenkampfes. Er ist auch eine Überlebensfrage.

Afrika

Auf dem afrikanischen Kontinent liegt die Zahl der Infizierten bei fast 1,13 Mio. bestätigten Infektionen. 21 931 Neuinfektionen an einem Tag markieren Ende Juli einen vorläufigen Höchststand. Seitdem sinkt die Zahl. Mehr als die Hälfte – nämlich 55,4 Prozent – entfallen auf Südafrika.

Länder mit den meisten bestätigten Infektionen: [12]

Südafrika	625 056	+2 183 zum Vortag
Ägypten	98 727	+180
Marokko	61 399	+1 293
Nigeria	53 727	+260
Äthiopien	51 122	+1 493

Länder mit den meisten Todesfällen:

Südafrika	14 028	+285 zum Vortag
Ägypten	5 399	+37
Algerien	1 501	+10
Marokko	1 111	+10
Nigeria	1 011	+0

12 interaktiv.morgenpost.de/corona-virus-karte-infektionen-deutschland-weltweit/, Stand 31.08.2020

Auf dem ersten Blick erscheint die Zahl der Infizierten verglichen mit den USA, Europa oder Lateinamerika gering. Aber die Infektionsraten sind mit 100-prozentiger Sicherheit sehr, sehr viel höher.
Die Lage ist äußerst kritisch für die werktätige Bevölkerung: Die Gesundheitsversorgung ist in den meisten afrikanischen Ländern für die breiten werktätigen Massen sehr unzureichend.
In Malawi mit ca. 20 Mio. EinwohnerInnen arbeiten landesweit nur 50 ÄrztInnen, und in den Hospitälern steht nur eine zweistellige Zahl von Notfallbetten zur Verfügung. Äthiopien verfügt nach eigenen Schätzungen über 150 Intensivbetten für 105 Mio. Menschen. Das sind nur einige Beispiele. Hinzu kommt die in manchen Gegenden auf dem afrikanischen Kontinent hohe HIV-Rate.
Laut UN-Organisation UNAIDS lebten 2018 weltweit 37,9 Mio. Menschen mit HIV, davon 25,6 Mio. in Afrika südlich der Sahara. Zudem sind Unterernährung, Armut und schwere, nicht behandelte Vorerkrankungen weit verbreitet. Die werktätige Bevölkerung kämpft ums Überleben.
Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie haben extrem negative Auswirkungen zur Folge: Das Wirtschaftswachstum würde demnach um **3,4 Prozent schrumpfen.** Im Januar war die African Development Bank (ADB) noch von einem 3,9-prozentigen Wachstum ausgegangen. [13]
Schätzungsweise werden über 27 Millionen Menschen in extreme Armut getrieben. [14]
Laut UNDP (United Nations Development Programme) könnte fast die Hälfte aller Arbeitsplätze auf dem afrikanischen Kontinent verloren gehen.
Auch Home Office ist in Ländern mit einer großen informellen Wirtschaft kaum bis gar nicht möglich. So quetschen sich in Südafrika täglich etwa 16 Mio. Werktätige auf dem Weg zur Arbeit in die Minibus-Taxen. ArbeiterInnenfamilien leben nach wie vor in maroden Townships auf engstem Raum.
In Kibera/Kenia, einem der größten städtischen Slums der Welt, teilen zwischen 500 000 und 700 000 Menschen ihr Zuhause. Wenige haben fließendes Wasser, die wenigsten ihre eigene Toilette.
Besonders hart betroffen ist die Bevölkerung in denjenigen Ländern, die stark vom **Rohstoffexport** abhängig sind. Und das sind auf dem afrikanischen Kontinent sehr viele: Die Ölförderländer Nigeria, Algerien und Angola sowie die Länder, die vom Rohstoffabbau im Bergwerk (Kohle, Diamanten, Kupfer...) abhängig

13 African conomic Outlook 2020, SUPPLEMENT Amid COVID–19, S. 7; afdb.org/en/knowledge/publications/african-economic-outlook
14 rnd.de/gesundheit/corona-in-afrika-vereinte-nationen-befurchten-millionen-tote-3SZQLKVRRJH2TAPA65R6MVAE2I.html

sind, wie Südafrika, die DR Kongo und Botswana.
Anfang Mai legte Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), ein Corona-Sofortprogramm zur „Stabilisierung von Entwicklungs- und Schwellenländern auf". Eine Milliarde Euro soll investiert werden: Oberstes Ziel dieses hehren Programmes: **Die Flüchtlingsabwehr! Und Militarisierung in den Ländern!** [15]

Corona trifft Armut, Reichtum rüstet auf

395 Millionen Menschen werden voraussichtlich – laut einer Studie der Universität der Vereinten Nationen (UNU-WIDER) – infolge der aktuellen Krise in extreme Armut stürzen. Das bedeutet, mit weniger als 1,90 US-Dollar am Tag leben **zu** müssen. Ein **Anstieg von mehr als einer Milliarde Menschen.** Das Fazit dieser Studie: Nur 0,63 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der G7 würden ausreichen, um diese extreme Armut zu beenden. [16]
2019 investierten die G7 im Durchschnitt 1,7 Prozent ihres BIP in das Aufrüsten ihres Militärapparates.

Klassenkampf von Oben Wer profitiert? Die Banken und Konzerne

Bereits in unserem Artikel Teil I haben wir vorhergesehen: *„Wie in jeder Krise werden auch in dieser sehr einschneidenden „Corona-Wirtschaftskrise" mächtige internationale Finanzoligarchen als Gewinner hervorgehen. Klar, viele Firmen und Konzerne werden Pleite gehen, bzw. die BesitzerInnen werden wechseln.*
Aber das ist kein Untergang des imperialistischen Wirtschaftssystems."

Gewinner und...

Nun ist die Lage aktuell noch wesentlich drastischer, als wir es im April auch nur erahnen konnten: Von dem 750 Milliarden Euro-Paket, das die deutsche Groko-Regierung im März aufgelegt hatte, sind 500 Milliarden Euro für die „notleidenden" Großkonzerne reserviert. **Neun Milliarden** davon erhält allein die **Lufthansa**, die selbst nur vier Milliarden wert ist. Gleichzeitig will die Lufthansa-Geschäftsführung weltweit **22 000 Stellen** streichen. [17]
Die Sanierung dieser privatisierten, früheren staatlichen Fluggesellschaft hat keinen Nutzen für die ArbeiterInnenklasse sondern vor allem nur für die Aktionäre, damit diese möglichst zügig wieder fette Dividenden bekommen.
Die Deutsche Bahn wird mit etwa **sieben Milliarden** Euro versorgt. Im Gegenzug **muss** die Bahn **fünf** Milliarden Euro einsparen und zwar durch **Stellenstreichungen!**
Um die Einsparungen bei den Löhnen möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen, wird die Eisenbahn- und Verkehrs-Gewerkschaft EVG mit ins Boot geholt. So wie wir es von den gelben Gewerkschaften kennen: Co-Management und Klassenzusammenarbeit. Praktische Auswirkungen erleben die Werktätigen bereits jetzt, obwohl die Fahrgastzahlen noch weit hinter denen vor der Pandemie liegen, sind die Züge brechend voll, werden Züge verkürzt, um zu sparen. Pandemieschutz interessiert nicht!
Im Mai waren 20 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit. Alle **Autokonzerne, Mercedes, BMW, VW** haben Kurzarbeitergeld vom Staat sowie die vollständigen Sozialabgaben kassiert. Trotzdem schüttet BMW 1,5 Milliarden Euro an seine AktionärInnen aus. Trotz Millionen-Staatsknete wollen Daimler und VW mehrere zehntausend ArbeiterInnen entlassen.
Von den **1,2 Billionen** Euro EU-Hilfen in der Corona-Krise gehen fast 1,188 Billionen an die Großkonzerne und knapp 0,012 Billionen, also 12 Milliarden an kleine Unternehmen. Bleiben **0,00 Euro** für die Werktätigen, für die Menschen in systemrelevanten Berufen, für die Notleidenden.
In der Krise zeigt sich, wie viel Geld der Staat auf der hohen Kante hat. Obwohl die Antwort auf jede Forderung nach Verbesserung von Bildung und Gesundheit stereotyp lautet, „Kein Geld da". **Aber** wenn es ums Kapital geht, ist selbstverständlich genügend Knete da.
Anfang Juni 2020 beschließt die Bundesregierung ein Konjunkturpaket über 130 Milliarden Euro. Neben Senkung der Mehrwertsteuer und ein **paar kleine Krümel vom Kuchen** für Kinder umfasst das Paket natürlich **eine ganze Bäckerei** für die Konzerne. Dazu zählen auch **zehn Mrd. Euro** für die Rüstung. Ein Posten, der zu den vier größten Maßnahmen des Konjunkturpakets gehört.

...wer guckt in die Röhre?

Millionen Werktätige werden aus der Lohnarbeit geschleudert, und Millionen werden in die „Sozial-Hilfe" – die Hartz IV – Armut geworfen. Diese Krise ist nicht nur eine Krise des Gesundheitssystems sondern eine umfassende Wirtschaftskrise, die verstärkt durch die Corona-Pandemie immer mehr alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen wird.

15 bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf
16 wider.unu.edu/publication/global-poverty-coronavirus-could-drive-it-first-time-1990s
17 junge welt, 24.06.2020, S. 5

Staat und Kapital nutzen sie, um mit der übrigens schon vor Corona auf der Tagesordnung stehenden „Transformation" die Produktion umzustrukturieren, Innovationen durchzuziehen und sich verschärft an unserer Arbeitskraft zu bereichern. Das Leben von uns Werktätigen zählt keinen Pfifferling.
Um ihre Gewinne zu steigern, bereichern sie sich außerdem an der Ausbeutung der abhängigen oder nicht entwickelten kapitalistischen Länder, die auf den Rohstoffabbau und -export angewiesen sind. Für den Maximalprofit ist den Monopolkapitalisten jedes Mittel recht!

Wer zahlt?

Die Billionen-Summen, die an Banken und Konzerne verschleudert werden, sind der Mehrwert, den die Kapitalistenklasse aus unserer Arbeitskraft herausgepresst haben! JETZT holen sie sich von uns Werktätigen weltweit diesen von uns erwirtschafteten Reichtum noch einmal.
Abbau von Sozialstandards: Rentenkürzungen, Absenkung des Mindestlohnes… Außerdem Angriff auf Arbeitsschutzbestimmungen, wie z.B. die angeblich „befristete" Aufweichung der gesetzlich festgelegten täglichen Höchstarbeitszeit – und das nicht nur in den sogenannten „systemrelevanten" Berufen: 48 und 60 Stunden-Woche, 12 Stunden-Tag – das soll überall und unbegrenzt möglich werden. Dazu fordern sie Steuersenkungen für die „notleidenden" Konzerne… all das kann für uns nur eins heißen: **Klassenkampf und Revolution oder Untergang in die Barbarei!**

Hygienedemos – alles esoterische Spinner und Verunsicherte?

Sie nennen sich „Widerstand2020", „Querdenken", „Corona-Rebellen" oder einfach nur „Hygiene-Demo" – neu sind diese Phänomene nicht. **Mitnichten sind das alles nur Verschwörungsspinner!**
Das ist eine Mischung aus Nazis und FaschistInnen gleich welcher Couleur, von rechten EsoterikerInnen, Identitären, FundamentalistInnen – meist ChristInnen – Reichsbürgerbewegung und rechte ImpfgegnerInnen, AfD und sonstige faschistische Gruppen. Dazu gesellt sich das abgehängte Kleinbürgertum, das vom Abstieg bedroht oder bereits abgestiegen ist.
Und die reichere Mittelschicht, die sich in ihrer „Freiheit" des Konsums und der Party-Abfeierei eingeschränkt sieht. Auch knallharte AntisemitInnen treffen sich dort. Sie betreiben die massive, aggressive Relativierung der Shoah, indem sie sich einen gelben Stern an die Kleidung heften oder in KZ-Kleidung erscheinen.
Anfangs sind auch einige recht Unbedarfte bzw. MitläuferInnen mitmarschiert. Doch sobald der „Lockdown" gelockert wurde, sind sie abgefallen, und der harte Kern faschistischer und rassistischer Gruppen blieb zurück. **Sie geben an,** sie seien das Volk! Sie nutzen die Angst und den Unmut der Menschen vor Corona. Genauso wie die „Pro Deutschland-Bewegung" die Angst vor den Geflüchteten genutzt hat, um Massen für sich zu gewinnen.

Antifaschistischer Kampf = Klassenkampf!

Bei allen Aktionen müssen wir uns fragen: Was nutzt dem Klassenkampf? Ein kleiner Teil der TeilnehmerInnen dieser Hygiene-Demos ist vielleicht orientierungslos und könnte auch offen für antikapitalistische Positionen sein. Aber kommen wir an diese einigen Wenigen heran? Es ist ziemlich unwahrscheinlich genau diese auszumachen, wenn wir uns auf diesen Demos bewegen und Gegenpropaganda machen. Für uns ist das Hauptziel diese Fascho-Aktionen zu stören, wenn möglich zu verhindern und unsere Positionen unter den Werktätigen zu verbreiten.
Der bürgerliche Staatsapparat, Politik und Polizei fas-

sen diese Bewegung mit Samthandschuhen an. Sie tolerieren fast alles und lösen, wenn überhaupt, die Kundgebungen erst nach stundenlangem Abwarten auf. Obwohl von Anfang an provokativ und offensiv gegen Corona-Regeln verstoßen wird.

Hingegen wird wie immer in der deutschen Geschichte alles an Staatsmacht aufgeboten um jeden antifaschistischen Widerstand und seine Strukturen zu zerschlagen. Anfang Juli liefen von der Staatsanwaltschaft angeordnete, polizeiliche brutal durchgeführte Hausdurchsuchungen in Baden-Württemberg in der antifaschistischen Szene ab. Angeblich wegen eines Angriffs auf Nazis in Stuttgart am Rande einer Hygienedemo, wovon einer schwer verletzt worden sein soll. Einer der verhafteten Antifas ist Jo. Er soll wegen versuchten Totschlags angeklagt werden.

Auch gegen migrantische Jugendliche schlägt die Staatsmacht systematisch-gewalttätig zu. Jugendliche, die nicht der Mittelschicht und Kapitalistenklasse zugehörig sind, die in der Corona-Krise keine Treffmöglichkeiten haben, für die keine Räume geöffnet werden, die sowieso schon immer von Clubs, durch rassistische Hardcore Kontrollen ausgeschlossen sind, versammelten sich auf freien Plätzen in den Stadtzentren. So geschehen in Frankfurt und Stuttgart. Während die Corona-LeugnerInnen sanft behandelt werden, wird in den Innenstädten die ganze Macht der Polizei aufgefahren um mit Gewalt, Platzverweisen, diese Jugendlichen zu vertreiben, bzw. zu kriminalisieren.

Es ist von diesem bürgerlichen, kapitalistischen Staat und seiner Polizei, Justiz und Bürokratie nichts anderes zu erwarten FaschistInnen braucht der Staat um gegebenenfalls bei der Unterdrückung der Klassenkämpfe auf diese zurückzugreifen. Faschismus und Kapitalismus hängen unmittelbar zusammen. Wir können den Faschismus nicht besiegen, wenn wir nicht gleichzeitig den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat vorantreiben. Antifaschistischer Kampf heißt der Spaltung der ArbeiterInnenklasse in Jung und Alt, in Frauen und Männer und andere Geschlechter, in deutsche und andere (eingeordnet anhand rassistischer Merkmale) entgegenzutreten.

Diese Spaltung wird nicht nur von den FaschistInnen betrieben. **Nein!** Das Kapital und seine Handlanger treiben genau diese Spaltung voran. Damit die ArbeiterInnenklasse nicht geeint zuschlagen kann!

Weltweiter Widerstand – Klassenkampf!

Trotz alledem gerade auch in der Corona-Krise nehmen weltweit Klassenkämpfe gegen dieses ausbeuterische System zu. In Krisenzeiten zeigt es immer offener seine hässliche Fratze.

Chile – Repression und Klassenkampf

Von Oktober 2019 bis Anfang März tobten in Chile heftige Proteste, ausgelöst durch die Fahrpreiserhöhung. Millionen Werktätige strömen auf die Straßen, um sich an den Kämpfen gegen das Establishment zu beteiligen, und sie haben einiges erreicht!

Ende Oktober hat die Regierung Reformen versprochen: 1,2 Mrd. Dollar für soziale Maßnahmen, darunter eine Erhöhung der Mindestrente und des Mindestlohns, gesenkte Medikamentenpreise, um 10 Prozent niedrigere Steigerung von Gesundheits- und Stromkosten, höhere Steuern für BezieherInnen von hohen Einkommen und eine Senkung der Gehälter von Abgeordneten und hochrangigen Staatsbeamten. Zudem kündigt Präsident Piñera eine umfassende Regierungsumbildung und Anfang November die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an.

Am 8. März, dem internationalen Frauenkampftag, demonstrieren in chilenischen Städten über zwei Millionen Werktätige, allen voran kämpferische, wütende Frauen.

Die Corona-Krise hat die Wucht des sozialen Kampfes zwar gemindert, aber nicht gestoppt. Am 26. März veröffentlicht das Arbeitsministerium einen Erlass. Demnach haben die Betriebe das Recht, die Löhne von ArbeiterInnen, die auf Grund einer angeordneten Quarantäne oder wegen der verhängten nächtlichen Ausgangssperre nicht zur Arbeit kommen können, einfach nicht auszuzahlen.

Kurz darauf brechen die Proteste wieder aus. Zwar wesentlich kleiner, um sich und andere zu schützen, aber auf unglaublich kreative Weise: Am 29. März wird der „Tag des jungen Kämpfers" begangen. An diesem Tag wird an die Ermordung zweier junger Widerstandskämpfer gegen die Militärdiktatur 1985 gedacht. In Santiago kommt es zu Straßenschlachten

mit der Polizei, Barrikaden werden errichtet. Feministische Organisationen rufen dazu auf, von den Balkonen und Fenstern Bilder der Diktatur und der aktuellen Revolte zu projizieren. „Auf dass das Gedenken die Quarantäne erleuchtet" ist das Motto.

Allein in März und April verlieren 500 000 Werktätige ihren Arbeitsplatz. TagelöhnerInnen und „StraßenverkäuferInnen" haben von einem Tag auf den anderen aufgrund von Corona-Maßnahmen keine Einkünfte. Nichts zu essen, keine Medikamente, verlieren ihre Unterkünfte. In Aktionen skandieren sie „Uns tötet Hunger, nicht Corona" oder „Besser durch Corona sterben als durch Hunger".

In den Betrieben wird für bessere Hygienebedingungen und teilweise für Quarantäne zum Schutz der Gesundheit der Werktätigen protestiert. Beschäftigte in der Holz- und Forstindustrie treten Ende März in den Streik und blockieren Straßen, um endlich ihre Arbeit einstellen zu dürfen, da sie mit einem hohen Ansteckungsrisiko rechnen.

In der Kupfermine Minera Escondida beschweren sich die Arbeiter, weil ihnen die Hygienesicherheit verwehrt bleibt. In der südlichen Stadt Temuco liefern sich Bauarbeiter Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter fordert die Stilllegung aller nichtessenziellen wirtschaftlichen Bereiche. In den chronisch überfüllten Gefängnissen Chiles sitzen tausende während der Proteste der vergangenen Monate Festgenommene in Untersuchungshaft.

Am 6. April treten die Gefangenen der Revolte im Gefängnis Santiago in den unbefristeten Hungerstreik. Seit Mitte Mai brechen in den ärmeren Stadtvierteln und in ArbeiterInnenvierteln immer wieder Proteste aus. [18]

Anfang August protestieren Angehörige der Mapuche, des größten indigenen Volkes mit Straßensperren und Demonstrationen gegen die rassistische Gewalt und Repression.

Der Ausnahmezustand in Chile ist noch bis Mitte September verlängert. Doch diese erzwungene Pause bedeutet noch lange nicht das Ende des Kampfs. Die verschiedenen Kämpfe in Chile sind in ihrer Radikalität und Militanz Vorbild für Klassenkämpfe weltweit. Revolutionäre Kräfte der Bewegung in Chile verbinden im hart geführten sozialen Kampf den Kampf, gegen Unterdrückung und Ausbeutung, den Kampf gegen Patriarchat, gegen Rassismus mit der Frage nach dem System und das ist die einzige Lösung!

Kämpfen lernen wie in Frankreich!

Seit Mitte März streiken und kämpfen unterschiedlichste Gruppen, Organisationen, ArbeiterInnen gegen die Auswirkungen der Krise zu Lasten der werktätigen Bevölkerung:

Streiks von GesundheitsarbeiterInnen in Nantes, in mehreren Amazon-Lagern, MüllarbeiterInnen in Poitiers, im Chemiewerk von MSSA in Savoyen, ArbeiterInnen des Krankenhauses Robert Debré in Paris fordern mehr Mittel fürs Gesundheitswesen.

In Marseille protestieren immer montags ArbeiterInnen aus dem Gesundheitswesen, Renault-ArbeiterInnen gehen in Choisy und in Aubergenville auf die Straßen. In Gefängnissen nimmt der Widerstand gegen die unsäglich verschärften Haftbedingungen zu. Die rassistischen Angriffe von Seiten der Staatsmacht in den Banlieues werden mit militanten Riots beantwortet.

In vielen französischen Orten und Vorstädten kommt es zu massiven Auseinandersetzungen: An manchen Orten brennen Autos, im Stadtteil Beaubreuil in Limoges das Rathaus. Jugendliche zerstören Überwachungskameras, in Champigny/Paris wird die örtliche Polizeistation attackiert. In Vaulx-en-Velin einer Trabantensiedlung bei Lyon kommt es zum Bau von Barrikaden und Kämpfen mit der Polizei. In Nogent-sur-Oise errichten Jugendliche Barrikaden und liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei.

MigrantInnen wehren sich vehement gegen die immer verschärftere Repression. In Calais gegen eine erneute Räumung durch die Gendarmerie. Ende Mai setzt eine Manifestation von rund 10 000 illegalisier-

18 amerika21.de/analyse/238805/chile-zeiten-von-corona

ten ArbeiterInnen in Paris trotz Verbots Zeichen. Am 2. Juni widersetzen sich zehntausende einem Demonstrationsverbot und kämpfen gegen Rassismus und gegen die Straffreiheit für Polizeikräfte, die rassistische Angriffe und Morde verüben oder darin involviert sind. [19]

Deutschland – Kämpfe verbinden

In zahlreichen Städten finden beeindruckende Aktionen und Demonstrationen statt, die sowohl den Schutz vor Covid-19 als auch das Demonstrationsrecht verteidigen. Da sind zum Beispiel die Aktionen von Seebrücke, die Proteste der Pflegekräfte, die Streiks der ArbeiterInnen beim Maschinenbauer Voith in Sonthofen sowie antirassistische Aktionen wie z.B. in Hanau oder die „Black Lives Matter"-Demonstrationen. In einigen Städten gelingt es, übergreifende Kämpfe zu verbinden, so wie die Klimabewegung mit dem Kampf der Pflegekräfte. Doch nach wie vor fehlt zwischen den verschiedenen Bewegungen noch das Bewusstsein, sich gemeinsam zu verbinden, insbesondere in der Arbeiterschaft der Industrie-Großbetriebe.

Was tun?

Verstärkt durch Krise und Corona-Zeiten weht ein Wind der Veränderung um die Welt. Dabei drehen sich die Kämpfe hauptsächlich um Klima, Antirassismus und Antifaschismus.
Das Hauptproblem in diesen Kämpfen ist die fehlende direkte Verbindung mit dem Kampf gegen das kapitalistische System. Vorherrschend ist die Hoffnung und ja, auch Illusion, dass dieses kapitalistische Ausbeutersystem grundlegend reformierbar sei. Seit dem Siegeszug des Kapitalismus wird dieser Wunschtraum von bürgerlich-reformistischen bis „linken" sich sozialistisch nennenden Parteien und Strömungen geschürt.
Das Grundproblem, das ganze gesellschaftliche System des Kapitalismus, wird oftmals nicht gesehen oder gar geleugnet. Seit dem weltweiten Aufstieg des Kapitalismus im 17. Jahrhundert haben ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen, Werktätige gegen die Auswüchse und teils auch revolutionär gegen die Wurzeln dieses ökonomischen und politischen Systems gekämpft.
Verbesserungen der Lage der werktätigen Klasse wurden nur durch zähen Klassenkampf erstritten. Auch revolutionäre Teilforderungen konnten durchgesetzt werden. Um diese Gesellschaftsformation zu überwinden, braucht es aber viel mehr. **Denn es ist das System, das dumm ist!** Alle Kämpfe um Befreiung, gegen Unterdrückung, gegen Kriege, Umweltzerstörung, gegen Patriarchat gilt es zu verbinden im großen Strom des antikapitalistischen Klassenkampfes, um das System insgesamt zu stürzen. Kampf gegen Covid-19 ist ein Kampf gegen das kapitalistische System – **Trotz alledem!**

19 solidarischgegencorona.wordpress.com/globale-entwicklung/

„Soziale" Demagogie der Nazis und Querfront Theorie

Bei den verschiedenen Corona-LeugerInnen-Demos ist ein „buntes Nebeneinander" von Regenbogen/Friedenstauben-Fahnen und dem deutschen Reichsbanner, Club-Ravern und Hakenkreuz-Tätowierten, AnhängerInnen der „Qanon"-Verschwörungsorganisation und NPD, Pegida-Fuzzis, Aluhüte … zu bestaunen. Bürgerliche Medien kommentierten, diese Gemengelage sei eine „Querfront von rechten und linken Gruppierungen, bzw. ExtremistInnen".
Das ist völlig absurd und üble Hetze gegen die linke Bewegung. Seit Beginn der Hygienedemos wird mit diesen Verleumdungen versucht, die Gleichsetzung von Links und Rechts zu betreiben. Beliebteste Manöver um alle fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Widerstandsbewegungen in diesem Land zu diskreditieren. In Diskussionen wird als Pseudoargument vorgebracht, die „Regenbogenfahne" und die „Friedenstaube" seien doch „linke Symbole". Dahinter steckt eine völlige Verkennung faschistischer Strategie und Taktik.
Der **deutsche Nazi-Faschismus** nannte sich aus propagandistischen Gründen demagogisch „sozialistisch" mit einem Anhängsel „national", um die sozialistische, kommunistische ArbeiterInnenbewegung zu schwächen und zu vernichten. Sie übernahmen formal etliche Symbole, Lieder und Organisationsformen der ArbeiterInnenbewegung, füllten sie mit faschistisch-völkischer Ideologie und klebten das Etikett „nationalsozialistisch" darauf.
Sie waren nur nationalistisch, sie waren nur deutsch

chauvinistisch, aber sie vermarkteten sich als angeblich „sozialistisch", um die Ziele des Kommunismus ins Gegenteil zu verkehren.

Einer der Hauptslogans auf der Berliner Corona-LeugnerInnen-Demo war: *„Wir sind hier, wird sind laut, weil ihr uns die Freiheit klaut!".* Geklaut haben sie die Parole der „Fridays for Future Bewegung". Zukunft haben die Nazipropagandisten mit „Freiheit" ersetzt. Und welche Freiheit meinen sie? Die Freiheit, ihre faschistische Propaganda auch unter Pandemie-Bedingungen überall und ohne Schutz unter's Volk zu bringen. Die „Freiheit", andere Menschen mit dem Covid-Virus anzustecken!

Dieser **„Tag der Freiheit" der Nazis symbolisiert das Voranschreiten der Faschisierung** in dieser Gesellschaft, die weit bis in die „Mitte" hinein vorgedrungen ist.

Wehret den Anfängen, das war einmal! **Wir müssen diese Entwicklung mit der breiten Entfaltung einer antifaschistischen Bewegung stoppen!**

Über 400 Nazis, mit Attila Hildmann als Wortführer, hielten am 6. Mai eine unangemeldete, „spontane Versammlung" vor dem Reichstag in Berlin ab.

Wieder wurde von der bürgerlichen Presse über eine Querfront von „linken und rechten Corona-LeugnerInnen" berichtet. Das sind Fake News! Vor Ort waren stramme, super aggressive Nazis, ReichsbügerInnen etc. Über vier Stunden „tolerierte" die Bullerei diese „illegale" Demo, die selbstverständlich offensiv alle Hygieneregeln ablehnte, um sie dann „sanft" aufzulösen. Auf den Kundgebungen der Nazi-Verschwörungsideologlnnen, die wir bundesweit beobachtet, bzw. dagegen protestiert haben und über die im Nachhinein die bürgerliche Presse als Links/Rechtsfront phantasierte, trifft das nicht zu.

Auf der 1. August Aktion in Berlin hat sich die „Staatsgewalt" wieder auffallend zurückgehalten. Mindestens ein Drittel der eingesetzten PolizistInnen trugen keinen Mundschutz. Waren das offene „Corona-gibt's nicht"-SymphatisantInnen? Auch hier, Aktionen wurden erst nach mehreren Stunden „friedvoll" und ganz langsam aufgelöst, obwohl gegen sämtliche Hygiene-Vorgaben bewusst von allen TeilnehmerInnen verstoßen wurde. Dafür wurde diese Polizeitaktik von der Politik hochgelobt, auch von Linken-PolitikerInnen. Polizei und Staat machten sich damit allerdings selbst zum Gespött und völlig unglaubwürdig!

Am Abend des 1. August war dann wieder der gewohnte Berliner **Bullen-Alltag gegen die linke Bewegung in Berlin** angesagt. Die Demonstration der autonomen und antifa Szene mit über 3 000 Menschen gegen die Schließung selbstverwalteter Haus- und Kneipenprojekte wurde brutal angegriffen. Martialisch ausgerüstete Polizeieinheiten wurden aufgefahren, die gleich zu Beginn in die Demo reingingen, wahllos Menschen mit Schlagstöcken zusammenprügelten und die Demo gewaltsam auflösten. Auf die linke Bewegung, die tatsächlich am kapitalistischen Herrschaftssystem kratzt, wird mit aller Macht und Brutalität eingedroschen. Die antifaschistische, antikapitalistische, antirassistische Klassenkampfbewegung muss sich die Frage stellen: Was Tun?

Unsere Meinung ist: Auf der Corona-LeugnerInnen-Demo in Berlin hätte die gesamte Antifa-Bewegung viel mehr und deutlicher Flagge zeigen müssen. Durch bundesweit vorbereitete Aktionen und Agitationsmaterial, die sichtbar und phantasievoll der faschistischen Weltsicht, dem bürgerlichen Individualismus und der Entsolidarisierung unsere Forderungen entgegenstellt. Nach einer anderen Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Auf riesigen Transparenten, Ballons, auf Wurfzetteln, durch Agit-Prop-Trupps mit mobilen Lautsprecheranlagen, revolutionärer Musik, Straßenbemalungen …..

Mit angekündigten und durchgeführten Gegendemos, die größer gewesen wären als die der Faschos, hätte sogar ihre Veranstaltung verhindert werden können. Natürlich werden wir uns unsere Aktionen nicht von Fascho-Aktionen diktieren lassen. Aber bei einer solchen Demonstration wäre es angebracht gewesen, mit der **ganzen Wucht der antifaschistischen und antikapitalistischen Bewegung** dagegenzuhalten und zu antworten!

Anmerkung:

Treppenwitz der Geschichte: Auf der einschlägigen Internetseite der Veranstalter werden als TeilnehmerInnenzahl 800 000 bis 1,3 Mio. angegeben. Belegt wird das Ganze mit einem Foto, das die Strecke Siegessäule bis Brandenburger Tor in Berlin zeigt, auf der eng aneinander gequetscht hunderttausend Menschen stehen. Kleiner Fehler: Leider ist das ein Foto von der Loveparade 2001. Soviel zu Fake News!

BERICHT

Corona-LeugnerInnen und Verschwörungs-ErzählerInnen entern Berlin

Am 1. August fand in Berlin die bisher größte Demo der Corona-LeugnerInnen und VerschwörungsmystikerInnen statt. Die Gruppierung „Querdenken 711" aus Stuttgart hatte zu der Aktion aufgerufen unter dem Motto: ***„Das Ende der Pandemie – Tag der Freiheit".*** Schon der Name ist Programm: Der faschistische Propagandafilm der Nazi-Künstlerin L. Riefenstahl über den Parteitag der NSDAP 1935 trägt den Titel *„Tag der Freiheit".*

Ein deutschnationales Süppchen mit ImpfgegnerInnen, rechten EsoterikerInnen, Corona-LeugnerInnen, Evangelikalen, FaschistInnen, AntisemitInnen, Aluhüten und RassistInnen kochte Unter den Linden/Friedrichstr. Laut Polizeiangaben hatten sich 17 000 TeilnehmerInnen eingefunden.

Schon frühmorgens trudelten sie, angekarrt mit Bussen, in der Stadt ein. Einige Busunternehmen unterstützten den Hass-Protest mit dem Transport.

Viele antifa-antira Bündnisse hatten zu **Störaktionen** an verschiedenen Orten in der Stadt aufgerufen. Als wir uns um 9.30 Uhr für die **Kundgebung der VVN** [1] vor dem Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma zwischen Reichstag und Brandenburger Tor einfanden, zogen bereits Scharen von LeugnerInnen an uns vorbei.

Die VVN hatte unter der Losung ***„Aufstehen gegen Corona-Leugner*innen. Kein Platz für Nazis!"*** zu dem Gegenprotest aufgerufen.

Pünktlich um 10 Uhr waren die Infostände aufgebaut, die Transparente an den Bäumen angebracht, Schilder verteilt und Flyer an die vorbeiziehenden TouristInnen und Covid-LeugnerInnen verteilt.

Zunächst fragten wir uns, warum die VVN sich hier platziert hatte. Im Nachhinein war dieser Platz strategisch optimal ausgewählt. Wir, ca. 100 Leute, hatten uns auf dem Weg rechts und links verteilt.

Die Covid-LeugnerInnen mussten wie im Spießrutenlauf zwischen uns durch. Sie wurden mit kritischen Reden und internationaler Musik bombardiert, mit Flyern und Zeitschriften konfrontiert, mit kurzen Agitationen angesprochen und mussten unsere Transparente und Plakate lesen.

Einige wenige blieben stehen und diskutierten, andere brüllten etwas und zogen weiter. Es blieb friedlich, keine tätlichen Angriffe.

Was uns überrascht hat, war folgendes:

Auf den ersten Blick zogen ganz normale Leute an uns vorbei. Eltern mit Kindern, Hippies mit langen Haaren und Peace-T-Shirts, biedere Paare, Menschen, die unsere NachbarInnen, unsere KollegInnen sein könnten.

Keine Glatzen, keine Hooligans und die üblichen Nazischläger, wie wir sie sonst von Nazi-Aktionen kennen. Menschen, die wir in der Einkaufsmeile, beim Arzt, beim Fitness oder Yoga antreffen. An der Kleidung erkennbar arme aber auch gut betuchte Menschen.

Als Zeichen des Protests trugen sie keine Maske. Wir dagegen als Zeichen des Gegenprotests schon.

Noch ein äußerliches Erkennungsmerkmal ist interessant zu erwähnen.

Der übergroße Teil der Corona-LeugnerInnen sind offensichtlich weiße Deutsche ab 30 aufwärts. Junge Menschen waren selten anzutreffen.

1 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Als wir anfingen, mit den TeilnehmerInnen zu diskutieren, änderte sich das Bild schlagartig. Beispiele: Ein Mann schrie: „Corona ist mein Freund! Ich bin Arzt, ich kenn mich da aus! Corona gibt es nicht!" Er habe sehr lange in der Charité gearbeitet. Jetzt arbeite er klinisch, was das auch immer bedeuten mag.

Eine junge Frau ging darauf ein und fing an zu diskutieren. Mein Kommentar war: „Windpocken gibt es auch nicht und Krebs gibt es auch nicht!" Wie sollen wir mit diesen IgnorantInnen und LeugnerInnen diskutieren?

Sehr oft sagten wir zu den Vorbeiziehenden, dass sie sich schämen sollten, mit Nazis zusammen zu laufen. Die Antworten waren: Es gebe auf der Demo keine Nazis, nur friedliche Leute, Nazis seien wir selber, Meinungsdiktatur. Eine Frau meinte: „Ja, ich bin ein Nazi." Eine Provokation?

In längeren Diskussionen, in die wir sie verwickelten, wurde das Bild dieser Leute klar und deutlich.

Je mehr man an ihrer Fassade kratzte, umso mehr kamen ihre grässlichen, rassistischen und deutschchauvinistischen Anschauungen und ihr verkorkstes Menschenbild zum Vorschein.

Wieder haben wir ein Paar davor gewarnt, mit Nazis zu paktieren und fragten, ob sie nicht wüssten, dass die OrganisatorInnen Nazis seien. Zuerst antwortete der Mann provokativ: „Ihr seid selber Nazis", und dann: „Schämt euch! Schämt Ihr euch! Das ist Meinungsdiktatur!"

Wir entgegnen: „Was ihr Corona-GegnerInnen fordert, ist doch Entsolidarisierung. Stellen Sie sich vor, Sie werden krank und brauchen Hilfe." „Dafür zahlen wir doch ein", war die Antwort. Wir: „Viele Leute müssen sich um Sie kümmern. Stellen Sie sich vor, diese bezahlten Leistungen reichen nicht aus. Sie brauchen Menschlichkeit, Zuneigung, jemand der Ihnen zuhört, das was man nicht kaufen kann. Nur Solidarität und Menschlichkeit zählt am Ende und hilft uns allen. Wir sind für Solidarität."

Ein anderer Corona-Leugner: „Darf ich meine Nation nicht lieben? Was ist das für eine Nation?"

Wir: „Sollen wir etwa die AusbeuterInnen und UnterdrückerInnen, MenschenverachterInnen, Frauenfeinde, Vergewaltiger, KinderseelenzerstörerInnen, RassistInnen lieben? Diese Nation besteht aus Klassen. Ich bin auch gegen den Staat aber gegen den Kapitalistenstaat. "

Etliche einzelne Frauen liefen verwirrt herum und haben nach der „Querdenken Demo" gefragt. Was ist in der Biografie der Menschen schief gelaufen, waren unsere Gedanken!

Eine dieser Frauen klagte: „Ich bin für die Informationsfreiheit. Hier geht es um die Informationsfreiheit." „Welche Information fehlt Ihnen?". „Ich habe kein Handy, kein online." „Es gibt doch Zeitungen, Zeitschriften, die man überall kaufen kann." „Ich bin Hartz IV." „Sie können sie kostenlos in jeder Bibliothek lesen. Aber welche Information fehlt Ihnen, damit Sie sich eine Meinung bilden können? Sie wissen, dass Sie hier mit Nazis, RassistInnen, zusammen laufen?" Sie antwortet: „Ich laufe nicht mit denen, ich bin kein Nazi. Ich suche die xxx Gruppe."

Diese Frau haben wir Wilhelmstraße, am Pariser Platz angesprochen, wo die VerschwörungsmystikerInnen mit ihren Demowagen und Trucks in die Straße Unter den Linden einbogen. Ein junger Mann, den wir zuerst nicht ganz einordnen konnten, der sich das Gespräch angehört und mit der Frau weiter diskutiert hatte, sagte etwas später zu ihr: „Da ist doch Ihr Freund, der mit der Schwarz-Weiß-Roten Fahne. Diese Gruppe haben Sie doch gesucht." ReichsbürgerInnen und Nazis nehmen gerne die Fahne des Kaiserreichs. Die Frau beeilte sich, dort aufzuschließen.

Etwas an der Oberfläche gekratzt, schon kommt die hässliche Fratze des Faschismus und Rassismus hervor. „Ihr mit eurem Klassenkampf, das hilft doch auch nicht", war eine andere Meinung.

Unser Einstieg zur Konfrontation mit rassistischer Gewalt: „Stellen Sie sich vor, Sie sitzen im Restaurant und essen mit Ihren Kindern, dann kommt ein weißer Deutscher rein und knallt Sie alle ab." Der Mann: „Nee, das gibt es nicht." Wir: „Doch, geschehen in Hanau, neun Tote, neun Mordopfer des NSU, in Halle zwei Tote und 54 Gerettete. Ich gehe jeden Tag mit dieser Angst ins Bett. Tun Sie das auch? Berührt Sie das nicht?". Als ich das erzähle, grinsen Mann und Frau höhnisch und laufen hinter dem Wagen hinterher.

Leute verteilen Flyer: „Entnazifizierung, Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus", mit Bildern von lächelnden Kindern. Auf der Rückseite liest man: *„endet die Zuständigkeit der Treuhandverwaltung BRD"*, unterschrieben mit www.staatenlos.info. Ein Reichsbürger-Infoblatt. Rechte Rattenfänger und Demagogen.

Um 13 Uhr hatten die „Omas gegen Rechts" zu einer Aktion an der Leipziger Straße aufgerufen. Hier haben sich auch GenossInnen beteiligt. Die Corona-LeugnerInnen, die vorbeizogen, skandierten immer wieder gegen die Parolen der AntifaschistInnen: „Ihr seid die Nazis. Wir sind gegen Meinungsdiktatur!" und haben sie aggressiv angegangen: „Nehmt eure Scheißmasken ab", „Das Virus gibt es nicht, alles Schwachsinn und Lüge".

Besucht haben wir noch die Antifa-Kundgebung mit ca. 150 Protestierenden vor dem Brandenburger Tor.

TA-AktivistInnen

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!

Ausgabe Nr. 25 zum 1. September 2020

Mit oder ohne Corona – Sie meinen Krieg, wenn sie vom Frieden reden!

Angeblich wurde die Bundeswehr in den letzten 20 Jahren kaputt gespart.

Fakt ist: Der Truppe stehen 2020 mit 45,2 Mrd. Euro rund 40 Prozent mehr zur Verfügung als im Jahr 2000 mit 24,3 Mrd. Euro. Allein die zwei vergangenen Jahre zeigen, wie der Staat **Kriegsvorbereitungen** trifft.

Was wir mit diesem Geld alles anstellen könnten – nur so als Gedankenspiel …

Zahlen von „Abrüsten statt Aufrüsten"

Die jährlichen Kosten von Hartz IV, die nicht mal das Existenzminimum sichern, belaufen sich auf nur 21 Mrd. Euro.

Kostenfreier Nahverkehr würde mit nur 15 Mrd. Euro die Werktätigen entlasten.

Budget für sozialen Wohnungsbau: 2020 und 2021 zusammen lächerliche zwei Mrd. Euro. Das ist ein Witz angesichts zunehmender Wohnungslosigkeit und Mietenwucher!

Ein Bruchteil der weltweiten Militärausgaben reicht, den Hunger in der Welt abzuschaffen!

2018: Massive Aufrüstung. Deutschland bereitet sich auf „sehr große" Militäroperationen vor. Das Kriegsministerium, das sich verlogen „Verteidigungsministerium" nennt, zielt auf „Einsatzorientierung", d.h. alle militärischen und zivilen Kräfte werden auf (Nuklear)Krieg ausgerichtet.

März 2020: Die Rüstungsindustrie brummt wie selten zuvor. Sie profitiert enorm vom Verkauf der Tötungsmaschinen an die Bundeswehr und dem internationalen Waffenhandel. Trotz Boom sind im Konjunkturpaket auch Gelder für die Kriegsindustrie geplant:

500 Mio. Euro für ein Cyber-Zentrum und Unterstützung in Milliardenhöhe, um Projekte vorzuziehen. Der Staat stopft den Waffenschmieden, die selbst für kapitalistische Monopole bemerkenswerte Unverschämtheit und Maßlosigkeit zeigen, den gierigen Schlund ...

„Für eine außenhandelsabhängige Nation wie die unsere sind frei nutzbare und sichere Seewege von herausragender Bedeutung. Um die verbliebenen noch nicht eindeutig zugeteilten und erschlossenen Ressourcen hat der globale Wettstreit längst begonnen"

Die Branche ist **keineswegs** das **Jobwunder**, als das sie sich gerne darstellt. In der EU stellen die etwa 500 000 ArbeiterInnen im Rüstungssektor nur 0,024 Prozent aller EU-ArbeiterInnen. Es ist machbar, die Rüstungsproduktion auf Herstellung ziviler Güter umzustellen (Konversion).

„Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen."

Das wollen die Herrschenden nicht – sondern eine **eigene schlagkräftige Kriegsindustrie MIT Waffenexport!**

Am 17. Juni 2020 bewilligte der Haushaltsausschuss des Bundestags die Gelder für den Bau der ersten vier Mehrzweckkampfschiffe in Höhe von rund sechs Milliarden Euro.

Diese als **„Allzweckwaffe"** bejubelten **Kriegsschiffe** lassen die Herzen von Kriegstreibern höher schlagen. Aus den imperialistischen Zielen, die sie mit der Aufrüstung der Marine verfolgen, machen sie keinen Hehl.

„Nun, da sich die beispiellosen wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise allmählich bemerkbar machen, mag es verlockend erscheinen, die Verteidigungsausgaben zu kürzen. Europa braucht aber Instrumente für Krisenmanagement, Abschreckung und Verteidigung."

Die herrschende Kapitalisten-Klasse Deutschlands will weltweit militärisch auftrumpfen und damit die geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Imperialismus durchsetzen.

Wird die kriegerische Großmachtpolitik ausgeweitet, wird auch der Polizei- und Militärstaat im Innern verschärft, mit Demokratieabbau

und repressiven Polizeigesetzen.
Juli 2020: In der Bundeswehr häufen sich Fälle von Waffenschwund, die dann bei Nazi-Anschlägen, bzw. in Nazi-Wohnungen wieder auftauchen. Die „Unterwanderung" durch Faschisten wird sogar für die Herrschenden zum Problem.
Neueste „Entnazifizierungs"-Idee der Wehrbeauftragten Högl (SPD): Wehrpflicht wieder einführen und alle jungen Menschen zum Morden ausbilden.
Nee, is klar … da verdrücken sich die Nazis ganz schnell, wenn die Jugend zwangsweise in die Kasernen einrückt. **Die glauben, wir sind total doof!**
Wir wollen den Zwangsdienst an der Waffe nicht!
Ihren Krieg wollen wir nicht, wollen nicht für ihre Interessen morden, sterben oder unsere Lieben verlieren!
Wir wollen nicht gegen unsere Klassengeschwister in anderen Ländern in Kriege ziehen!
Millionenfaches Elend und Leid hat Deutschland in zwei Weltkriegen über die Völker gebracht.
Wir wollen keine Verwüstung, kein Elend und keinen Hass für das zweifelhafte Vergnügen, Deutschland an der Spitze zu sehen …
Aktuell laufen zig Stellvertreter-Kriege, die die unterdrückten Klassen in Syrien oder Mali, im Jemen oder in Myanmar, in Libyen oder Afghanistan … in Not und Tod stürzen.
Das Ringen um Vorherrschaft unter den Großmächten – USA, China, Russland, Deutschland, Frankreich, England, Italien, Japan, Kanada … wird in imperialistische Kriege münden.

IHR „K" heißt:
Kapitalismus, Krise, Krieg, Klimakatastrophe, Korruption, Konkurrenzkampf, Kinderelend, Kolonialismus, Kürzen, Kirche, Krankenhausschließungen, Kaputtsparen, Kurzarbeit, Kapitalrettung, Korpsgeist, Konzernprofit, Killer-Nazis, Kohle, Kernkraft, Kriecherei, Kohlendioxid, Kahlschlag, Konservative Kackscheiße…
Wenn nicht wir werktätigen Massen, Völker aller Länder, NEIN sagen!

Stellen wir uns also am Antikriegstag und an jedem anderen Tag gegen das kapitalistische System, das mit seiner Zerstörungswut die Menschheit in die Barbarei stürzt.
Organisieren wir uns für den Aufbau der kommunistischen Partei für die sozialistische Revolution, für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg!

UNSER „K" ist:
Klassenkampf und Kommunismus!
Kampf dem System!

CORONA – der Virus wird gehen, der Kapitalismus bleibt

Fallen wir nicht rein auf die Propaganda von Nazis und Verschwörungsmystikern!

Abbau von Grundrechten?
Ja, die Herrschenden nutzen die Pandemie, um demokratische Rechte einzuschränken und Staatsgewalt auszubauen.
Dagegen kämpfen wir.
Aber wir sind auch **gegen jede Verschwörungsideologie, die die Existenz von Corona leugnet.**
Die Skandale bei Fleisch-Tönnies oder in den Textilfabriken in Leicester/England – Das ist
bittere CORONA-Realität.

Alles für den Profit!
Prekär beschäftigte ArbeiterInnen auf engsten Raum in Fabriken und Elendsquartieren zusammengepfercht sind bewusst hoher Infektionsgefahr ausgesetzt.
In den großen Autofabriken, wo zwar keine Betriebsversammlungen stattfinden dürfen, müssen die ArbeiterInnen mit Maske den Akkord am Band leisten, damit die Herren ihre Milliarden einstecken können.
Und wegen der Wirtschaftskrise haben viele von uns große Existenzangst und lassen sich einschüchtern …
Wieder einmal sollen wir Werktätigen und ArbeiterInnen die Krise bezahlen!
Wieder einmal müssen die Ärmsten der Armen ihre Gesundheit, sogar ihr Leben lassen, weil die

herrschende Klasse der Kapitalisten sämtliche Schutzbestimmungen ignoriert!
Denn der Profit steht für die Kapitalisten über unserer Gesundheit.
Schluss damit!
Solidarität mit allen in Zwangsquarantäne eingesperrten, erkrankten oder von Infektion bedrohten Werktätigen!
Gesundheit und Leben schützen!
Kapitalismus abschaffen! Klassenkampf!

Trotz alledem!

Wut und Angst sind eine explosive Mischung!

Als Brandbeschleuniger funktioniert die Corona-Pandemie und als Brennglas. Die Widersprüche des kapitalistischen Systems prallen aufeinander. Die Krise verschärft sich.

Die herrschende Klasse will nur eins: Profite und Kapital retten, die Ausbeuterordnung aufrecht erhalten und festigen. Sie setzen auf Deals mit den „Sozialpartnern" – Betriebsräte und Gewerkschaften. Sie rechnen nicht mit unserem breiten Widerstand und müssen auch (noch) nicht damit rechnen. Gewerkschafts- und Betriebsratsbonzen haben uns ArbeiterInnen jahrzehntelang mit Stellvertreterpolitik ruhig gestellt.

Gegen die Kahlschlagpolitik der Konzerne wird nicht etwa für den Widerstand mobilisiert, sondern hinter verschlossenen Türen verhandelt. Wir gucken zu und dann in die Röhre. Wollen wir tatsächlich dieses Schmierentheater immer wieder und immer weiter mitmachen?

Verflochten mit Kabinett und Kapital sind „unsere" Gewerkschaften Apparate zur Unterdrückung unserer Interessen. Solange wir diese nicht von innen zerschlagen und rote Gewerkschaften aufbauen können, müssen wir eben hier drin für den Klassenkampf einstehen!

Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel … die Bosse drohen nicht erst seit Corona mit Massenentlassungen. Jetzt ziehen sie das knallhart durch. … LeiharbeiterInnen fliegen als erste raus … Erleichterung bei der „Stamm"-Belegschaft, denn diese moderne Sklaverei funktioniert auch als Abschreckung und zur Spaltung!

Das ist das kapitalistische Ausbeutungs-Regime: Innerhalb einer Woche im Juli hat es der Vorstand des Daimler-Konzerns geschafft, einerseits Milliarden Euro an die AktionärInnen auszuschütten und andererseits allen Belegschaften das Messer auf die Brust zu setzen. Damit – und das ist der Hohn – die Dividendenmilliarden wieder reingeholt werden.

Erst pressen sie aus unserer Arbeit den Profit, dann erpressen sie uns. Sie nutzen eiskalt unsere Existenzangst, um Zugeständnisse zu bekommen: Tarifliche Leistungen und Schutzbestimmungen seien nicht mehr zeitgemäß…

HA! Profitgierige Monopolkapitalisten sind nicht mehr zeitgemäß! Der Kapitalismus gehört schon lange auf den Müllhaufen der Geschichte!

Angst wollt Ihr uns machen?

Also: Verdammt noch eins … wie lange wollen wir noch zugucken und abwarten bis wir wieder einmal verraten und verkauft im Regen stehen gelassen werden???!!!!

Unsere Wut sollt ihr spüren!

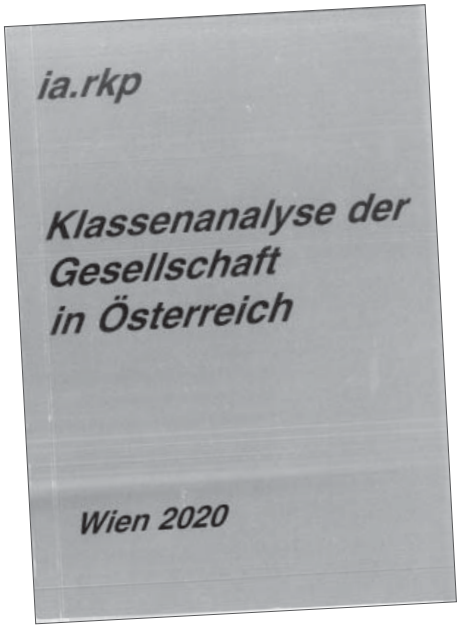
Für unsere Kämpfe:
Streik- und Kampfkomitees organisieren
Widerstand gegen die Bosse mobilisieren!

SOLIDARITÄT ist UNSERE WAFFE!
Tausende Bosch-ArbeiterInnen stellen sich am 17. Juli 2020 mit einer „Kette der Solidarität" gegen die Kahlschlagpolitik der Konzernleitung!
In Sonthofen schließt die Firma Voith das profitable Werk – Crailsheim, Heidenheim ... VoithlerInnen unterstützen ihre Sonthofener KollegInnen ...
In vielen Städten gehen an den Aktionstagen für die Pflege insgesamt Tausende auf die Straße ...
All das und noch viel mehr kriegen wir hin – trotz Corona und alledem!
Jeder Kampf bringt uns VORAN!

Lesetipp der TA-Redaktion
Zum Studium empfohlen!

Klassenanalyse Österreich

Wir gehen bei unserer Untersuchung von Marx, Das Kapital, aus und verfolgen die Frage, wer in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft die Waren und Werte produziert und wer die Produktionsmittel besitzt (und sich den Mehrwert aneignet).
Der ganze 1. Teil beschäftigt sich mit der Methode und ist deshalb nicht nur für die konkreten Verhältnisse in Österreich gültig.
Im 2. Teil versuchen wir, die beiden Hauptklassen der modernen Gesellschaft für Österreich zahlenmäßig zu erfassen.



ia.rkp: Klassenanalyse der Gesellschaft in Österreich, Verlag edition grundrisse, Wien 2020, 340 Seiten, € 10,-
ia.rkp2017@yahoo.com

Neu im Programm von JUMP UP

*** Weber-Herzog-Musiktheater:**
Brüderlich wie ein Wald
Doppel CD EUR 19,00

Seit 60 Jahren leben aus Türkei/Nordkurdistan stammende MitbürgerInnen in Deutschland. Kennen die Deutschen die türkische Kultur? Wem sagt der Name Nazım Hikmet etwas? In der Türkei gilt er als der bekannteste Dichter türkischer Sprache und genießt eine Wertschätzung, die bei uns nur mit der von Bertolt Brecht, Thomas Mann oder Goethe verglichen werden kann.
Hikmets Texte treffen ins Mark, als wären sie heute geschrieben: "Unbeschreiblich, so heißt es, soll das Elend in Istanbul sein" oder "Der Orient ist Erde, auf der nackte Sklaven verhungern". Sie greifen Themen auf, die uns alle beschäftigen: "Das Wetter ist seltsam geworden" oder "Atomreaktoren arbeiten ununterbrochen".
Aber keines der Gedichte von Nazım Hikmet versinkt in Hoffnungslosigkeit. "Lasst uns die Erde den Kindern übergeben" lautet Nazım Hikmets Plädoyer.

www.jump-up.de // info@jumpup.de

Schallplattenversand Matthias Henk PF 11 04 47, 28207 Bremen
Tel/Fax: 0421/4988535 (AB)

Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit
Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Teil 5
SED – Entwicklung zur Partei neuen Typus?

Vorbemerkung

In dieser Artikelserie stellen wir die Ergebnisse unserer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR und der SED zur Diskussion. Noch ist das keine abgeschlossene Analyse.
Aufgrund der Nachfragen von TA-LeserInnen wollen wir nochmals dazu ermuntern, uns Eure Kritiken, Anmerkungen und Ergänzungen, Gedanken mitzuteilen. Sie sind uns sehr willkommen. Unser Ziel ist, als Ergebnis der Artikelreihe Thesen und ein programmatisches Dokument zu verfassen.

Vor dem Vereinigungsparteitag [1] von KPD und SPD zur SED 1946 wird programmatisch der Charakter der **zu schaffenden Partei** in den Vorbereitungsdiskussionen hervorgehoben: *„Was wird die neue Partei sein? Sie wird selbstverständlich nicht die alte Sozialdemokratische Partei sein und nicht die alte Kommunistische Partei. Aus der Arbeit, die von beiden Parteien geleistet wurde, und durch die ideologische und politische Aufklärung wird sich die innere Verschmelzung der Mitgliedermassen beider Parteien so vollziehen, daß aus der Vereinigung die neue Partei erwächst."* [2] Der 15. Parteitag der KPD, der zwei Tage vor dem Vereinigungsparteitag abgehalten wurde, bekräftigt diese Einschätzung. [3]
Auf dem Vereinigungsparteitag selbst verkündet Walter Ulbricht in seiner Schlussansprache „unter „brausendem Beifall": *„Mit dem heutigen Tage gibt es keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten mehr; mit dem **heutigen Tage gibt es nur noch Sozialisten!"***. [4] (Hervorh. TA)
Schon dieser Schritt, die **qualitativ verschiedenen politischen Strömungen**, KommunistInnen und SozialdemokratInnen – auch „linke" SozialdemokratInnen – insgesamt zu SozialistInnen zu erklären, war falsch. Das verwischte die wesentlichen Unterschiede. Der unbedingt notwendige Kampf gegen die Sozialdemokratie in Ideologie und Politik konnte mit so einer Herangehensweise nicht richtig geführt werden. Es wurde zwar als Ziel „das Erwachsen zu einer neuen Partei" deklariert. Aber dass diese „neue Partei", die bei ihrer Gründung nichts mit einer **„Partei neuen Typus" im marxistisch-leninistischen Sinne** zu tun hatte, sich zu einer solchen nicht einfach entwickeln konnte, war eigentlich von vornherein klar.
Nur wenn die KommunistInnen die anstehenden, großen Aufgaben der Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei offensiv benannt und angepackt, nur wenn sie die qualitativen politischen Unterschiede offen und öffentlich zur Debatte gestellt und einen unversöhnlichen ideologischen Kampf gegen den Sozialdemokratismus geführt hätten, wäre der Weg zur Schaffung einer marxistisch-leninistischen Partei eröffnet worden.
Auf dem anderthalb Jahre später stattfindenden II. Parteitag der SED war die Diskussion über die Schaffung der „Partei neuen Typus" kein Tagesordnungspunkt. Lediglich im Organisationsbericht und in einigen Diskussionsbeiträgen wird diese Frage gestreift.
So stellt z.B. Erich W. Gniffke fest: *„Neben dem außergewöhnlichen Wachstum unserer Partei ist als zweites charakteristisches Merkmal unserer organisatorischen Entwicklung festzuhalten, daß die ehemalige Sozialdemokratische Partei und die ehemalige Kommunistische Partei zu **einer Partei neuen Typus** zusammengewachsen sind."* [5]
Und Walter Ulbricht betont: *„Die Diskussion vor dem Parteitag hat schon gezeigt, daß wir auf dem Wege sind, eine **Partei neuen Typus** zu werden."* [6]

1 Vereinigungsparteitag 21.-22.04.1946, 15. Parteitag der KPD 19.-20. 04.1946
2 Wilhelm Pieck, „Probleme der Vereinigung von KPD und SPD, Referat des Genossen Wilhelm Pieck, gehalten auf der ersten Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 in Berlin", Verlag Neuer Weg, Berlin, 1946 – Pieck, „Probleme Vereinigung"
3 „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 103, Verlag Neuer Weg, Berlin 1946
4 „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 159, Dietz Verlag,1946
5 Erich W. Gniffke, „Organisatorischer Bericht, Protokoll des 2. Parteitages der SED", S. 105, Dietz Verlag, 1947
6 ebenda, S. 479

Das heißt: Kurz nach der Gründung der SED, auf der Grundlage der Auflösung einer kommunistischen und einer sozialdemokratischen Partei in einer „sozialistischen Einheitspartei", wird behauptet, diese beiden Arbeiterparteien **seien** nun zu einer Partei neuen Typus zusammengewachsen oder aber seien mindestens „auf dem Wege" **dahin.**

Zentral wichtig hierbei ist, dass die SED zu diesem Zeitpunkt unter dem Begriff **„Partei neuen Typus"** nicht die Charakteristik einer **marxistisch-leninistischen, bolschewistischen Partei neuen Typus** versteht.

Sie gibt der Einheit der KommunistInnen mit SozialdemokratInnen in der SED, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine links-sozialdemokratische Partei, das Etikett der Herausbildung einer „Partei neuen Typus".

Was ist die Partei neuen Typus im Marxismus-Leninismus?

In „Die Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" wird in den Schlussfolgerungen eine hervorragende **Zusammenfassung der Erfahrungen und Lehren der KPdSU** gegeben:

*– „Die Geschichte der Partei lehrt vor allem, daß der Sieg der proletarischen Revolution, der Sieg der Diktatur des Proletariats unmöglich ist ohne eine **revolutionäre Partei des Proletariats, eine Partei, die vom Opportunismus frei, gegen Paktierer und Kapitulanten unversöhnlich, gegenüber der Bourgeoisie und ihrer Staatsgewalt revolutionär ist.***

– „Die Geschichte der Partei lehrt: das Proletariat ohne eine solche Partei lassen, bedeutet, es ohne revolutionäre Führung lassen, es aber ohne revolutionäre Führung lassen, bedeutet die Sache der proletarischen Revolution zum Scheitern bringen."

*– „**Die Geschichte der Partei lehrt, daß eine gewöhnliche sozialdemokratische Partei von westeuropäischem Typus, die in den Verhältnissen des Bürgerfriedens erzogen ist und hinter den Opportunisten einhertrottet, von ‚sozialen Reformen' schwärmt und die soziale Revolution fürchtet, eine solche Partei nicht sein kann."***

*– „Die Geschichte der Partei lehrt, daß nur **eine Partei von neuem Typus**, eine marxistisch-leninistische Partei, eine Partei der sozialen Revolution, die fähig ist, das Proletariat auf entscheidende Schlachten gegen die Bourgeoisie vorzubereiten und den Sieg der proletarischen Revolution zu organisieren, eine solche Partei sein kann."* [7]

Über die Merkmale dieser Partei neuen Typus wird ausgeführt:

*– „Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß die Partei der Arbeiterklasse die Rolle des Führers ihrer Klasse, daß sie die Rolle des Organisators und Führers der proletarischen Revolution nicht erfüllen kann, wenn sie nicht **die fortgeschrittene Theorie der Arbeiterbewegung, die marxistisch-leninistische Theorie**, **gemeistert** hat."* [8]

*– „Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß **ohne Zerschlagung der in den Reihen der Arbeiterklasse tätigen kleinbürgerlichen Parteien, die die rückständigen Schichten der Arbeiterklasse der Bourgeoisie in die Arme treiben und so die Einheit der Arbeiterklasse zerstören, der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist**."*

– „ ‚Die Einheit des Proletariats', sagt Lenin, ‚kann in der Epoche der sozialen Revolution nur durch die äußerste revolutionäre Partei des Marxismus, nur durch schonungslosen Kampf gegen alle übrigen Parteien verwirklicht werden' (Lenin)" [9]

*– „Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß die Partei der Arbeiterklasse ohne **unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten in ihren eigenen Reihen,** ohne Vernichtung der Kapitulanten in ihrer eigenen Mitte die Einheit und Disziplin ihrer Reihen nicht aufrechterhalten, ihre Rolle als Organisator und Führer der proletarischen Revolution, ihre Rolle als Erbauer einer neuen, der sozialistischen Gesellschaft nicht erfüllen kann."* (Hervorh. TA)

*„Wenn man in seinen Reihen Reformisten, Menschewiki hat', sagt Lenin, ‚so ist es **unmöglich**, in der proletarischen Revolution zu siegen, so ist es **unmöglich**, sie zu behaupten.*

*Das steht offenbar prinzipiell fest. Das ist sowohl in Rußland als auch in Ungarn durch die Erfahrung anschaulich bestätigt worden... In Rußland hat es **oftmals** schwierige Situationen gegeben, wo das Sowjetregime **ganz sicher** gestürzt worden wäre, wenn die Menschewiki, Reformisten, kleinbürgerlichen Demokraten innerhalb unserer Partei verblieben wären' (Lenin)"* [10]

– „Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß die Partei ihre Rolle als Führer der Arbeiterklasse nicht erfüllen kann, wenn sie, von Erfolgen berauscht, überheblich zu werden beginnt, wenn sie aufhört, die Mängel ihrer Arbeit zu bemerken, wenn sie sich fürchtet, ihre Fehler einzugestehen, sich fürchtet, diese rechtzeitig offen und ehrlich zu korrigieren.

Die Partei ist unbesiegbar, wenn sie Kritik und Selbstkritik nicht fürchtet, wenn sie die Fehler und Mängel ihrer Arbeit nicht verkleistert, wenn sie an den Fehlern der Parteiarbeit die Kader erzieht und

7 „Geschichte der KPdSU (Bolschewiki) Kurzer Lehrgang", S. 439, Dietz Verlag, 1953

8 ebenda, S. 441
9 ebenda, S. 446-447
10 ebenda, S. 447-448

schult, wenn sie es versteht, ihre Fehler rechtzeitig zu korrigieren.
Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen läßt, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt.
‚Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern", sagt Lenin, „ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die ***tatsächliche*** *Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer* ***Klasse*** *und den werktätigen* ***Massen****. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der* ***Klasse*** *und dann auch der* ***Masse****.' (Lenin)*
– Schließlich lehrt die Geschichte der Partei, daß die Partei der Arbeiterklasse ohne umfassende Verbindungen mit den Massen, ohne ständige Festigung dieser Verbindungen, ***ohne die Fähigkeit, auf die Stimme der Masse zu lauschen und ihre brennenden Nöte zu verstehen****, ohne* ***die Bereitschaft, nicht nur die Massen zu belehren, sondern auch von ihnen zu lernen****, keine wirkliche Massenpartei sein kann, die fähig ist, die Millionen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu führen."* [11] (Hervorh. TA)

An diesen Merkmalen müssen wir die SED messen, wenn wir die Frage beantworten wollen, ob die SED 1947 oder in den folgenden Jahren eine marxistisch-leninistische, eine kommunistische Partei – **eine Partei neuen Typus im leninistischen Sinne** – war.

Die SED selbst hatte zu Recht am Anfang nicht den Anspruch, eine kommunistische, eine marxistisch-leninistische Partei zu sein. Sie war bei ihrer Gründung neu in dem Sinne, dass zwei qualitativ verschiedene ArbeiterInnenparteien sich unter besonderen historischen Bedingungen zu einer einheitlichen ArbeiterInnenpartei auf einem antifaschistisch-demokratischen Programm zusammengeschlossen haben.

Auf dem Vereinigungsparteitag wurde beschlossen, dass alle Funktionärsstellen paritätisch mit je einem Mitglied aus Ex-SPD und Ex-KPD besetzt werden. Damit sollte ein Verschmelzen der beiden Organisationen auch personell sichergestellt werden. Faktisch entstand eine antifaschistische, demokratische Front-Partei, in der kommunistische und sozialdemokratische Kräfte paritätisch koexistierten. [12]

Anderthalb Jahre danach wird nicht mehr von einer neuen, sondern von einer „Partei neuen Typus" gesprochen.

Was hat sich in dieser Zeitspanne in der Partei wesentliches geändert? Welcher Kampf wurde gegen die sozialdemokratische Ideologie geführt? Sind die SozialdemokratInnen **kurzerhand** – welch ein Wunder! – zu MarxistInnen-LeninistInnen mutiert?

1. Parteikonferenz der SED, Berlin 1949

Fakt ist, in dieser Zeitspanne hatte sich die SED nicht zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt. Dazu bedurfte es nämlich eines harten und langwierigen, politisch-ideologischen Kampfes gegen den Sozialdemokratismus sowie gegen die eigenen Fehler der KommunistInnen. Ein offener Kampf gegen den Sozialdemokratismus barg aber wiederum die Gefahr der Spaltung der einheitlichen antifaschistisch-demo-

11 ebenda, S. 449-450

12 Pieck führte auf der Ersten Konferenz der KPD aus: *„Eine wichtige Aufgabe wird die Vorbereitung der neuen Leitungen für alle Parteikörperschaften der vereinigten Partei sein, für die die Vorschläge auf der Grundlage völliger Parität den Parteitagen der beiden Parteien unterbreitet werden müssen, damit die Leitungen sofort nach dem Vereinigungsbeschluß in Funktionen treten können."*, „Probleme Vereinigung", S. 17

Zeittafel Juni 1945 – Juli 1956

1945

11. Juni: Aufruf des Zentralkomitees (ZK) der KPD an das deutsche Volk mit einem Aktionsprogramm zur Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands

15. Juni: Im Aufruf des Zentralausschusses (ZA) der SPD zum demokratischen Neuaufbau Deutschlands wird das Aktionsprogramm der KPD begrüßt und zum Aufbau der Parteiorganisationen aufgefordert

19. Juni: Das ZK der KPD und der ZA der SPD vereinbaren in Berlin die Zusammenarbeit beider Parteien und bilden einen zentralen Arbeitsausschuss

13. Juli: Erste gemeinsame Versammlung von 400 FunktionärInnen der KPD und der SPD in Berlin-Prenzlauer Berg

9. September: Die Bezirkskonferenz der SPD in Chemnitz bekräftigt die volle Übereinstimmung mit der KPD in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen und die enge Zusammenarbeit mit ihr

6. Oktober: Bildung des Arbeitsausschusses von SPD und KPD für Groß-Berlin

1.-9. November: Anlässlich des 28. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution finden zahlreiche gemeinsame Versammlungen von KPD und SPD statt

20.-21. Dezember: Die gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern der Bezirke beschließt die Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD

1946

23. Januar: Offener Brief des ZA der SPD und des ZK der KPD an alle Mitglieder zur Durchführung gemeinsamer Mitgliederversammlungen

9. Februar: Erste Nummer der „Einheit", des theoretischen Organs von KPD und SPD

26. Februar: Die zweite Konferenz des ZA der SPD und des ZK der KPD mit den Vertretern der Bezirke nimmt die Entwürfe für die „Grundsätze und Ziele der SED" und das Statut der Sozialistischen Einheitspartei an und stellt sie den Mitgliedern zur Diskussion

2.-3. März: Die Konferenz der KPD beschließt die Einberufung ihres 15. Parteitages zum 19./20. April 1946

9.-31. März: Kreisdelegiertenkonferenzen der KPD und der SPD in den Ländern und Provinzen der SBZ beschließen die Vereinigung der Kreisorganisationen

6. April: In allen Ländern und Provinzen der SBZ führen KPD und SPD Landes- bzw. Provinzparteitage durch, auf denen die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen wird

7. April: Vereinigungsparteitage der SPD und der KPD in allen Ländern und Provinzen der SBZ

19.-20. April: Der 40. Parteitag der SPD und der 15. Parteitag der KPD beschließen die Vereinigung von KPD und SPD

21.-22. April: Vereinigungsparteitag der SPD und der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – SED

7. Mai: Offener Brief der SED an alle Sozialdemokraten und Kommunisten für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland

1947

14. Februar: Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, AG SED – KPD

20. bis 24. September: II. Parteitag der SED. Entschließung zur politischen Lage; Resolution zur Frauenfrage und Resolution zur Jugendfrage

1948

29.-30. Juni: 11. Tagung des Parteivorstandes der SED. „Der Wirtschaftsplan für 1948 und der Zweijahresplan 1949/50 zur Wiederherstellung der Friedenswirtschaft in der SBZ" wird angenommen. Im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsplan wird auch über die Partei neuen Typus diskutiert.

Ab der 11. Tagung wird von Marxismus-Leninismus gesprochen. Es wird sich unter anderem die „Verstärkung und Verbesserung der Parteischulungsarbeit" vorgenommen

28.-29. Juli: 12. (26.) Tagung des Parteivorstandes der SED. Diskussion über „Die Novemberrevolution und die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".

In diesem und im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Zweijahrplan wird über die Partei neuen Typus, über „den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" etc. debattiert. Ein Beschluss „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen" und ein Beschluss über Parteimaßnahmen, die auch marxistisch-leninistische Schulung beinhalten, werden angenommen

15.-16. September: 13. Tagung des Parteivorstandes der SED. Die Diskussionen von der 11. und 12. Tagung werden weitergeführt. Der „besondere deutsche Weg zum Sozialismus" wird als falsche, vom Marxismus-Leninismus abweichende Theorie verurteilt

Die Thesen über „Die Novemberrevolution und die Lehren für die deutschen Arbeiterbewegung", „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED" und „Ausführungsbestimmungen zum Beschluß des Parteivorstandes über die Schaffung der Partei-Kontrollkommission" werden beschlossen

20. September: Beschluss „Über die Verstärkung des Studiums der ‚Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang'"

1949

25. bis 28. Januar: 1. Parteikonferenz der SED: Entschließung „Die nächsten Aufgaben der SED"; „Manifest an das schaffende deutsche Volk, gegen die Spaltungspolitik der Westmächte nationalen Widerstand zu leisten"; Beschluss über „Innerparteiliche Maßnahmen"

22. Februar: Beschluss des Politbüros der SED: „Über die Einführung der Kandidaten für die Mitgliedschaft in der SED"

8. April: Beschluss des Politbüros der SED: „Richtlinien zum Beschluß über die Einführung einer Kandidatenzeit in der SED"

5. Mai: Beschluss des Parteivorstandes der SED: „Zur Verbesserung des Studiums des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)"

21. Juli: Entschließung des Parteivorstandes der SED: „Über die Verbesserung der Organisationsarbeit der Partei"

24. August: Entschließung des Parteivorstandes der SED: „Die nächsten Aufgaben der Partei"

kratischen Partei in sich. Die Einheit wurde durch Verzicht auf den offenen Kampf gegen Sozialdemokratismus erkauft.

Was zu den gegebenen historischen Bedingungen taktisch vielleicht als vorübergehender, notwendiger Schritt durchgehen kann. Vorausgesetzt allerdings, dass die KommunistInnen sich selbst und das Proletariat nicht einlullen sowie die anstehenden Aufgaben offen benennen. Das wurde nicht gemacht!

Die KommunistInnen in der SED haben mit der Behauptung, die SED sei 1947 eine Partei neuen Typus, genau das Gegenteil dessen gemacht, was eine leninistische Partei mit auszeichnet. Sie haben *„wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau gestellt"* haben. Sie haben sich damit, *„von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen lassen, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingegeben und auf ihren Lorbeeren auszuruhen begonnen"*.

Ein fundamentales Beispiel für diese prinzipienlose Politik ist die Erstellung des Parteiprogramms. Laut Beschluss des Vereinigungsparteitags sollte dieses auf dem II. Parteitag der SED verabschiedet werden. Hierzu erklärt Pieck im Bericht des Parteivorstandes an diesen Parteitag:

„Es war vom Vereinigungsparteitag beschlossen worden, nach diesen Grundsätzen (Gemeint „Grundsätze und Ziele der SED", Anm. TA) *und Zielen ein Programm auszuarbeiten, das der Parteivorstand dem nächsten ordentlichen Parteitag, also dem gegenwärtigen Parteitag, vorlegen sollte, und es war zu diesem Zweck auch eine aus 50 Mitgliedern bestehende Programmkommission gewählt worden.*

Die völlig ungeklärte Lage und Zukunft Deutschlands und des deutschen Volkes, das bisherige Nichtzustandekommen einer Verständigung der alliierten Besatzungsmächte über den deutschen Friedensvertrag, ja sogar die Gefahr einer Zerreißung Deutschlands veranlassen den Parteivorstand, den Parteitag zu ersuchen, vorläufig noch, bevor nicht diese Klarheit über die Zukunft Deutschlands besteht, von der Ausarbeitung eines Programms der Partei abzusehen.

Für die politische Orientierung der Partei und die Bestimmung ihrer Aufgaben genügen die vom Vereinigungsparteitag beschlossenen ‚Grundsätze und Ziele', die durch die dem Parteitag vorgelegte Entschließung über die Politik der Partei ergänzt werden." [13]

Wir haben das Gründungsdokument „Grundsätze und Ziele" politisch als eine Kompromiss-Erklärung eingeschätzt, die unzulässige und prinzipienlose Zugeständnisse an den sozialdemokratischen Flügel in der SED enthält. [14] Anstatt wie angekündigt nach dem Vereinigungsparteitag eine politische Diskussion über die Grundlagen der aufzubauenden SED massiv zu forcieren und im Ergebnis ein marxistisch-leninistisches Programm vorzulegen, wird mit fadenscheinigen und falschen Begründungen, einfach das ganze Projekt Parteiprogramm erst einmal aufgeschoben.

Nicht die politische, „ungeklärte Lage Deutschlands" war dafür ausschlaggebend wie die SED behauptet, sondern in Wirklichkeit die unterschiedlichen programmatischen Positionen von ehemaligen KPD- und SPD-Mitgliedern in den Fragen über den Charakter der Partei, über den Weg zum Sozialismus und über die grundlegenden politischen Ziele. Daher wurde das Programm einfach „aufgeschoben" und die Widersprüche unter den Teppich gekehrt.

Die Angst vor einer eventuellen Spaltung war viel größer als die Entschlossenheit, eine prinzipielle Klärung und Programmatik zu erkämpfen und damit die Partei auf eine marxistisch-leninistische Grundlage zu stellen. Das führte im Endeffekt dazu, dass die SED tatsächlich erst Januar 1963 auf ihrem VI. Parteitag ein Parteiprogramm verabschiedet hat.

Neuausrichtung der SED?

Im Laufe des Jahres 1948 diskutiert der Parteivorstand erneut auf seinen Tagungen zwischen Mai und Oktober über die „Partei neuen Typus". Auf der **10. Tagung des Parteivorstandes** im Mai charakterisiert Pieck, Parteivorsitzender, die politischen Aufgaben und die Entwicklung der SED. In seiner nachfolgenden Argumentation wird klar ersichtlich, was er unter der Formulierung, „Partei neuen Typus" versteht.

Ausgehend von der aktuellen Spaltung Deutschlands in zwei Teile schlussfolgert er: *„Es handelt sich nicht nur um eine Verschärfung, sondern um eine strategische Änderung unseres Kampfes, die sich aus den Veränderungen in der politischen und staatlichen Situation in Deutschland ergibt."*

Bezüglich der Partei bilanziert Pieck: *„Aber auch in ihrem* [der Partei] *Wesen werden sich sehr erhebliche Veränderungen vollziehen. Die SED ist eine **Partei neuen Typus**, die jetzt besonders den **nationalen Charakter** ihrer Politik hervorkehren muß. Die Wahrung der nationalen Interessen des deutschen Volkes ist angesichts der Zerreißung Deutschlands durch die Westmächte und der Verweigerung eines gerechten Friedensvertrages von der allergrößten Bedeutung."* [15] (Hervorh. TA)

13 „Protokoll des II. Parteitages der SED", S. 66-67, Dietz Verlag, 1947

14 Siehe TA, Nr. 83, DDR-Artikelserie Teil 3, „Gründung der SED – Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone", S. 6 ff

15 „Entscheidungen der SED 1948", Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, S. 73 – S. 74, Akademie Verlag, 1995

1950

31. Januar: Beschluss des Politbüros der SED: „Richtlinien für die Aufnahme von Kandidaten in die Mitgliedschaft der SED"

3. Juni: Beschluss des Parteivorstandes der SED: „Über die Verbesserung der Parteipropaganda"

20. bis 24. Juli: III. Parteitag der SED. „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED", „Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR (1951-1955)" und „Statut der SED" und weitere Beschlüsse werden angenommen

27. Oktober: Beschluss des ZK der SED: „Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten sowie Umtausch der Parteimitgliedsbücher und Kandidatenkarten"

1951

13. Februar: Beschluss des Politbüros der SED: „Zur Verbesserung der Agitationsarbeit"

13. März: Entschließung des Politbüros: „Die nächsten Aufgaben der Presse der SED"

17. März: Entschließung des ZK der SED: „Zu den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten"

20. April: Beschluss des Sekretariats des ZK der SED: „Zur Verbesserung der Arbeit der Kommissionen zur Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten"

20. Oktober: Entschließung des Zentralkomitees der SED: „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei". „Die Ergebnisse und Lehren aus der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten und die sich daraus ergebenden Aufgaben"

17. November: Beschluss des ZK der SED: „Zur Neuaufnahme von Kandidaten in die SED nach Abschluß der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten"

1952

22. Februar: Entschließung des ZK der SED: „Zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung"

9. bis 12. Juli: II. Parteikonferenz der SED. Beschluss: „Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus" wird angenommen. Darin wird der „Aufbau des Sozialismus zur grundlegende Aufgabe in der DDR" deklariert

29. Juli: Beschlüsse des Politbüros über „Richtlinien zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen und zur Verhängung von Parteistrafen" und „Aufgaben der Parteileitungen und Parteiorganisationen bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteilehrjahres 1952/53"

9. Oktober: Beschluss des Sekretariats des ZK: „Für die sorgfältige Organisierung des Parteilehrjahres 1952/53"

20. Dezember: Beschluss des ZK über „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky"

1953

28. April: Beschluss des Politbüros über „Die Bedeutung der Organisationsfragen in der jetzigen Etappe der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus"

14. Mai: Beschluss des ZK „Über die Auswertung des Beschlusses des ZK zu den ‚Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky'"

18. August: Beschluss des Politbüros: „Über das Parteilehrjahr 1953/54"

1954

30. März bis 6. April: IV. Parteitag der SED. Außer Statut-Änderungen wird die Entschließung „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation" verabschiedet.

25. Mai: Beschluss des Politbüros: „Über das Parteilehrjahr 1954/55"

21. Dezember: Beschluss des Politbüros :„Richtlinien zur Durchführung von Parteiverfahren und zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen"

1955

3. Mai: Beschluss des Politbüros: „Über die Vorbereitung und Durchführung des Parteilehrjahres 1955/56".

4. Mai: Beschluss des Sekretariats des ZK: „Über die Auswahl und Ausbildung der Propagandisten für das Parteilehrjahr 1955/56"

1956

14. bis 25. Februar: XX. Parteitag der KPdSU

24. März bis 29. März: III. Parteikonferenz der SED

10. Mai: Beschluss des Sekretariats des ZK: „Über das Parteilehrjahr 1956/57"

29. Juli: Beschluss des ZK über „Die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei"

Pieck geht hier nicht einen Schritt über die Definition des II. Parteitags der „Partei neuen Typus" hinaus. Wieder wird der „neue Typus" begründet mit der aktuellen politischen Lage, die als Besonderheit den nationalen Charakter ihrer Politik herausfordere. Das heißt, es geht in keinster Weise um eine ideologisch-politische Neuausrichtung der SED als leninistische Partei.

Beschluss der Kominform und die SED

Kurz vor der **11. Tagung des Parteivorstandes** der SED beschließt das „Informationsbüro" der Kominform [16] in der zweiten Junihälfte 1948 eine Resolution

16 Die erste „Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien" fand Ende September 1947 in Polen statt. Auf der Konferenz waren vertreten: KP Jugoslawien, Bulgarische Arbeiterpartei (Kommunisten), KP Rumänien, KP Ungarn, Polnische Arbeiterpartei, KPdSU (B), KP Frankreich, KP Tschechoslowakei und KP Italien. Die Konferenz stellte fest, dass das Fehlen von Verbindungen zwischen den auf dieser Konferenz vertretenen kommunistischen Parteien in der gegenwärtigen Lage ein ernster Mangel ist.
Als Konsequenz daraus, wurde die Kominform am 30.09.1947 gegründet sowie ein „Informationsbüro" gebildet. Diesem wurde die Aufgabe übertragen, einen Erfahrungsaustausch in die Wege zu leiten und nötigenfalls die Tätigkeit der kommunistischen Parteien auf der Grundlage gegenseitiger Übereinkunft zu koordinieren.

„Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens" (KPJ). In dieser wird die nationalistische, revisionistische Politik der KPJ sowie ihr Konzept des **„jugoslawischen Weges zum Sozialismus"** verurteilt.

*„Das **Informationsbüro** kommt **einstimmig** zur Schlußfolgerung, daß **sich** die Führer der KPJ **mit ihren** parteifeindlichen und antisowjetischen Ansichten, die mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar sind, mit ihrem ganzen **Vorgehen** und mit ihrer Ablehnung der Teilnahme an der Sitzung des Informationsbüros sich gegen die kommunistischen Parteien gestellt haben, die Mitglieder des Informationsbüros sind, und daß sie zur Abspaltung von der einheitlichen sozialistischen Front gegen den Imperialismus übergangen sind und sich auf den Weg des Verrates an der Sache der internationalen Solidarität der Werktätigen Völker und des Überganges auf die Positionen des Nationalismus begeben haben.*

Das Informationsbüro verurteilt diese parteifeindliche Politik und das Vorgehen der KP Jugoslawiens.

Das Informationsbüro stellt fest, daß sich infolge all dessen das Zentralkomitee der KP Jugoslawiens selbst und die jugoslawische Partei außerhalb der Familie der Kommunistischen Bruderparteien, außerhalb der einheitlichen kommunistischen Front und damit außerhalb der Reihen des Informationsbüros gestellt hat." [17]

Diese politisch-ideologische Auseinandersetzung in der Internationalen Kommunistischen Weltbewegung ist ein entscheidender Einschnitt auch für die SED. Sie spielt eine wichtige Rolle dabei, dass der Parteivorstand der SED auf der **11. Tagung** Ende Juni 1948 beginnt, vom Marxismus-Leninismus zu sprechen.

Walter Ulbricht referiert über den „Wirtschaftsplan für 1948 und den Zweijahresplan 1949/50 zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands". In diesem Zusammenhang fordert er: *„Jetzt aber stehen wir in Verbindung mit dem Zweijahresplan vor größeren, komplizierten Aufgaben. Deshalb sind **entschiedene Maßnahmen** notwendig, damit **die Partei wirklich zu einer Partei neuen Typus** wird."* [18]

Also wird **wiederum** die Notwendigkeit einer Partei neuen Typus mit durch die Situation bedingten neuen Aufgaben begründet: *„Im Zusammenhang mit der Beschlußfassung über den Plan ist es notwendig, in den **Parteiorganisationen die Lehre von Marx und Lenin über die Rolle der Partei durchzuarbeiten und durch die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik** die Fehler und Schwächen zu überwinden. (…) Das, Genossen, sind die nächsten Schritte, die dazu führen werden, daß unsere Sozialistische Einheitspartei zu einer **Partei neuen Typus** wird, die fähig ist, die Arbeiterklasse und das werktätige Volk im Kampfe um die Erfüllung der großen geschichtlichen Aufgaben zu führen.*

*Wenn wir diese Aufgabe erfüllen, wenn wir unsere Partei zu einer Kampfpartei für die Demokratie, zu einer **Kampfpartei mit dem Ziele des Sozialismus** machen, dann wird es uns auch gelingen, den Zweijahresplan zu erfüllen und auch die späteren Aufgaben mit Erfolg durchzuführen."* [19] (Hervorh. TA)

Als Aufgabe wurde gestellt, einen ideologisch festen, disziplinierten Funktionärskörper zu schaffen, die Partei von *„feindlichen und korrupten Elementen"* zu säubern, das ideologische Niveau der Parteimitglieder zu erhöhen und eine verbesserte Personalpolitik umzusetzen. Nach dieser Diskussion über die Partei neuen Typus wird nicht mehr nur vom Marxismus sondern vom Marxismus-Leninismus gesprochen. Das ist auch ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings fehlt die Selbstkritik und Klarheit darüber, ob die SED nun schon eine marxistisch-leninistische Partei ist oder auf dem Weg dahin. Dazu hätte es in der SED den radikalen Bruch mit der Sozialdemokratie gebraucht, der aber nicht vollzogen wurde. Zum Beispiel eine prinzipielle Abrechnung sowie Kritik und Selbstkritik mit der Rolle der Sozialdemokratie bei der Entwicklung des Faschismus, ihrer Haltung zum deutschen Nationalismus und Chauvinismus!

So orientierte sich die SED weiterhin ohne radikalen Bruch mit der Sozialdemokratie darauf, sich zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln, was ein Ding der Unmöglichkeit war und ist.

Der Parteivorstand der SED beschließt auf **dieser Tagung** auch den Zweijahres-Wirtschaftsplan für 1949/50. Gleichzeitig wird die *„Verstärkung und Verbesserung der Parteischulungsarbeit"* mit folgender Begründung beschlossen:

„Infolge der raschen politischen Entwicklung der Ostzone, der Notwendigkeit, unseren demokratischen Staatsaufbau zu festigen, insbesondere infolge des Überganges zum wirtschaftlichen Aufbau auf Grund des Zweijahrplans sind die Aufgaben der Partei in der Ostzone ungeheuer gewachsen.

Dadurch wird eine Verbesserung der qualitativen Arbeit der Parteischulen, die Erhöhung ihres theoretischen Niveaus wie auch ihre größere Annäherung an die praktischen Probleme des Aufbaus dringend notwendig. Insbesondere ist es erforderlich, durch unsere Parteischulen den Betriebsgruppen der Partei unmittelbar und konkrete Hilfe zu leisten." [20]

17 „Resolution des Informationsbüros ‚Über die Lage der KPJ' ", www.mao-projekt.de, MLSK, Wien, „Der Kampf J.W. Stalins und der Kominform gegen den Titorevisionismus", S. 17-18, Nr. 5/78 (24)

18 „Entscheidungen der SED 1948", S. 125-126

19 ebenda, S. 127-128

20 „Verstärkung und Verbesserung der Parteischulungsarbeit",

Abschließend wird an die Mitglieder appelliert:
„Der Parteivorstand ruft die ganze Parteimitgliedschaft auf, aktiv für die Durchführung dieses Beschlusses einzutreten. Die Verbesserung unserer Schulungsarbeit ist gerade heute von entscheidender Bedeutung. Nur wenn wir unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu einer ***Kampfpartei des Marxismus-Leninismus****, zu einer wirklichen Partei neuen Typus machen, können wir die großen Aufgaben erfüllen, die uns auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gestellt sind."* [21] (Hervorh. TA)
Somit wird klar gestellt – auch wenn es Unterschiede gab – dass die SED in ihrem damaligen Zustand noch keine Partei neuen Typus war, sondern sie sollte sich dahin entwickeln.
Diese Diskussion wird auf der **12. und 13. Tagung** weitergeführt.
Vor der 12. Tagung des Parteivorstandes hat das Zentralsekretariat der SED eine Entschließung *„Zur jugoslawischen Frage"* verabschiedet. Darin wird die o.g. Resolution des Informationsbüros der Kominform zur Verurteilung der Politik der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) als richtig anerkannt und die Schlussfolgerung gezogen:
„Die ***wichtigste Lehre*** *der Ereignisse in Jugoslawien besteht aber für uns deutsche Sozialisten darin, mit aller Kraft daran zu gehen, die SED zu einer* ***Partei neuen Typus*** *zu machen, die* ***unerschütterlich und kompromißlos auf dem Boden des Marxismus-Leninismus*** *steht.*
Dazu ist notwendig, einen politisch festen, zielklaren Funktionärkörper in der Partei zu schaffen, die Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person zu entfalten und den Kampf gegen alle Feinde der Arbeiterklasse, insbesondere gegen die Schumacher-Agenten, mit rücksichtsloser Schärfe zu führen." [22] (Hervorh. TA)
Allerdings wird vom Parteivorstand geflissentlich die Hauptkritik der Kominform an der KPJ, die sich gegen den *„besonderen nationalen Weg zum Sozialismus in Jugoslawien"* und gegen die Idee den Sozialismus mit Teilen der Bourgeoisie aufzubauen richtete, übersehen!
Die Kritik der Kominform an der KPJ wandte sich zugleich gegen viele andere Kommunistische Parteien, in denen sich ebensolche revisionistischen Theorien breitmachten, unter anderem auch in der SED!
Die Kominform-Erklärung war de facto ein Aufruf zum Kampf gegen den sich entwickelnden Revisionismus und zum Bruch mit den RevisionistInnen in der kommunistischen Weltbewegung. Sie wurde zwar in der SED, wie auch in vielen anderen Parteien, formal anerkannt, aber weder in Theorie noch in der Praxis wirklich umgesetzt.
Auf der 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes wird die Notwendigkeit, die „Partei neuen Typus" herauszubilden im Zusammenhang mit der *„Novemberrevolution und den Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"* und der *„theoretischen und praktischen Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawiens"* debattiert.
In den Diskussionen über die Novemberrevolution – referiert von Otto Grotewohl – wird der Kampf zwischen der ehemaligen sozialdemokratischen und kommunistischen Linie ersichtlich. Gleichzeitig wird ganz deutlich, dass die Vereinigung der KPD und der SPD zur SED nicht auf einer marxistisch-leninistischen Grundlage vollzogen wurde. Pieck gesteht ein: *„Wir haben uns unter Bedingungen vereinigt, daß nicht eine große marxistisch-leninistische Aufklärungsarbeit vorausgegangen ist, um die Vereinigung auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zu vollziehen."* [23]
Ulbricht stimmte Pieck zu und appellierte gerade deshalb dafür, mit dem Instrument der Kritik und Selbstkritik die Entwicklung zur Partei neuen Typus zu unterstützen.
Die 12. Tagung des Parteivorstandes nimmt im Juli den Beschluss *„Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen"* an. Das sind sicherlich notwendige Schritte, um sich zu einer leninistischen Partei zu entwickeln. Allerdings fehlt das Wichtigste: Der radikale Bruch mit dem Sozialdemokratismus! Nach wie vor ist die ideologisch-politische Grundlage der Partei das links sozialdemokratische Kompromissdokument „Grundsätze und Ziele der SED".

Formelle Anerkennung der Notwendigkeit der leninistischen Partei

Auf der nächsten, 13. Tagung des Parteivorstandes im September wird die Entschließung *„Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung"* angenommen.
Sie beinhaltet 25 Thesen. Die Rolle der Partei wird in der letzten 25. These formuliert, wobei die Beschreibung der leninistischen (bolschewistischen) Partei übernommen und daraus die Lehre gezogen wird: *„Das Fehlen einer solchen Partei im Jahre 1918 war die entscheidende Ursache für die Niederlage der revolutionären Arbeiterschaft.*
Darum besteht die wichtigste Lehre der Novemberrevo-

„Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. II, S. 70, Dietz Verlag, 1950 – „Dokumente SED"
21 „Dokumente SED", Bd. II, S. 72-73
22 „Dokumente SED", Bd. II, S. 77
23 „Entscheidungen SED", S. 353

lution 1918 heute für uns darin, unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ***zu einer solchen revolutionären Kampfpartei des Marxismus-Leninismus zu gestalten****."* [24] (Hervorh. TA)

Eine weitere Entschließung des Parteivorstandes auf der Tagung war: *„Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED"*.

Das Dokument des Informationsbüros wird hoch gelobt und eine *„Selbstkritik an der ideologischen Arbeit der SED"* geübt, weil sie die Bedeutung dieses Dokument unterschätzt habe. Die Verschärfung des Klassenkampfes wird anerkannt und die Aufgabe der SED *„für eine Politik des gesellschaftlichen Fortschritts und der Durchführung des Halbjahrplans 1948 die Werktätigen zu gewinnen*" in neun Punkten festgelegt.

Um die „führende" Rolle der Partei zu stärken, werden folgende Schlussfolgerungen für die SED gezogen:

„a) Hebung des ideologischen Niveaus der Parteimitgliedschaft. Zu diesem Zwecke Durcharbeitung der Entschließung des Informationsbüros sowie der Beschlüsse des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei, der Polnischen Sozialistischen Partei sowie des Beschlusses der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten). Insbesondere sind in den Parteiorganisationen folgende Fragen durchzuarbeiten:

– Klassen und Klassenkampf in der Übergangsperiode.

– Die führende Rolle der Sowjetunion im Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt und die Lehren des Kampfes um den ***Sozialismus in der Sowjetunion, wie er in der ‚Geschichte der KPdSU (B)' dargestellt ist.***

– Die Partei neuen Typus und der Parteiaufbau." [25]

Kreisdelegiertenkonferenz, 1950

Auf dieser Tagung wird auch der Beschluss zur Schaffung der **Partei-Kontrollkommission** angenommen.

„Um die Sauberkeit der Partei zu sichern, beschließt der Parteivorstand die Bildung einer Zentralen Partei-Kontrollkommission und von Partei-Kontrollkommissionen in jedem Lande und in jedem Kreis.

Die Partei-Kontrollkommissionen haben die Aufgabe, den Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenten, insbesondere gegen Beauftragte des Hannoverschen ‚Ostbüros', in der Partei zu führen, gegen Korruptionserscheinungen, gegen den Mißbrauch von Parteifunktionen und staatlichen Funktionen, gegen Karrierismus, wie gegen die Verbreitung feindlicher Gerüchte in der Partei. Die Kontrollkommissionen leisten Hilfe bei der Entfernung von SED-Mitgliedern aus Partei- und Staatsfunktionen, wenn dieselben das Ansehen der Partei schädigen und den Aufbau hindern." [26]

Das waren die politischen und organisatorischen Festlegungen des Parteivorstands, um die SED zu einer bolschewistischen Partei neuen Typus zu entwickeln.

Als Zielsetzung und Absichtserklärung war das alles richtig. Allerdings brauchte es, um die gestellten Aufgaben zu erfüllen, einen festen, im Marxismus-Leninismus geschulten Kaderstamm der Partei, plus die Mobilisierung der Parteibasis zur aktiven Durchsetzung dieser Ziele.

Der Kaderstamm der Partei bestand nach wie vor paritätisch besetzt aus ehemaligen SozialdemokratInnen und KommunistInnen, die sich auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage zusammengeschlossen hatten. Die Parteibasis entsprach auch diesem Kaderstamm und wurde nicht im Geiste des Leninismus erzogen.

Folglich führte dieser Beschluss über die Partei-Kontrollkommission in seiner praktischen Ausführung dazu, dass im Kampf gegen die „SPD-Ost" und Agentenaktivitäten, auch jedes Mitglied mit abweichender Meinung als Agent verdächtigt bzw. dazu deklariert wurde. Das wiederum führte dazu, dass die Mitglieder aus Angst nicht mehr ihre Meinung äußerten, um nicht als Agenten beschuldigt zu werden.

Als weitere Maßnahme fasst das Zentralsekretariat der SED am 20. September 1948 den Beschluss *„Über die*

24 „Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung", „Dokumente SED ", 1948, Bd. II, S. 115-116

25 „Dokumente SED ", Bd. II, S. 97-98

26 „Dokumente SED", Bd. II, S. 91

Verstärkung des Studiums der ‚Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang'". [27]

Der Beschluss „Innerparteiliche Maßnahmen" wird von der **16. Tagung des Parteivorstandes** und der **1. Parteikonferenz Januar 1949** angenommen. Darin wird die **paritätische Besetzung der Funktionen** aufgehoben, für den Eintritt in die Partei eine Kandidatenfrist eingeführt und zur Schaffung einer „straffen", kollektiven und operativen Führung der Partei die **Bildung eines Politbüros** festgelegt. Die Aufgabe der paritätischen Besetzung der Parteigremien ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Allerdings wieder ohne einen vorher geführten, die ganze Partei erfassenden ideologischen Kampf.

1. Parteikonferenz

Auf der 1. Parteikonferenz [28] wird die Diskussion fortgesetzt. Der Begriff „Partei neuen Typus" wird nun als marxistisch-leninistische Partei nach dem Vorbild der KPdSU(B) charakterisiert:

Der SED wird die Aufgabe gestellt, sich dementsprechend zu entwickeln. Diese Aufgabenstellung war richtig. Allerdings wurden die konkreten, politischen Schritte dazu nicht festgelegt. Vor allem wurde die Auflösung der KPD und die Einheitspolitik in einer „neuen" Partei, die weder sozialdemokratisch noch kommunistisch war, überhaupt nicht in Frage gestellt.

Grotewohl führt in seiner Eröffnungsrede aus:

„Wir wollen uns als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse bekennen zu unserer eigenen Kraft und die Werktätigen und alle fortschrittlichen Menschen aufrufen zur Erfüllung unseres Zweijahrplanes für ein besseres Leben und für eine bessere Zukunft. Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, soll diese Konferenz die Aufgabe erfüllen, die Sozialistische Einheitspartei zu einer Partei neuen Typus, das heißt zu einer Partei im marxistisch-leninistischen Sinne zu machen." [29]

Die Notwendigkeit der Partei neuen Typus begründet er wieder mit anstehenden neuen Aufgaben und einer veränderten Situation. Gleichzeitig erwartet er, dass die Umformung der Partei bereits auf dieser Konferenz vollzogen werden kann.

Pieck referiert über den *„Kampf um den Frieden und gegen die Kriegshetze"*:

„Zur Beruhigung besorgter Gemüter will ich nur noch erklären, ***daß nach wie vor für unseren Kampf die vom Vereinigungsparteitag beschlossenen Grundsätze und Ziele maßgebend sind****, die ich dem Studium unserer Genossen immer wieder empfehle und in denen wir uns die Aufgabe gestellt haben, den Sozialismus zu erkämpfen, und der Überzeugung Ausdruck geben, daß wir im Zeichen des Sozialismus siegen werden."* [30] (Hervorhebung von TA)

Im Klartext: Auch wenn die SED sich das Ziel setzt, eine Partei neuen Typus zu sein, behält sie weiterhin als maßgebende programmatische Grundlage das Dokument „Grundsätze und Ziele der SED" des Vereinigungsparteitags. Und solange das so blieb, war ein Bruch mit dem linken Sozialdemokratismus nicht wirklich möglich. Solange waren die Bezüge auf Lenin, Stalin und KPdSU(B) reine Lippenbekenntnisse.

Über *„Die Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus"* spricht Grotewohl. Er bewegt sich auf der Grundlage der „Grundsätze und Ziele" und verteidigt die Politik der SED seit ihrer Gründung. Als zentrale politische Fragen stehen weiterhin die nationale Frage und der Kampf um die Einheit Deutschlands im Vordergrund.

Wie Ulbricht übertreibt auch Grotewohl die Lage der Partei hinsichtlich der Entwicklung zur Partei neuen Typus:

„Mit den Beschlüssen des Parteivorstandes in seiner 11., 12. und 13. Tagung haben wir die Grundlage für die Entwicklung einer Partei neuen Typus geschaffen. Wir können feststellen, daß die Partei sich in der zurückliegenden Zeit durch die Arbeit an der Verwirklichung dieser bedeutsamen Beschlüsse ständig organisatorisch kräftigte, daß neue, vorwärtstreibende Impulse durch sie ausgelöst worden sind und daß die Mitgliedschaft und der Funktionärkörper immer stärker von dem Bewußtsein der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Aufgabe ihrer Partei im Klassenkampf des Proletariats erfüllt werden." [31]

Ackermann allerdings warnt in der Diskussion:

„Aber, Genossen, hüten wir uns vor Überheblichkeit und vor einer Überschätzung der erzielten Ergebnisse. Wir stehen erst am Anfang. Wir haben noch zuviele ideologische Schwächen, zuviele Mängel in der Parteiorganisation und in der Parteiarbeit, als daß wir den gewaltigen Abstand übersehen könnten, der unsere Partei trotz aller Fortschritte noch von einer wirklich leninistischen Partei trennt.

Es wird noch härter und ich sage ausdrücklich: jahrelanger Anstrengungen und Kämpfe bedürfen, bis wir werden konstatieren können: nun ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wirklich eine Partei nach dem Vorbild der Partei Lenins und Stalins. (…) Wenn wir z.B. die Ergebnisse der Diskussion zur Vorbereitung der Parteikonferenz kritisch betrachten, müssen wir feststellen, daß sogar darüber noch keine volle Klarheit besteht, was

27 „Dokumente SED", Bd. II, S. 119
28 25. bis 28. Januar 1949
29 „Protokoll der 1. Parteikonferenz der SED", S. 8, Dietz Verlag Berlin, 1949 – „1. Parteikonferenz"
30 „1. Parteikonferenz", S. 70-71
31 „1. Parteikonferenz", S. 364

eine Partei neuen Typus ist, welche besonderen Merkmale sie auszeichnen und welche Anforderungen an eine solche Partei gestellt werden müssen.“ [32]

Ackermann beschreibt die Lage der Partei realistischer als Grotewohl, Ulbricht und viele andere RednerInnen. Außerdem stellt er die Notwendigkeit der Partei neuen Typus richtig dar:

„Aber wenn restlos klar sein soll, was eine Partei neuen Typus ist, welche entscheidende Rolle sie zu spielen hat, dann muß vor allem verstanden sein, daß die Arbeiterklasse aller Länder auf allen Etappen ihres Kampfes eine Partei neuen Typus braucht, um ihren Kampf mit Erfolg und zum Siege führen zu können.

Die Notwendigkeit der leninistischen Partei resultiert nicht aus besonderen konkreten Situationen und Aufgaben in einem einzelnen Lande, sie resultiert aus der Internationalen Situation, aus der Epoche, in der wir leben, aus den Aufgaben, die in dieser Epoche dem Proletarier gestellt sind.“ [33]

Diese **zurecht kritische,** richtige Haltung verhindert jedoch nicht, dass sich die falsche Position durchsetzte.

In der „Entschließung der Ersten Parteikonferenz“ wird die Partei neuen Typus unter Punkt IV behandelt. *„1. Die großen Aufgaben, die vor dem werktätigen Volke Deutschlands stehen, machen es erforderlich, das große historische Versäumnis der deutschen Arbeiterbewegung nachzuholen und die SED zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln.*“ [34]

Die Aspekte der neuen Lage und Aufgaben werden aufgeführt, die die Partei neuen Typus notwendig machen.

Der Charakter der Partei neuen Typus anhand der von Stalin formulierten Merkmale der leninistischen Partei wird folgendermaßen begründet:

„Die marxistisch-leninistische Partei ist die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse.“ „Die marxistisch-leninistische Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse.“ „Die marxistisch-leninistische Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats.“ „Die marxistisch-leninistische Partei beruht auf dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus.“ „Die marxistische-leninistische Partei wird durch den Kampf gegen den Opportunismus gestärkt.“ „Die marxistisch-leninistische Partei ist vom Geiste des Internationalismus durchdrungen.“ [35]

Trotz aller Fehler und Mängel der SED – wie die falsche Begründung der Notwendigkeit der Partei neuen Typus, wie die fehlende Selbstkritik an den von sozialdemokratischer Theorie geprägten „Grundsätzen und Zielen“, wie der ausbleibende Bruch mit dem Sozialdemokratismus, wie der unterlassenen Verteidigung der Diktatur des Proletariats – war die Anerkennung des Marxismus-Leninismus und die Zielsetzung, eine Partei neuen Typus zu werden, ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings gab es in dieser Frage ständiges Lavieren und die Koexistenz von gegensätzlichen Positionen.

Die Haupthindernisse auf dem Weg, eine Partei neuen Typus zu werden, waren nicht beseitigt. Trotz Beschlüssen wie auf der 1. Parteikonferenz wurde kein einheitliches Verständnis innerhalb der Partei, unter den Parteimitgliedern, auch nicht innerhalb der Parteiführung darüber entwickelt, was eine Partei neuen Typus ist. Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus wurde nicht wirklich inhaltlich-politisch sondern als ein Kampf gegen die rechten Sozialdemokraten, die Schumacher-Leute, Agenten der „SPD-Ost“ etc. geführt. Letztendlich setzte sich eine Versöhnung der Ex-SozialdemokratInnen und Ex-KommunistInnen auf einer links-sozialdemokratischen Linie mit teilweise marxistisch-leninistischem Anstrich weiter durch.

Parteitag 1950

III. Parteitag der SED

Wir wollen uns noch genauer ansehen, wie sich der weitere Verlauf der Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus gestaltete. Zwischen der **1. Parteikonferenz** und dem **III. Parteitag,** Juli 1950, hat der Parteivorstand mehrere Beschlüsse gefasst, um diese Aufgabe voranzutreiben.

32 „1. Parteikonferenz“, S. 469-470
33 „1. Parteikonferenz“, S. 471
34 „1. Parteikonferenz“, S. 524
35 „1. Parteikonferenz“, S. 526-528

„Besonderer deutscher Weg zum Sozialismus“ und Partei neuen Typus

Aus den Erfahrungen mit der KP Jugoslawien und dem von Gomulka (Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei) vertretenen *„polnischen Weg zum Sozialismus“* wird auf der 12. und 13. Parteivorstandstagung und der 1. Parteikonferenz der SED die Konsequenz gezogen, den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ abzulehnen.

Während der Debatten auf diesen Tagungen des Parteivorstandes über den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ wurde allerdings keine einheitliche Position entwickelt.

Was wurde unter dem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ in der SED verstanden?

In dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wurde das Sowjetsystem abgelehnt und eine parlamentarisch-demokratische Republik propagiert. Dieses antifaschistisch-demokratische Regime sollte die demokratische Revolution in Deutschland vollenden und ein *„demokratischer Weg zum Sozialismus“* eröffnet werden. Das wurde in den „Grundsätzen und Zielen der SED“ festgeschrieben. Im Auftrag des „Sekretariats der KPD“ verfasste Anton Ackermann auf dieser Grundlage den Artikel *„Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“*, und beantwortete diese Möglichkeit positiv. [1]

Pieck verteidigte auf der „Ersten Konferenz der KPD“ 1946 auch diese Theorie und empfahl allen GenossInnen dringend, den Artikel von Ackermann zu studieren: *„In unserem Aufruf vom 11. Juni 1945 haben wir erklärt, daß wir der Auffassung sind, der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, wäre falsch: denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung einer antifaschistisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk. Diese Formulierung in unserem Aufruf war nicht etwa taktischer Natur, um damit ängstliche Gemüter zu beruhigen, sondern entsprach und entspricht eben den Besonderheiten der Lage in Deutschland. (…) Das sind alles Voraussetzungen, die zu schaffen durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt und durch die auch die Möglichkeit des friedlichen Weges zum Sozialismus erschlossen wird.“* [2]

Der „besondere deutsche Weg zum Sozialismus“ war also die Linie der SED, festgehalten in den „Grundsätzen und Zielen“. Trotzdem wird diese Linie nach der „Resolution des Informationsbüros“ der Kominform „Über die Lage der KPJ“ in den innerparteilichen Kämpfen letztendlich Ackermann **alleine** zugeschoben. Ackermann beharrt auf der **13. Tagung** zu Recht darauf: *„Die Sache ist deshalb viel ernster, weil meiner Überzeugung nach die Theorie von einem besonderen deutschen Wege zum Sozialismus nicht nur von einzelnen Genossen vertreten worden ist, sondern in die Ideologie der Partei eingegangen ist. (Zustimmung) Um so ernster müssen wir diese Frage prüfen und bis zu Ende klären.“* [3] **In der Diskussion** stellt Paul Wandel klar: *„Ich bin der Meinung, daß wir in dieser Frage klar sprechen müssen. Der besondere deutsche Weg und die Frage des demokratischen Weges müssen in Verbindung miteinander von uns abgelehnt werden, weil klar ist, daß sich dahinter andere Auffassungen verborgen haben.“* [4] Der als „Linker“ eingeordnete Fred Oelßner bringt **die Fakten** auf den Punkt: *„Es ist doch eine Tatsache, daß die meisten Genossen, vor allem die breiten Mitgliedermassen unserer Partei, aber nicht nur die breiten Mitgliedermassen, sondern auch führende Funktionäre unserer Partei unter dem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus einen demokratischen, einen friedlichen Weg in des Wortes eigentlicher Bedeutung verstanden haben, einen nicht kämpferischen Weg, einen Weg der nicht zur Verschärfung des Klassenkampfes führt, und vor allen Dingen hat man unter diesem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus einen Weg verstanden, auf dem es uns gelingt,* ***uns um die Diktatur des Proletariats herumzudrücken****.“* [5] (Hervorh. TA)

Der besondere deutsche Weg zum Sozialismus wird auf dieser Tagung des Parteivorstandes als **nationalistische, sich vom Boden des Marxismus-Leninismus entfernende Abweichung** abgelehnt, aber der „demokratische Weg zum Sozialismus“, wie er in den „Grundsätzen und Ziele“ verankert ist, wird nicht offen in Frage gestellt.

Im Gegenteil: Als Ackermann anführt, *„der besondere deutsche Weg“* ist *„in die Ideologie der Partei eingegangen“*, wirft Pieck in die Diskussion ein, dass der *„demokratische Weg zum Sozialismus“ „etwas ganz anderes als ein deutscher Weg zum Sozialismus“* sei. [6]

Ackermann verfasst nach diesen Debatten einen Artikel, der am 24. September 1948 im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wird, wo er „Selbstkritik“ übt und den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ ablehnt.

Auf der **1. Parteikonferenz 1949** kritisiert auch Grotewohl die Theorie von einem *„besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“,* die angeblich von Ackermann vertreten würde. Ackermann übt auch auf der 1. Parteikonferenz Selbstkritik und verteidigt nicht seine Meinung, die er auf der 13. Tagung des Parteivorstandes vertreten hatte, nämlich dass „der besondere deutsche Weg“ Linie der Partei war und ist.

Die Verantwortung wird auf Ackermann geschoben, dieser wäscht

1 „Einheit – Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus“, Heft 1, Februar 1946, S. 22-32

2 Pieck, „Probleme Vereinigung“, S. 20-21

3 „13. Tagung des Parteivorstandes der SED 15./16. September 1948“, „Entscheidungen SED“, S. 378-379

4 „Entscheidungen SED“, 1948, S. 387

5 „Entscheidungen SED“, 1948, S. 397

6 „Entscheidungen SED“, 1948, S. 379

Hinsichtlich der ideologischen Ausrichtung beschließt der Parteivorstand Mai 1949 die Anleitung *„Zur Verbesserung des Studiums des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“*. Darin wird festgestellt, dass die Schulung nicht auf einem ausreichenden ideologischen Niveau erfolgt.

Die Aufgabe, Mängel und Schwächen in der Parteiarbeit zu überwinden, wird mit der Entschließung *„Die nächsten Aufgaben der Partei“* an die Parteileitungen gegeben: *„Der Hauptmangel in der Arbeit der leitenden Parteiorgane ist die ungenügende Anleitung und Kontrolle der Arbeit der Grundorganisationen der Partei in den Betrieben und Dörfern, um sie zu befähigen, die Politik der Partei durchzuführen und die Massen von den demokratischen Aufgaben zu überzeugen und ihnen zu erklären, wie die Durchführung dieser Aufgaben erfolgen sollen.“* [36]

Hinsichtlich der Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie wird bemängelt: *„Manchmal gibt es die Ersetzung des ernsten Studiums, der ernsten Erweiterung des marxistisch-leninistischen Wissens und Fachwissens durch leeres Geschwätz. Es gibt Fälle der formalen, schematischen Vermittlung der Lehren des Marxismus-Leninismus, ohne zu erkennen, daß der Marxismus-Leninismus kein Dogma ist, sondern Anleitung zum Handeln.“* [37]

Also wird ein abgehobenes, formelhaftes Lernen und Lehren beklagt, das in keinster Weise in Bezug zur alltäglichen Praxis der ParteigenossInnen steht. Wie wird dem begegnet?

Der Parteivorstand der SED bestätigt März 1950 die Entschließung der Zentralen Konferenz der Parteipresse: *„Die Entwicklung der Presse der SED zu einer Presse von neuen Typus“*: *„Dieses Zurückbleiben ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das theoretische Niveau unserer Presse noch nicht auf die Höhe der neuen, größeren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben unserer Partei gehoben wurde.“* [38] Auch das sind formelhafte und inhaltsleere Aussagen, die nicht in praktisch politischer und theoretischer Beziehung zur politischen Arbeit stehen.

Auf dem **III. Parteitag der SED**, Sommer 1950, wird in den Berichten der verschiedenen Parteiorgane die allgemeine Entwicklung gelobt und die Lage der Partei beschönigt. Nebenbei werden auch Schwächen und Mängel angesprochen. Die Delegierten diskutieren nicht, wie auf der 1. Parteikonferenz, intensiv über die Partei neuen Typus.

Im **Zentrum der Politik** der SED steht nach wie vor die Einheit bzw. Wiedervereinigung Deutschlands. Den gleichen Stellenwert erhält der wirtschaftliche Fünfjahrplan. Das Niveau der Debatte schätzt Pieck so ein: *„Die Diskussion entsprach in ihrer Gesamtheit noch nicht den Anforderungen, die wir als marxistisch-leninistische Kampfpartei an Diskussionsreden auf unseren Parteitagungen stellen müssen.*

Es wurde noch zu sehr berichtet, zu wenig die Probleme unserer Arbeit behandelt, zu wenig neue Aufgaben gestellt, zu wenig Kritik geübt und überhaupt keine Kritik an der Arbeit des Parteivorstandes.“ [39] Was er hier bemängelt, ist im Prinzip die ganz normale, alltägliche sozialdemokratische „Debatten“-Praxis!

Die Partei neuen Typus wird in den Entschließungen unter Punkt VII behandelt. Hervorzuheben ist folgende Feststellung: *„Die vom Vereinigungsparteitag beschlossenen ‚Grundsätze und Ziele‘ sind überholt, weil*

36 „Dokumente SED “, Bd. II, S. 288-289, 24.08.1949
37 „Dokumente SED“, Bd. II, S. 289
38 „Dokumente SED “, Bd. II, S. 442, 15. 03.1950
39 „Protokoll des III. Parteitages der SED“, S. 218, Dietz Verlag Berlin, Bd. II, 1951 „Protokoll III. Parteitag“

sich mit Selbstkritik rein und damit wird die SED reingewaschen. **Opportunismus pur!**

Damit wurde offiziell der „besondere deutsche Weg zum Sozialismus“ verdammt und abgelehnt. Aber inhaltlich hat die SED diese Politik weiter verfolgt. Ulbricht schätzt nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der III. Parteikonferenz der SED, unter der Überschrift *„Der friedliche, demokratische Weg zum Sozialismus“,* rückblickend die Auseinandersetzung so ein:

„Wenn wir von den Ergebnissen des ersten Fünfjahrplans ausgehen, so können wir eine Bilanz der Politik ziehen, die unsere Partei seit 1945 durchgeführt hat. Es hat viele Diskussionen darüber gegeben, wie es mit dem friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus bei uns steht. Dabei wurde offenkundig, daß manche gar nicht wußten, daß wir diesen Weg gegangen sind. Das haben sie erst gemerkt, als die Diskussionen darüber in bezug auf die kapitalistischen und antiimperialistischen Länder begann. In Wirklichkeit sind wir jedoch seit 1945 den friedlichen, demokratischen Weg gegangen. Manche sagen: Ihr habt kopiert, was in der Sowjetunion war. Aber das stimmt nicht. Wir haben 1945 erklärt, daß wir das sowjetische System nicht kopieren können, sondern den Weg gehen müssen, der den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht. Das haben wir getan. Es war der friedliche, demokratische Weg.“ [7]

Die Ablehnung des „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ 1948/1949 war eine formelle, opportunistisch-revisionistische Politik der SED.

7 W. Ulbricht, „Zu einigen Problemen der III. Parteikonferenz“, 05.04.1956, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. VI, S. 10, Dietz Verlag, 1962

*die **Minimalforderungen im wesentlichen** erfüllt sind und die Grundsätze sowie das Ziel der Partei jetzt präzis formuliert werden müssen. Trotz der erzielten Erfolge stellt der III. Parteitag fest, daß die Entwicklung der SED zur **Partei neuen Typus nicht mit den Erfordernissen der Entwicklung** Schritt hält.*

*Darum betrachtet es der Parteitag als die wichtigste innerparteiliche Aufgabe, die SED in kürzester Frist zu **einer wirklich marxistisch-leninistischen Kampfpartei** zu entwickeln."* [40] (Hervorh. TA)

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, werden die von Stalin im Jahre 1925 der KPD als unerlässliche Voraussetzung für ihre Entwicklung zur Partei neuen Typus aufgeführten zwölf Bedingungen „als wegweisend" anerkannt.

Wie wendet die SED aber diese Kriterien in der politischen Theorie und Praxis an? Die Partei macht keine tiefgehende Selbstkritik, verhüllt vielmals ihre Fehler, vertritt eine neue Politik ohne die vorhergehende Politik infrage zu stellen bzw. offen selbstkritisch zu revidieren. Die „Grundsätze und Ziele der SED"

werden als „überholt" dargestellt, aber nicht als falsch… Und die Begründung ist noch schlimmer.

Warum sind sie „überholt"?

Weil, *„die Minimalforderungen im wesentlichen erfüllt sind"*! Tatsächlich war, wenn man diese Minimalforderungen ernst nimmt, die wichtigste Minimalforderung, die über allen anderen Forderungen stand, nämlich die Einheit Deutschlands nicht erfüllt.

Im Gegenteil: Es existierten zwei deutsche Staaten.

Die wichtigste Änderung im **Statut der SED** auf dem Parteitag war die erstmalige Aufnahme des **demokratischen Zentralismus** als **Organisationsaufbauprinzip** der Partei: *„Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus.*

Dieser Grundsatz besagt: a) daß alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden; b) daß die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden; c) daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind und straffe Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet." [41]

Der demokratische Zentralismus ist eines der wesentlichen Kriterien für die bolschewistische Partei (siehe Schlussfolgerungen der KPdSU). Aber wie wir oben gesehen haben, wurde bereits 1947 behauptet, die SED sei bereits eine Partei neuen Typus, obwohl sie dieses Organisationsmodell nicht angewandt hatte.

Die Beschlüsse der 1. Parteikonferenz über „Innerparteiliche Maßnahmen" werden Teil des Statuts. Dabei wird der Parteivorstand durch ein Zentralkomitee ersetzt, bzw. der Name der Parteiführung umbenannt.

Nach dem III. Parteitag wird **innerparteilich** der Schwerpunkt auf das Studium in der Partei mit Hilfe des „Parteilehrjahrs", die Verbesserung von Parteipropaganda und Agitation, die *„Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten sowie Umtausch der Parteimitgliedsbücher und Kandidatenkarten"* gelegt.

Parteischulungen und die Lage der SED

Das Politbüro der SED bewertet die Ergebnisse des ersten Parteilehrjahres, 1950/1951, und legt die Aufgaben für das zweite Parteilehrjahr, 1951/1952, fest. Die verstärkte Orientierung auf das Studium des Marxismus-Leninismus wird nicht in erster Linie mit dem **Aufbau einer Klassenkampfpartei, der Entwicklung der Parteimitglieder** begründet sondern:

„Für den Kampf um die Erhaltung des Friedens, um die Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands und um eine glückliche Zukunft unseres Volkes ist das Studium des Marxismus-Leninismus unbedingt notwendig." [42]

40 „Protokoll III. Parteitag", Bd. II, S. 267

41 „Statut der SED", „Protokoll des III. Parteitages der SED", Bd. II, S. 313, Dietz Verlag, 1951

42 „Die Ergebnisse des ersten Parteilehrjahres und die Aufgaben der Parteiorganisationen und Propagandisten im zweiten Parteilehrjahr 1951/1952", 07.08.1951, „Dokumente SED", Bd. III,

Das ist eine opportunistische, falsche Ausrichtung.
Selbstkritisch wird eingeschätzt: *„Die entscheidende Schwäche des ersten Lehrjahres bestand darin, daß die meisten Parteileitungen (…) das Parteilehrjahr vernachlässigten. Diese Parteileitungen haben nicht systematisch den Verlauf der Schulungsarbeit, das ideologisch-politische Niveau der Zirkelarbeit und den Besuch der Schulungsabende kontrolliert.*
Manche Parteileitungen haben sich längere Zeit überhaupt nicht mit der Schulungsarbeit befaßt. (…) Ein großer Teil der Propagandisten war der verantwortlichen Aufgabe noch nicht gewachsen, das Studium des Marxismus-Leninismus anzuleiten. Ihr Selbststudium wurde nicht zur Hauptmethode der Zirkelleiter." [43]
Oktober 1951 legt das ZK der SED fest: *„Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge muß das Zentralkomitee ein Zurückbleiben der Entwicklung des ideologischen Niveaus und der ideologischen Arbeit hinter der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung feststellen. In der Partei gibt es immer noch eine Unterschätzung der ideologischen Arbeit, insbesondere bei einem Teil der leitenden Kader der Partei.*
Der Beschluß des III. Parteitages der SED über die grundlegende Verbesserung der ideologischen Arbeit der Partei wird ungenügend durchgeführt. Die Verbesserung der ideologischen Arbeit der Partei und die Hebung des ideologischen Niveaus aller Mitglieder und Kandidaten sind gegenwärtig unsere dringlichsten Aufgaben." [44]
Um diesen Zustand zu ändern, werden Aufgaben in verschiedenen Bereichen festgelegt: *„7. Eine der wichtigsten Aufgaben ist gegenwärtig die Schulung der leitenden Kader in Partei, Staat, Wirtschaft und Massenorganisationen. Das Zentralkomitee verurteilt die Versuche mancher führender Genossen, das begonnene Fernstudium an der Parteihochschule ‚Karl Marx' aufzugeben, und betont, daß eine Einstellung dieses Studiums nur mit Zustimmung des Sekretariats des ZK gestattet ist. Der auf Beschluß des Politbüros des ZK gebildete Sektor für organisiertes Selbststudium bei der Propagandaabteilung des ZK muß dafür Sorge tragen, daß das organisierte Selbststudium gründlich durchgeführt wird."* [45]
Aus den Ergebnissen der Überprüfung der Mitglieder und KandidatInnen wird die Aufgabe für die Partei hervorgehoben:
„Die Überprüfung hat gelehrt, daß die Partei ihre ideologische Arbeit, die Erziehung der Parteimitglieder und der werktätigen Massen verstärken und verbessern muß. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die feindlichen Einwirkungen auf die Parteimitglieder nicht mehr vorhanden sind. Die Wirkungen können nur ausgeschaltet werden durch die Festigung des ideologischen Zustandes, des Parteibewußtseins und der Parteidisziplin." [46]
Das ZK der SED stellt Februar 1952 in der *„Direktive für die Wahlen der Delegierten zur II. Parteikonferenz und die Neuwahlen der leitenden Parteiorgane von den Grundorganisationen bis zu den Landesleitungen"* folgende undemokratische, bürokratische Fehlentwicklung fest: *„In vielen Leitungen und leitenden Parteiorganen ist zu verzeichnen, daß ein* ***großer Teil*** *der* ***gewählten Leitungsmitglieder*** *ausgeschieden ist und die* ***Mehrheit der Leitung aus kooptierten Mitgliedern*** *besteht, was unzulässig ist und eine Verletzung der innerparteilichen Demokratie darstellt."* [47] (Hervorh. TA)
Diese Beschlüsse der SED zeigen deutlich, dass die Parteiführung **sich zwar darum bemüht**, **aber völlig bürokratisch,** die Lage der Partei, der Parteimitglieder in ideologischer, politischer Hinsicht und auch die Parteidisziplin zu verbessern. Die Beschlüsse sind notwendig, um die Linie der Partei klar zu stellen und die Parteimitglieder dafür zu rüsten, den Kampf erfolgreich führen zu können.
Wenn aber die Mehrheit der Parteimitglieder – zum Teil auch der Parteikader und führenden GenossInnen – **nicht das notwendige Bewusstsein und ideologische Niveau haben,** können die Beschlüsse, auch wenn sie richtig sind, nicht umgesetzt werden. Außerdem kann diese konkrete Lage der Partei nicht nur durch Beschlüsse verbessert werden. Hier ist eine langjährige ständige, systematische Überzeugungsarbeit notwendig.
Die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus konnte nicht innerhalb einiger weniger Jahre verwirklicht werden. Aufgrund der sehr komplexen objektiven Bedingungen, wie auch vieler Schwächen, Fehler und Mängel des subjektiven Faktors, der Partei.
Die Alternative, dass **KPD und SPD** nach 1945 nebeneinander als **eigenständige Parteien** weiterexistieren, wäre von vorneherein besser und richtig gewesen. Die Einheit der antifaschistischen, demokratischen Aktion der Arbeiterklasse hätte auch ohne opportunistisch vereinheitlichte Mischmaschpartei erreicht werden können. Die KPD hätte dann ohne sozialdemokratischen Ballast viel größere Möglichkeiten gehabt, sich zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei, zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln.
Trotz all dieser Tatsachen wird auf der **II. Parteikonferenz** von Ulbricht in seinem Referat deklariert, dass die SED eine Partei neuen Typus geworden ist: ***„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat sich***

S. 537
43 „Dokumente SED", Bd. III, S. 539-540
44 „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei", „Dokumente SED", 20.10.1951, Bd. III, S. 570-571
45 „Dokumente SED", Bd. III, S. 578
46 „Dokumente SED", Bd. III, S. 599-600
47 „Dokumente SED", Bd. III, S. 724, 22. 02.1952

zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt. Vor der Partei steht die geschichtliche Aufgabe, die Arbeiterklasse und die Werktätigen auf den Weg des Aufbaus des Sozialismus vorwärtszuführen, eine Aufgabe, in der sich die SED als marxistisch-leninistische Partei, als die Vorhut des deutschen Volkes bewähren muß. *(Starker Beifall)*" [48]

Allein wenn der Beschluss der II. Parteikonferenz hinsichtlich der Aufgaben der Partei und Parteileitungen genauer eingeschätzt wird, sehen wir, dass die SED sich in diesem Zeitraum nicht zu einer Partei neuen Typus, nicht zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt hatte.

Von der II. Parteikonferenz 1952 bis Ende 1956

Auf der II. Parteikonferenz stellte die SED fest, dass sie sich bereits zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt hat.

Diese Einschätzung wurde von Walter Ulbricht mit folgenden Argumenten begründet: *„Der erfolgreiche Kampf um den vom III. Parteitag beschlossenen Fünfjahrplan, die Vertiefung des Studiums des Marxismus-Leninismus, das Ergebnis der Überprüfung der Parteimitglieder wie der Beschluß des Zentralkomitees über die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik haben zur Erhöhung des Niveaus der Parteiarbeit beigetragen und zu bedeutenden Erfolgen in der Gewinnung der Massen für unsere Politik geführt."* [49]

Dabei wird Gemüse und Obst vermischt! Der Beschluss über den wirtschaftlichen Fünfjahrplan kann kein Maßstab für den Charakter einer marxistisch-leninistischen Partei sein.

Kriterien hierfür sind, wie bereits oben genannt, ihre politische Linie, die Einheit der Theorie und Praxis, die innerparteiliche Demokratie und der Zentralismus, die Verbindung von Partei und Massen, die Qualität der Kader etc.

Auch die **Überprüfung der Parteimitglieder** ist kein Maßstab, ob die SED eine marxistisch-leninistische Partei ist oder nicht. Die programmatische Grundlage der SED war nach wie vor „Grundsätze und Ziele der SED".

SED Vereinigungsparteitag 1946
1 298 000 Mitglieder

II. Parteitag 1947
1 800 000 Mitglieder

III. Parteitag 1950
1 750 000 Mitglieder und KandidatInnen

IV. Parteitag 1954
1 200 000 Mitglieder und KandidatInnen

Auf dieser Grundlage wurden die Mitglieder eingeschätzt. Und noch wichtiger war, dass diese Überprüfung der Mitglieder in erster Linie als ein Kampf gegen *„parteifremde und feindliche oder moralisch unsaubere Elemente und Karrieristen"*, insbesondere gegen die Spione der „SPD-Ost" geführt wurde.

Das Ergebnis der Überprüfung wurde vom ZK der SED hoch gelobt. Trotzdem wurde gleichzeitig als eine der nächsten Aufgaben festgelegt:

„Die Überprüfung hat gelehrt, daß die Partei ihre ideologische Arbeit, die Erziehung der Parteimitglieder und der werktätigen Massen verstärken und verbessern muß. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die feindlichen Einwirkungen auf die Parteimitglieder nicht mehr vorhanden sind. Die Wirkungen können nur ausgeschaltet werden durch die Festigung des ideologischen Zustandes, des Parteibewußtseins und der Parteidisziplin." [50] Das heißt im Klartext, nach wie vor waren ideologische Festigkeit und Parteibewusstsein noch nicht soweit entwickelt, wie das für eine marxistisch-leninistische Partei notwendig war.

Wie sah es mit der Vertiefung des Studiums des Marxismus-Leninismus aus? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir nicht nur von den Beschlüssen ausgehen und sie als Maßstab nehmen, sondern von der Realität und anschauen, wie das ideologische und politische Bewusstsein der Mitglieder wirklich war. Dafür ist es notwendig, die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg konkret zu bewerten.

Pieck hat auf der 1. Parteikonferenz eine realistische Einschätzung des ideologischen Bewusstheit in der KPD vorgenommen: *„Wir sollen uns der großen Aufgaben wohl bewußt sein, die sich daraus ergeben, daß in den zwölf Jahren Hitlerdiktatur der größte Teil unserer Funktionäre, von den Massen schon gar nicht zu reden, von unserer wissenschaftlichen Lehre völlig abgeschlossen war und daß die faschistische Ideologie bei alledem doch manchen Einbruch in das Denken unserer Genossen verursacht hat."* [51]

Die KPD hat unter dem Nazifaschismus in der tiefen Illegalität weiter gekämpft. Tausende KommunistInnen wurden in Gefängnisse und KZs geworfen. Die politische und theoretische Diskussion und Bildung unter solchen Bedingungen war fast unmöglich.

Hinzu kommt, dass viele kommunistischen Kader im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben verloren hatten. Der Kaderstamm der KPD hat sich in den Jahren des Kriegs qua-

48 „Protokoll der II. Parteikonferenz der SED", S. 129, Dietz Verlag Berlin, 1952,

49 „Protokoll der II. Parteikonferenz der SED", S. 129, Dietz Verlag, 1952

50 „Die Ergebnisse und Lehren aus der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten und die sich daraus ergebenden Aufgaben", „Dokumente SED", Bd. III, S. 599-600, Dietz Verlag, 1952

51 Pieck, „Probleme der Vereinigung", S. 24-25

litativ und quantitativ nicht verstärkt sondern wurde geschwächt.

Was die Kader der SPD, mit der sich die KPD zur SED vereinigt hatte, betrifft, waren sie natürlich keine KommunistInnen sondern SozialdemokratInnen.

Für die SPD und ihre Mitglieder war die marxistisch-leninistische Ideologie bis zur Vereinigung natürlich kein Thema gewesen. Pieck fordert aus der sich daraus ergebenden Situation: *„In diesem Zusammenhange kommt auch der Schulung der Parteimitglieder der SED eine große Bedeutung zu. Die SED wird hunderttausende Mitglieder haben, die unsere sozialistische Wissenschaft nicht einmal dem Namen nach kennen. Selbst bei den alten Mitgliedern der beiden Parteien sind in den 12 Jahren der Hitlerdiktatur große Bildungslücken entstanden, die wir auch ausfüllen müssen."* [52]

Die SED hat sich darum bemüht, diese Probleme mit unterschiedlichen Methoden und Mitteln zu ändern und zu verbessern. „Politische Bildungsabende" wurden organisiert und 14-tägig erscheinende „Sozialistische Bildungshefte" herausgegeben.

1. Mai 1952

Das Hauptproblem war, dass der Inhalt der Schulungen, wie zum Beispiel in den „Bildungsheften", auf den „Grundsätzen und Zielen der SED", auf einer links-sozialdemokratischen Politik basierte und bis Mitte 1948 nur vom „konsequenten Marxismus", **nicht vom Marxismus-Leninismus** ausgegangen wurde. Dadurch konnten die Parteimitglieder sich nicht auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu KommunistInnen entwickeln.

Herbst 1950 wurde das „Parteilehrjahr" eingeführt. Über das zweite „Parteilehrjahr 1951/1952" stellt das Politbüro der SED fest: *„Jedoch zeigen sich bei der Durchführung des zweiten Parteilehrjahres eine Reihe ernster ideologischer Mängel.*

Dies kam vor allem darin zum Ausdruck, daß solche Fragen wie: die nationale Frage in Deutschland in der gegenwärtigen Lage; das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern; die Liquidierung der Auffassung von Gleichmacherei; das Verhältnis zur Intelligenz, nicht genügend erklärt wurden. Es wurde ein ungenügender Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse und die Werktätigen geführt und die Rolle des Sozialdemokratismus, der Ideologie und Politik der rechten sozialdemokratischen Führer im Dienste der amerikanischen und deutschen Imperialisten, ungenügend entlarvt." [53]

Was wir hier noch einmal bewusst machen wollen, ist folgendes: Auch wenn die angesprochenen Themen genügend erklärt und die Rolle der Sozialdemokratie, der rechten sozialdemokratischen Führer sowie amerikanischen und deutschen Imperialisten genügend entlarvt worden wären, würde der **Inhalt der Politik** der SED bestimmen, ob sie marxistisch-leninistisch ist. Bei allen Fragen, die hier aufgelistet sind, hatte die SED **selbst keine marxistisch-leninistische politische Linie.**

Die Mängel waren ja nicht nur die bereits beschriebenen. Denn weiter heißt es: *„Jedoch muß kritisch festgestellt werden, daß viele Parteiorganisationen es nicht verstanden, das Interesse der Mitglieder und Kandidaten am Studium der marxistischen-leninistischen Theorie zu wecken und zu erhalten.*

In einer Reihe von Parteiorganisationen, besonders in ländlichen Ortsgruppen, wurde das Lehrjahr nicht durchgeführt.

Auch die Anleitung und Ausbildung der Propagandisten wies ernste Mängel auf. An den Seminaren nahmen im Durchschnitt nur 60 Prozent der Propagandisten teil. Dies bedeutet, daß viele Propagandisten unvorbereitet ihren Zirkel durchführen.

In diesen Seminaren wurden vielfach die in den Zirkeln aufgetretenen ideologischen Unklarheiten nicht behandelt, der Erfahrungsaustausch der Propagandisten nicht entwickelt und das Selbststudium der Propagandisten nicht angeleitet und gefördert." [54]

52 „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 218, Verlag Neuer Weg, 1946

53 „Aufgaben der Parteileitungen und Parteiorganisationen bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteilehrjahres 1952/53", „Dokumente SED", Bd. IV, S. 108-109, Dietz Verlag, 1954

54 ebenda, S. 109

Ausgehend von diesen Einschätzungen des Politbüros der SED müssen wir festhalten, dass die Bewertung Ulbrichts auf der II. Parteikonferenz, die SED habe sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt, nicht der tatsächlichen Lage der Partei entsprach. Auch die folgenden Jahre haben keine qualitativen Änderungen in dieser Richtung gebracht.
Etwa ein Jahr nach der II. Parteikonferenz hat das Zentralkomitee der SED im Bezug auf die Ereignisse vom **17. Juni 1953** die Bildung und Entwicklung der Parteimitglieder folgendermaßen eingeschätzt:
„c) Die bisherige Propagandaarbeit der Partei war unbefriedigend. Statt an Hand das Studiums der Klassiker des Marxismus-Leninismus dessen kämpferischen Geist zu vermitteln, die Parteimitglieder zu selbständigem Handeln zu erziehen und die Theorie als Anleitung zum Handeln darzustellen, verfiel die Propagandaarbeit oft in Dogmatismus, Buchstabengelehrtheit und Talmudismus.
Sie war häufig von den konkreten Aufgaben der Partei losgelöst, so daß sie nicht ihren Hauptzweck erfüllte, die Beschlüsse und die Aufgaben der Partei wissenschaftlich zu begründen. Besonders mangelhaft war die marxistisch-leninistische Schulung der führenden Kader der Partei. (…)
d) Die organisatorischen Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus wurden vielfach verletzt, die innerparteiliche Demokratie schwach entwickelt und Kritik und Selbstkritik ungenügend entfaltet. Besonders wurde die Kritik von unten – häufig aus Angst vor Vergeltung – nur spärlich angewandt.
An die Stelle der Überzeugungsarbeit trat oft nacktes Kommandieren. Statt objektiver Berichte über die wirkliche Lage wurden schöngefärbte Berichte an die oberen Parteileitungen gegeben, um einen ‚guten Eindruck' zu machen.
Die Arbeitsmethode der Parteileitungen, angefangen beim Zentralkomitee, war nicht lebendig genug, sondern häufig papiermäßig-bürokratisch, ohne daß diese Methode genügend energisch bekämpft wurde." [55]
Also nicht nur die Schulung der Mitgliedermassen, sondern auch **die marxistisch-leninistische Schulung der führenden Kader der Partei** war „besonders mangelhaft". Ein fundamentaler Umschwung und eine die ganze Partei umfassende Ausrichtungs- und Schulungsbewegung anhand der wesentlichen Fragen des Marxismus-Leninismus, sowie die Anwendung der Theorie in der gesellschaftlichen Praxis wurde nicht gemeistert.
So ist es kein Wunder, dass der **IV. Parteitag** lediglich festhält, dass die Teilnahme am „Parteilehrjahr" sich sehr verschlechtert hat und aktuell etwa nur ein Viertel aller Parteimitglieder und KandidatInnen umfasst.
Für die Vorbereitung der **III. Parteikonferenz der SED** (März 1956) wird wiederum vom ZK als Fehler die ungenügende Herausbildung des sozialistischen Bewusstseins der Parteimitglieder thematisiert:
„Man kann nicht sagen, daß in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der großen Aufgabe der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Parteimitglieder und der Erziehung der Massen genügende Aufmerksamkeit gewidmet wurde.
Es ist notwendig, in der Partei hartnäckiger gegen das Zurückweichen vor der bürgerlichen Ideologie in theoretischen und praktischen Fragen zu kämpfen. Aber auch gegen die spießbürgerlichen Gewohnheiten ist der Kampf aufzunehmen." [56]
Diese Feststellungen zeigen klar, dass die Behauptung, die SED hätte sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt, höchstens Wunschdenken war.
Statt mit der links-sozialdemokratischen Linie zu brechen und die wirklichen Hindernisse auf dem Weg zu einer Partei neuen Typus wegzuschaffen, landet die SED nach dem **XX. Parteitag der KPdSU 1956** auf einer komplett revisionistischen Plattform. Fast alle bisherigen und aktuellen Schwächen und Fehler der SED werden mit dem „Personenkult" begründet, bzw. gerechtfertigt und der Kampf gegen den „Dogmatismus" auf die Tagesordnung gestellt. Die Begründung des ZK der SED lautet:
„Der Kult mit der Person J. W. Stalins trug auch bei uns dazu bei, daß in der Propaganda nicht der ganze Reichtum der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis vermittelt wurde, daß einzelne Leitsätze dogmatisch, ohne gründliche Analyse der Praxis angewandt wurden. Das Zitatenunwesen erstickte die selbständige marxistisch-leninistische Erörterung vieler Fragen unseres politischen und wirtschaftlichen Kampfes, insbesondere solcher Probleme, die durch die Praxis des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik auf die Tagesordnung gesetzt wurden. (…)
In den Zirkeln gab es nur selten eine lebendige und kämpferische Auseinandersetzung mit solchen feindlichen oder falschen Argumenten, wie sie im jeweiligen Betrieb oder in der betreffenden Parteiorganisation aufgetreten sind. Der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und die Auseinandersetzung mit falschen Auffassungen wurden in den meisten Fällen nur allgemein geführt.
Das ist ein Ausdruck dafür, daß die Propaganda bisher nur ungenügend den parteilichen und kämpferischen

55 „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei", „Dokumente SED", Bd. IV, S. 470, Dietz Verlag, 1954)

56 „Beschluß des ZK vom 27. Oktober 1955, Die neue Lage und die Politik der SED", „Dokumente SED", Bd. V, S. 505, Dietz Verlag, 1956

Geist, der für den Marxismus-Leninismus charakteristisch ist, ausgestrahlt hat." [57]

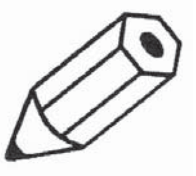
Wenn wir diese Selbstbeschreibung des Sekretariats des ZK der SED als wahr annehmen würden, dann müssen wir feststellen – unabhängig vom Thema des Personenkults – dass die SED sich selbst im Rückblick auf ihre eigene Entwicklung nicht als marxistisch-leninistische Partei einschätzte.

Wenn sie, entsprechend ihrer Selbsteinschätzung, die marxistisch-leninistischen Leitsätze dogmatisch, ohne gründliche Analyse der Praxis angewandt hat, den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und die Auseinandersetzung mit falschen Auffassungen nur allgemein geführt hat, dann ist das Beweis genug: So eine Partei kann keine marxistisch-leninistische Partei sein. Nach der Übernahme der politischen Linie des XX. Parteitags der KPdSU wurde die SED ein weiterer Vertreter der revisionistischen Politik, und der moderne Revisionismus hat die Zukunft der SED bestimmt.

In der nächsten Ausgabe Nr. 86 der Trotz alledem! werden wir im sechsten Teil unserer Artikelserie „DDR Anspruch & Wirklichkeit" folgende Themen behandeln: Politische Linie der II. Parteikonferenz der SED 1952 über den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus; Bewertung des 17. Juni 1953 und des „Neuen Kurs" der SED; IV. Parteitag der SED 1954; 20. Parteitag der KPdSU und 3. Parteikonferenz der SED 1956.

57 „Beschluß über das Parteilehrjahr 1956/57", „Dokumente SED", Bd. VI, S. 68-69, Dietz Verlag, 1958

KRITIK & DISKUSSION



Kritik der Zeitschrift „Rote Front" am 1. Teil der TA-Artikelserie „DDR-Anspruch und Wirklichkeit"

Kritische Anmerkungen von TA zur „Replik: Die Volksdemokratie als Form der proletarischen Diktatur!"

„Die Rote Front" und die Volksdemokratie!

Auf ihrer Internetseite veröffentlichte „Die Rote Front, Kommunistisches Theorieorgan" eine „Replik" mit der Überschrift „Die Volksdemokratie als Form der proletarischen Diktatur". [1] Darin wird der erste Artikel *„Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie"* unserer Serie *„DDR Anspruch & Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?"* [2] kritisiert.

Sowohl aufgrund des Inhaltes als auch des Umfanges werden wir die Schrift der „Roten Front" nicht in der *Trotz alledem!* veröffentlichen. Das würde den Rahmen unserer Zeitung sprengen. Daher werden wir uns in unserer Antwort auf einige grundlegende Themen beschränken. Wir bitten interessierte LeserInnen, sich den Artikel downzuloaden.

Nachfolgend wollen wir zu den wesentlichen vorgebrachten Einwänden und Kritiken unsere Position darstellen. Beim Einstieg zeigt sich eine reichlich arrogante Haltung:

„Normalerweise schreibe ich keine Repliken auf Nischenblättchen von kleinen K-Gruppen in Deutschland, denn von ihnen gibt es zu viele, um alle im Blick zu haben und ihr praktischer Einfluss ist annähernd null. Manche, wie die Komintern (SH), hat man etwas im Blick, um sein Gemüt mit Lachen zu erheitern über ihre Inhalte.

Hier mache ich jedoch eine Ausnahme von der Regel, weil es sich um ein Thema handelt, das viele Genossen auch unabhängig von der Zeitschrift ‚Trotz Alledem' nicht richtig verstehen. Deshalb ist es für sie gewissermaßen ein ‚Die Akazie verfluchen, aber auf den Maulbeerbaum zeigen.' – Kritik an jemand anderem üben, aber das Gegenüber meinen. Außerdem bat mich ein Genosse darum, eine Replik zu verfassen."

Aber das ficht uns nicht weiter an. Der Kernpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung ist das Verständnis des Charakters der Volksdemokratie. Der Autor von „Rote Front" lehnt unsere Einschätzung, dass die Volksdemokratie **keine** Form der Diktatur des Proletariats ist, ab.

In der kompletten „Replik" geht es darum, unsere These zu widerlegen und das mit einer durch und

1 „Replik. Die Volksdemokratie als Form der proletarischen Diktatur", www.die-rote-front.de/die-volksdemokratie-als-form-der-proletarischen-diktatur/ – „Replik"

2 *Trotz alledem!*, Nr. 81, S. 17

durch revisionistischen Linie. Von den VerfasserInnen werden marxistisch-leninistische Grundpositionen von Lenin, Dimitroff und Mao ganz offen revidiert.
Bevor wir uns mit der Kritik beschäftigen, müssen wir selbstkritisch feststellen, dass zumindest eine Kritik an uns berechtigt ist: Nämlich die Kritik, dass wir die SED als „Sozialdemokratische Einheitspartei Deutschlands" bezeichnet haben. [3]
Ja, diesen Schreibfehler haben wir aus Versehen gemacht. Aber der Autor stellt dies so hin, als sei das *„bestimmt kein Zufall, sondern eine Unterstellung"*. Wer unsere Folge-Artikel gelesen hat, kann selber feststellen, dass wir die SED als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands einschätzen und unsere Kritiken auch offen benennen. Daher lehnen wir es ab, dass wir „absichtlich" den Namen der SED gefälscht hätten.
Laut Autor ist die wesentliche Kritik an unseren Positionen: *„Es soll hier hauptsächlich um die Kernfehler des Artikels gehen. Um eine Struktur in die Replik reinzubringen, werden die wesentlichen falschen Thesen hier herausgegriffen und Punkt für Punkt dargelegt:*
1. *Die Volksdemokratie sei keine Diktatur des Proletariats, weil sie ‚Teile der Bourgeoisie' umfassen würde; die Diktatur des Proletariats hingegen bestehe aus der Arbeiterklasse und allen Werktätigen. Dazu kommt noch die Wortklauberei bei Lenin-Zitaten zu diesem Thema.*
2. *Dimitroffs Ansichten über die Volksfront und Einheitsfront, sowie nach der Septemberrevolution in Bulgarien.*
3. *Die Genossenschaft würden ‚zu kapitalistischen Eigentumsverhältnissen tendieren.' und die Sowjetunion sei schon 1919 sozialistisch gewesen.*
4. *Formelle Anerkennung dessen, dass der Kampf um den Sozialismus in jedem Land etwas anders verläuft, während man aber im gleichen Artikel die Volksdemokratien dafür attackiert, dass sie nicht einfach die Sowjetunion mit Haut und Haar kopiert haben.*
5. *Das Drei-Punkte-Schema über das, was laut ‚Trotz Alledem' eine Diktatur des Proletariats ausmachen soll."* („Replik")
Also, es geht letztendlich darum, **was ist die Diktatur des Proletariats? Was ist die Volksdemokratie?** Ob die Volksdemokratie eine Form der Diktatur des Proletariats ist oder nicht?
Wir haben in dem Artikel, der von dem Autor kritisiert wird, unsere Einschätzung dargelegt. Trotzdem scheint es notwendig, noch einmal das ABC des Marxismus-Leninismus hinsichtlich der Diktatur des Proletariats, hinsichtlich des Charakters der Sowjetform eines Staates etc. bewusst zu machen.
Sowohl Sklavenhaltergesellschaft, Feudalgesellschaft als auch kapitalistische Gesellschaft sind auf Ausbeutung beruhende Gesellschaftsformationen. Sie haben alle die gleiche Grundlage – das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Weil das so ist, reifte die jeweils neue sozialökonomische Formation allmählich im Schoße der alten Produktionsweise heran.
So entfaltete sich die bürgerliche Revolution gewöhnlich bei Vorhandensein mehr oder weniger fertiger Formen der kapitalistischen Ordnung, die bereits im Schoße des Feudalismus herangewachsen und ausgereift waren. Die Hauptfunktion der bürgerlichen Revolution bestand darin, dass die Bourgeoisie die politische Macht ergreift, um sie mit der vorhandenen, ja, nach und nach vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaft in Übereinstimmung zu bringen.
Ziel der proletarischen Revolution ist, dass das bürgerliche Privateigentum an den Produktionsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum abgelöst wird und die Beseitigung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Sie findet keinerlei fertige Formen der sozialistischen Wirtschaft vor. Die sozialistische Formation, die sich auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln gründet, kann **nicht** im Schoße der auf dem Privateigentum beruhenden bürgerlichen Gesellschaft heranwachsen.
Die Aufgabe der proletarischen Revolution ist, die Macht des Proletariats zu errichten und eine neue, die sozialistische Wirtschaft, aufzubauen. Die Eroberung der politischen Macht durch die ArbeiterInnenklasse ist nur der Beginn der proletarischen Revolution, wobei diese als Hebel für die Umwandlung der alten Wirtschaft und für die Organisierung der neuen eingesetzt wird.
Aus dieser marxistisch-leninistischen Ansicht schlussfolgernd haben wir in unserem Artikel klar dargestellt: Die politische Voraussetzung für den Sozialismus ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Ohne Errichtung der Diktatur des Proletariats kann keine Rede vom Sozialismus sein. Ohne Diktatur des Proletariats sind keine „sozialistischen Umwälzungen" möglich.
Die Kommunistische Internationale (KI) hat diese marxistisch-leninistische Analyse ihrem Programm zugrunde gelegt: *„Die **Eroberung der Macht durch das Proletariat** ist die **Voraussetzung** der **Entwicklung sozialistischer Wirtschaftsformen** und des kulturellen Wachstums des Proletariats. Das Proletariat gestaltet seine eigene Natur um, reift zum Lenker der Gesellschaft auf allen Gebieten menschlicher Betätigung heran, zieht in diesen Umbildungsprozeß auch die übrigen Klassen hinein und schafft damit die Grundlage für die Beseitigung der Klassen überhaupt."* [4] (Hervorh. TA)

3 ebenda

4 „Programm der Kommunistischen Internationale", Protokoll des 6. Weltkongresses der KI 1928, „Thesen/ Resolutionen/ Programm/ Statuten", Band IV, S. 65, Verlag Carl Hoym Nachfolger, 1929; Reprint: Band II, Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972

Was ist die Diktatur des Proletariats?

In unserem Artikel, der von dem Autor kritisiert wird, stellen wir fest: *„Die Diktatur des Proletariats ist keine Revolution unter Führung der ArbeiterInnenklasse, an der sich auch Teile der Bourgeoisie beteiligen, um mit an die Macht zu kommen. Sie ist nur die Macht des Proletariats im Bündnis mit allen Werktätigen bzw. unterdrückten Schichten. Die Bourgeoisie wird in der Diktatur des Proletariats nicht an der politischen Macht beteiligt sein."* [5]

Das heißt, was die Diktatur des Proletariats ausmacht, ist die ungeteilte Macht der ArbeiterInnenklasse im Bündnis mit allen Werktätigen. Aus den Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin oder der Kommunistischen Internationale können unzählige Beispiele angeführt werden, wie sie genau diesen Wesenszug der Diktatur des Proletariats definiert haben. Wir beschränken uns mit einer Definition von Lenin:

*„Das Wort ‚Diktatur des Proletariats' ist ein lateinisches Wort, und kein werktätiger Mensch, der es hörte, verstand, was das ist, wie das im Leben verwirklicht wird. Jetzt ist dieses Wort aus dem Lateinischen in die modernen Sprachen der Völker übersetzt, jetzt haben wir gezeigt, das die **Diktatur des Proletariats die Sowjetmacht** ist, die Macht, in der **die Arbeiter sich selber organisieren** und sagen: ‚Unsere Organisation steht höher als alle; niemand, der nicht Werktätiger ist, **kein einziger Ausbeuter** hat das Recht, an dieser Organisation teilzunehmen. Diese Organisation ist ganz und gar auf ein einziges Ziel gerichtet – auf den Sturz des Kapitalismus."* [6] (Hervorh. TA)

Die Diktatur des Proletariats ist die Arbeitermacht im Bündnis mit den Werktätigen, wo ***„kein einziger Ausbeuter"*** an dieser Macht teilnimmt. Das Ziel, Sturz des Kapitalismus, ist mit Teilen der Bourgeoisie an der Macht unmöglich umzusetzen. Wer den Kapitalismus stürzen und den Sozialismus aufbauen will, muss sich für die Errichtung der Diktatur des Proletariats einsetzen.

Diskussion über die Form des Staates

Über dieses Thema haben wir bisher keine ausführliche Diskussion geführt. Aber wir haben Dimitroff kritisiert, dass er eine parlamentarische Form mit der sowjetischen Form gleichgestellt hat und statt über den Inhalt über die Form der Macht diskutiert. Die bisherigen Versuche und Erfahrungen zeigen, dass die beste Form der Machtausübung des Proletariats über die Sowjets (Räte) möglich ist.

Es scheint aber, dass von unserem Kritiker der Zusammenhang des Klassencharakters eines Staates mit der Organisationsform des Staates nicht verstanden wird. Die Frage ist, wie ein Staat organisiert und welche Form für die Diktatur des Proletariats am besten geeignet ist. Ist es die historisch überholte repräsentative (parlamentarische) Demokratie oder die entwickeltere Form der direkten, die werktätigen Massen einbindende Sowjet-Demokratie.

MarxistInnen-LeninistInnen haben diese Frage bereits nach der Oktoberrevolution, als die Sowjetmacht errichtet wurde, beantwortet. Zum Beispiel die Kommunistische Internationale auf ihrem II. Weltkongress:

*„Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der **Staats**ordnung; daher kann er durchaus nicht die Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf, noch irgend eine Staatsmacht kennt. Der Parlamentarismus kann auch keine Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Uebergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein.*

*Im Augenblick des zugespitzten Klassenkampfes, im Bürgerkrieg, muß das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als **Kampfesorganisation** aufbauen, in welche die Vertreter der früher herrschenden Klassen nicht zugelassen werden. Dem Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion des ‚Volkswillens' direkt schädlich. Das Proletariat bedarf keiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik."* [7]

Warum wird die **Sowjetform** als die Form der proletarischen Staatsverwaltung favorisiert? Weil, so Lenin:

*„Die Sowjets sind die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen **erleichtert**, den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten.*

Gerade die Vorhut der Werktätigen und Ausgebeuteten, das städtische Proletariat, erhält hierbei den Vorzug, da es durch die Großbetriebe am besten vereinigt ist; es kann am leichtesten wählen und die gewählten Deputierten kontrollieren.

*Die Sowjetorganisation **erleichtert** automatisch den Zusammenschluß aller Werktätigen und Ausgebeuteten um ihre Vorhut, das Proletariat. Der alte bürgerliche Apparat – das Beamtentum, die Privilegien des Reichtums, der bürgerlichen Bildung, der Beziehungen usw. (diese tatsächlichen Privilegien sind um so mannigfaltiger, je entwickelter die bürgerliche Demokratie ist) – all das fällt bei der Sowjetorganisation fort."* [8]

Eine parlamentarische Form schließt die **direkte**

5 *Trotz alledem!*, Nr. 81, S. 20

6 Lenin, „Rede über den Volksbetrug mit den Losungen Freiheit und Gleichheit", „I. Gesamtrussischer Kongreß für außerschulische Bildung", 1919 , Werke Bd. 29, S. 364, Dietz Verlag

7 „Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus", „Protokoll des II. Weltkongresses der KI", 1920, S. 469-470, Reprint, Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972

8 Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Werke Bd. 28, S. 246, Dietz Verlag

Beteiligung der ArbeiterInnen und werktätigen Massen an der Staatsverwaltung aus.
Die ArbeiterInnen und Werktätigen können unter einer Herrschaft mit parlamentarischer Form nicht lernen, den Staat selber zu lenken. In einer parlamentarischen Form der Leitung des Staates werden die ArbeiterInnen im besten Fall zu „gleichberechtigten" WählerInnen, die in bestimmten Zeitabständen ihr Votum abgeben dürfen und von den „gewählten VertreterInnen" regiert werden.
Sie sind nicht die LenkerInnen des Staates. Ohne dass die Massen befähigt werden, ihren Staat selber zu leiten und das auch tun, wird weder der Sozialismus aufgebaut noch kann sich die sozialistische Gesellschaft zu einer kommunistischen entwickeln, in der der Staat abstirbt.
In diesem Zusammenhang führen die Revisionisten des Marxismus-Leninismus das folgende Zitat von Lenin an:
„Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen. Nichts wäre theoretisch jämmerlicher und in der Praxis lächerlicher, als sich ´im Namen des historischen Materialismus´ in dieser Hinsicht die Zukunft grau in grau vorzustellen: das wäre so etwas wie die Pinseleien der Susdaler Ikonenmaler, nichts anderes." [9]
Dies wird auch von dem Autor von „Die Rote Front" zitiert und erläutert: *„Revisionisten zitieren diesen Satz gerne, um ihre kapitalistischen Praktiken zu rechtfertigen."* („Replik") Sehr richtig! Was wir ergänzen können, ist, dass auch der Autor selbst zu dieser Kategorie gehört!
So diskutierte Lenin in seiner Schrift „Über eine Karikatur auf den Marxismus" 1916, als er noch wie Marx und Engels von einer „Demokratischen Republik" sprach. Was Lenin aber nach der Februarrevolution 1917 in seinem Werk „Staat und Revolution" analysiert und nach der Oktoberrevolution vertreten hat, wird einfach unter den Teppich gekehrt:
„Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das

9 Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, Werke, Bd. 23, S. 64, Dietz Verlag

Bisherige Themen aus der Artikelserie

„Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?"

Trotz alledem! Nr. 81 · Mai 2019 – Teil 1

DDR aktuell 30 Jahre Mauerfall, 30 Jahre Einverleibung
Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie

Fragestellung und unser Ausgangspunkt
Ist die Volksdemokratie eine Form der Diktatur des Proletariats?
Ende des Zweiten Weltkriegs und Entstehung der Volksdemokratien
Dimitroff und die Volksdemokratie
Charakter der Volksdemokratie

Trotz alledem! Nr. 82 · September 2019 – Teil 2

Kriegsende, Potsdamer Abkommen, SED-Gründung

Die allgemeine Lage in Deutschland nach der Kapitulation...
Bildung der SMAD und Aufruf der KPD
Potsdamer Konferenz – Beschlüsse über Deutschland
Selbstverwaltungsorgane in der SBZ
Bodenreform
Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD

Trotz alledem! Nr. 83 · Januar 2020 – Teil 3

Gründung der SED – Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone

Vor welchen Aufgaben stand die KPD nach dem Ende des zweiten Weltkrieges?
Unter welchen Voraussetzungen wäre die Vereinigung richtig?
Grundsätze und Ziele der SED
Aufbaupolitik der Sowjetischen Militäradministration
SMAD und Entnazifizierung
Entmilitarisierung, Enteignung,Reparationen, Demokratisierung
Wesentliche soziale Errungenschaften

Trotz alledem! Nr. 84 · Mai 2020 – Teil 4

Von der Einheit Deutschlands zur Spaltung
SED – DDR Oktober 1949 bis Juni 1952

Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland
Potsdamer Konferenz – VI. Außenministerkonferenz, Paris
Kurze Geschichte der Spaltung Deutschlands
Gründung der DDR
Politik der Sowjetunion nach der Spaltung Deutschlands

*Wesentliche wird dabei unbedingt das **eine** sein: **die Diktatur des Proletariats.**“* [10]

Die RevisionistInnen revidieren den Marxismus-Leninismus unter anderem auch dadurch, dass sie die Volksdemokratie zu einer „Form der Diktatur des Proletariats“ deklarieren. Damit wird in Worten die Diktatur des Proletariats anerkannt, während sie deren **Klassencharakter verschleiern**. Dabei wird auch Lenins Haltung über die Formen revidiert.

Lenin spricht für die Zukunft, dass die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse und Werktätigen neue Formen hervorbringen können. Was machen die RevisionistInnen daraus? Die parlamentarische Form der Herrschaft, die von Lenin und allen KommunistInnen damals klar abgelehnt wurde, wird als eine Form der Diktatur des Proletariats ausgegeben. Lenin vertritt aber genau das Gegenteil:

*„Für den Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, für die Diktatur des Proletariats, ist die **Republik der Sowjets** der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten nicht nur eine Form demokratischer Einrichtungen von höherem Typus (im Vergleich zur gewöhnlichen bürgerlichen Republik mit einer Konstituierenden Versammlung als ihrer Krönung), sondern sie ist auch die **einzige Form**, die imstande ist, den schmerzlosesten Übergang zum Sozialismus zu sichern.“* [11] (Hervorh. TA)

Kurz gesagt, wer das Zitat von Lenin aus „Über eine Karikatur auf den Marxismus“ benutzt, um die parlamentarische Form als eine Form der Diktatur des Proletariats zu deklarieren, revidiert die marxistisch-leninistische Theorie über die Form der Diktatur des Proletariats. Das haben Anfang 1946 Anton Ackermann und Wilhelm Pieck benutzt, um die Theorie über den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ zu rechtfertigen.

Später, besonders ab 1948, wurde dieses Zitat von denjenigen, die die Volksdemokratie als eine Form der Diktatur des Proletariats definiert haben, benutzt. Und 2020 wird diese revisionistische Theorie auch von dem Autor von „Die Rote Front“ vehement verteidigt.

„Friedlicher Übergang“

Die angebliche Möglichkeit eines „friedlichen Übergangs“ vom Kapitalismus zur Volksdemokratie, die zu einer Form der Diktatur des Proletariats erklärt wird, wird gegen den notwendigen, gewaltsamen, revolutionären Sturz der Diktatur der Bourgeoisie gestellt.

Für die RevisionistInnen ist der gewaltsame Sturz identisch mit einem Bürgerkrieg. Wenn es aber nicht zum Bürgerkrieg kommt, sei das ein „friedlicher Übergang“ vom Kapitalismus zum Sozialismus. Damit wird der Marxismus-Leninismus doppelt revidiert.

Der gewaltsame Sturz findet seinen Ausdruck nicht einzig und allein im Bürgerkrieg. Gewalt kann unterschiedliche Formen annehmen. Wenn z.B. die ArbeiterInnenklasse und die werktätigen Massen stark organisiert und bewaffnet sind, können sie in einem Aufstand die Bourgeoisie stürzen, das Heer zerschlagen. Wenn die Bourgeoisie nicht in der Lage ist, einen Bürgerkrieg anzuzetteln und sich infolgedessen ergibt, ist das auch ein gewaltsamer Sturz.

Der Autor von „Die Rote Front“ singt eine Loblied auf den „friedlichen Übergang“. Dabei wird auch Mao Zedong als „Zeuge“ angerufen und aus dem marxistisch-leninistischen Text[12] von Mao eine revisionistische Karikatur gemacht. Nur weil Mao sagt *„Wir wollen ein Hinüberwachsen ohne Blutvergießen“*, macht der Autor daraus, Mao trete für den „friedlichen Übergang“ ein. Was ist die marxistisch-leninistische Haltung? Was soll als programmatisch festgelegt werden? Lenin stellt prinzipiell fest: *„Die Frage der Diktatur des Proletariats ist so wichtig, daß jemand, der sie ablehnt oder nur in Worten anerkennt, nicht Mitglied der sozialdemokratischen* (kommunistischen Anm. TA) *Partei sein kann.*

*Aber es läßt sich nicht leugnen, daß es in einzelnen Fällen, als Ausnahme, z. B. in einem kleinen Staat, nachdem in großen Nachbarstaat die soziale Revolution gesiegt hat, **möglich** ist, daß die Bourgeoisie friedlich die Macht abtritt, wenn sie sich von der Aussichtslosigkeit des Widerstands überzeugt und es vorzieht, ihre Haut zu retten. Viel wahrscheinlicher ist es allerdings, daß auch in den kleinen Staaten der Sozialismus **nicht** ohne Bürgerkrieg verwirklicht wird, und deshalb muß das Programm der internationalen Sozialdemokratie **einzig** die Anerkennung eines solchen Krieges sein, wenn auch Gewalt gegen Menschen nicht unserem Ideal entspricht. Dasselbe gilt mutatis mutandis (mit **entsprechenden** Änderungen) auch für die Nationen.“* [13]

Ja, wer von einer theoretischen Möglichkeit ausgehend diese zum programmatischen Ausgangspunkt macht und infolgedessen die ArbeiterInnenklasse und die Werktätigen nicht auf einen Bürgerkrieg vorbereitet, revidiert die marxistisch-leninistische Theorie. Der Sturz der Macht der Bourgeoisie kann nur gewaltsam verwirklicht werden. Was wir bisher kurz zusammengefasst dargestellt haben, sind einige grundlegende Punkte, die MarxistInnen-LeninistInnen von den RevisionistInnen trennen.

10 Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke, Bd. 25, S. 425, Dietz Verlag, 1972

11 Lenin, „Thesen über die Konstituierende Versammlung“, 1917, Werke, Bd. 26, S. 377, Dietz Verlag

12 Mao Zedong, „Die Millionenmassen für die antijapanische nationale Einheitsfront gewinnen“, 1937, AW, Bd. I, S. 335-346,

13 Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus“, 1916, Werke, Bd. 23, S. 63-64, Dietz Verlag

Fünf Kritik-Punkte von „Die Rote Front“

** „Fangen wir nun mit dem **ersten Punkt** an, der Frage der Volksdemokratie und der Diktatur des Proletariats. ‚Trotz Alledem‘ behauptet ja, die Volksdemokratie sei keine Diktatur des Proletariats, weil sie ‚Teile der Bourgeoisie‘ umfassen würde. Dabei wird nirgends klar, was diese ‚Teile der Bourgeoisie‘ genau sein sollen.“* [14]

Ja, wir sind der Meinung, die Volksdemokratie ist weder Diktatur des Proletariats noch eine Form der Diktatur des Proletariats.

Der Autor hat nicht einmal verstanden, dass die Theoretiker der Volksdemokratie am Anfang **nicht** behauptet haben, die Volksdemokratie sei die Diktatur des Proletariats. Stattdessen gingen sie von einer Herrschaft aus, die **„die Funktionen der Diktatur des Proletariats“** ausübt!

Warum die Volksdemokratie keine Diktatur des Proletariats ist, haben wir bereits begründet. Der Charakter eines Staates und einer Gesellschaft wird von dem Klassencharakter der konkreten politischen Macht bestimmt. Bei allen Volksdemokratien waren Teile der Bourgeoisie mit an der Macht. Das ist der grundlegende Unterschied zur Macht der ArbeiterInnenklasse im Bündnis mit den Werktätigen.

Wer waren die „Teile der Bourgeoisie“, die mit an der Macht waren? Der Autor behauptet *„Dabei wird nirgends klar, was diese ‚Teile der Bourgeoisie‘ genau sein sollen.“* Wir haben in unserem Artikel direkt Dimitroff zitiert, welche Klassen in Bulgarien über ihre politischen VertreterInnen mit an der Macht beteiligt waren: Die Kleinbourgeoisie, Mittel- und Großbauern und *„antideutsche Elemente der Bourgeoisie“*. (TA 81, S. 26) Also war nicht „angeblich“ sondern **faktisch** ein Teil der Bourgeoisie mit an der Staatsmacht!

Diese Teile der Bourgeoisie waren Bündnispartner des Proletariats im antifaschistischen Krieg und in der demokratischen Revolution. Sie gehörten in diesem Stadium der Revolution zum „Volk“. Dass sie an der „Volksmacht“, „Volksdemokratie“, in dem „volksdemokratischen Staat“ ihren Anteil hatten, war folgerichtig. Allerdings kann mit einer solchen Staatsmacht nicht der Sozialismus aufgebaut werden. Die Voraussetzung ist das Vorhandensein der Diktatur des Proletariats! Dazu müssen die an der „Volks-Macht“ beteiligten Teile der Bourgeoisie im Verlauf des revolutionären Kampfes entmachtet werden!

Hier ein weiteres Beispiel, wie Lenin revidiert wird. Der Autor zitiert Lenin vom August 1918: *„Die Sowjets der Arbeiter und Bauern, das ist ein neuer Staatstypus, ein neuer, höherer Typus der Demokratie, das ist eine Form der Diktatur des Proletariats, die Art und Weise, den Staat ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu regieren.“* [15]

Lenin spricht von ***„Die Sowjets der Arbeiter und Bauern“***, einem Staatstyp ohne Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie. Was macht der Autor daraus? Weil von „Arbeitern und Bauern“ gesprochen wird, behauptet er: ***„Lenin sah also sehr wohl das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft als Diktatur des Proletariats (…).“*** („Replik“)

Das ist eine bewusste Verfälschung Lenins! Er spricht ausdrücklich **nicht** von der gesamten Bauernschaft. Sondern von den armen Bauern und Bäuerinnen, die in den Sowjets organisiert waren, die *„Bauern, die in Soldatenkleider gesteckt wurden“*. Das waren die armen, meist landlosen Bauern und Bäuerinnen, die Dorfarmut! Es waren nicht die Kulaken. Nicht die GroßgrundbesitzerInnen. Aber das interessiert die RevisionistInnen nicht!

Mit der Bourgeoisie kann kein Kampf gegen die Bourgeoisie geführt werden. Das ist genau der **Kern**, den die RevisionistInnen bei diesem Thema in der Theorie des Marxismus-Leninismus revidiert haben.

Der Autor behauptet auch: *„Im März/April 1909 sah Lenin allerspätestens, dass die Diktatur des Proletariats auch im Bündnis mit der Bauernschaft noch eine ist und wies dort die darauf bezogene Beschuldigung zurück, dass dies bloß ‚volkstümlerisches Gedankengut‘ sei.“* („Replik“)

Das ist eine offensichtliche Fälschung der Fakten. Lenin hat weder vor 1909 noch nach 1909 eine solche Position vertreten. Was sagt Lenin in diesem Artikel wirklich? *„Der Gedanke, die revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft bedeute, daß die Sozialdemokraten in volkstümlerischem Gedankengut befangen seien, kann nur ein Lächeln hervorrufen. Einen solchen Vorwurf müßten die so denkenden Quasi-Marxisten vor allem gegen Kautsky, Marx und Engels erheben. In allen großen bürgerlichen Revolutionen konnte den entscheidenden Sieg nur das (mehr oder minder entwickelte) Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft erringen, und das ist auch die Voraussetzung für den Sieg der **bürgerlichen Revolution in Rußland**.“* [16] (Hervorh. TA)

Lenin spricht hier eindeutig von der bürgerlichen demokratischen Revolution und von revolutionärer Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Die „Bauernschaft“, von der hier Lenin spricht, ist die Bauernschaft, die auch die Kapitalisten im Dorf miteinbe-

14 Replik Rote Front, „Die Volksdemokratie als Form der proletarischen Diktatur“

15 Lenin, „Brief an die amerikanischen Arbeiter“, 1918, Werke, Bd. 28, S. 60, Dietz Verlag

16 Lenin, „Das Kampfziel des Proletariats in unserer Revolution“, 1909, Werke, Bd. 15, S. 379, Dietz Verlag

zieht. Darum redet Lenin auch bewusst von einer **„Diktatur der Arbeiter und Bauern"** und **nicht** von der **„Diktatur des Proletariats"**!
Der Klasseninhalt/-charakter der Diktatur der ArbeiterInnen und BäuerInnen ist identisch mit dem Klasseninhalt/-charakter der volksdemokratischen Diktatur. Das ist weder die Diktatur des Proletariats noch „eine Form" davon! Unser „Kritiker" verfälscht hier unverfroren Lenin, in dem er ihm die Meinung andichtet, Lenin würde „die Diktatur der Arbeiter und Bauern" als eine Form der Diktatur des Proletariats sehen!

In „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" spricht Lenin von „Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie" und der Autor kommt zu der Schlussfolgerung: *„Wie aufgezeigt, wäre es **falsch zu behaupten**, dass Lenin mit ‚gesamter Bourgeoisie' **nicht nur das Großkapital** und dessen Linie meint, sondern **auch die Kleinbourgeoisie**. Mit **Bourgeoisie ohne weitere Zusätze** ist **stets** die **Großbourgeoisie** gemeint, weil sie sozusagen die ‚Bourgeoisie im eigentlichen Sinne' ist."* („Replik")
Lenin braucht keine revisionistischen Übersetzer! Wenn er von der „**gesamten Bourgeoisie**" redet, meint er auch die gesamte Bourgeoisie, Klein-, Mittel- oder/und Großbourgeoisie! Diese Revidierung von Lenin zeigt deutlich, dass der Autor eine antimonopolistische aber nicht eine gesamt-antikapitalistische Haltung vertritt. Alle Bourgeois/Kapitalisten außerhalb der Großbourgeoisie werden nicht als Bourgeoisie und GegnerInnen der proletarischen Macht eingeschätzt.
Das ist auch purer Revisionismus. Dies war einer der größten Fehler der Kommunistischen Weltbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Was unter anderem zu der revisionistischen Theorie führte, dass mit Teilen der Bourgeoisie der Sozialismus aufgebaut werden könnte.
Der Autor verfälscht auch unsere Bewertung von Mao Zedongs Einschätzung über „die Neue Demokratie". Nach dem Zitat von Mao über die drei grundlegenden Typen von Staatsystemen in der Welt wird behauptet: *„Wo die Sophisterei von ‚Trotz Alledem' beginnt, ist die Unterstellung, dass die Neue Demokratie praktisch eine Diktatur der Bourgeoisie sei, weil ihre Klasse ja noch bestehen würde in Teilen."* („Replik")
Im Gegenteil. Wir verteidigen in unserem Artikel die richtige Analyse von Mao: Die „Neue Demokratie" bzw. die Volksdemokratie ist weder Diktatur der Bourgeoisie noch Diktatur des Proletariats.
Sie ist **nicht mehr die alleinige Diktatur der Bourgeoisie** und sie ist **noch nicht die alleinige Diktatur des Proletariats!** Und dies nicht deswegen, weil Teile der Bourgeoisie noch existieren, sondern weil Teile der Bourgeoisie mit an der politischen Macht sind. Die Volksdemokratie ist das Ergebnis einer **demokratischen** (antifaschistischen, antiimperialistischen, antifeudalen) Revolution unter Führung des Proletariats.

***„Punkt zwei**: Über Dimitroffs Ausführungen. Erst einmal zur Volksdemokratie in Bulgarien. ‚Trotz Alledem' zitiert aus Werken von Dimitroff nach der Septemberrevolution 1944, um zu ‚beweisen', dass die Volksrepublik Bulgarien keine Diktatur des Proletariats gewesen sei. Hier seien die Unteranschuldigungen kurz aufgelistet:*

1. Bulgarien habe keine sozialistische Revolution gehabt und deshalb keine Diktatur des Proletariats.
2. Wegen der Zulassung von kleinem Privateigentum seien ‚Teile der Bourgeoisie' an der Macht.
3. Dimitroff habe eine „Zwischenetappe" zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur vertreten." („Replik")

Dimitroff selbst vertritt auch, dass mit der Errichtung der Macht der „Vaterländischen Front" nach dem 9. September 1944 in Bulgarien keine Diktatur des Proletariats errichtet wurde. Das war und ist richtig.
Bis etwa Ende 1947 wurde in Bulgarien keine konkrete Propaganda für den Sozialismus unter den Werktätigen betrieben. [17] Und Dimitroff selbst hat bis zum

17 Siehe auch „Kritische Anmerkungen zum 1. Teil der Serie

V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) die Volksdemokratie nicht als Form der Diktatur des Proletariats bezeichnet, obwohl sie Ende 1947 Anfang 1948 angefangen haben, von Sozialismus als Ziel zu sprechen.

Das sind die Fakten und wir sagen deutlich, dass in Bulgarien keine Diktatur des Proletariats errichtet wurde. Da die politische Voraussetzung des Sozialismus – die Existenz der Diktatur des Proletariats – fehlte, gab es auch keinen Sozialismus!

Der Autor stellt unsere Haltung weiter auf den Kopf: *„2. ‚Trotz Alledem' ereifert sich sehr darüber, dass in Bulgarien noch kleines Privateigentum zugelassen worden ist. Wieder fangen sie deshalb an von ‚Teilen der Bourgeoisie' zu reden. Dimitroff machte klar, dass die Großbourgeoisie enteignet wurde"*. („Replik")

Wir haben nirgendwo behauptet, wegen der Zulassung von kleinem Privateigentum seien Teile der Bourgeoisie an der Macht. Es ist umgekehrt: Weil Teile der Bourgeoisie mit an der Macht waren, wurde **per Verfassung das Privateigentum** – und übrigens nicht nur kleines Privateigentum – und das **„Prinzip der privaten Wirtschaft"**, das heißt kapitalistische Wirtschaftsstrukturen, unter Schutz gestellt. Das war für die Volksdemokratie notwendig und richtig.

Aber das als Sozialismus zu bezeichnen, ist völlig falsch und eine Revision des Marxismus-Leninismus. Dabei wird wiederum die Bourgeoisie mit der Großbourgeoisie gleichgestellt. Wenn die Großbourgeoisie und GroßgrundbesitzerInnen enteignet sind, existiert laut Logik des Autors keine Bourgeoisie mehr!

Der Kritiker weiß selber nicht, worum es bei der Diskussion über die „Zwischenetappe" geht. Erst wird gesagt: *„3. Dimitroff habe eine ‚Zwischenetappe' zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur vertreten."* Und dann weiter im Text: *„ ‚Trotz Alledem' unterstellt, dass laut Dimitroff eine ‚demokratische Zwischenetappe zwischen Faschismus und Sozialismus' möglich sei. Dem ist aber nicht so, das Gegenteil ist wahr."*

Trotz des Unterschieds zwischen beiden Themen ändert sich letztendlich die Haltung des Autors in dieser Frage nicht. Die Ablehnung einer demokratischen Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei und der ArbeiterInnenklasse führt den Autor zu der Behauptung, Dimitroff habe keine Zwischenetappe, das heißt eine demokratische Revolution unter Führung der ArbeiterInnenklasse, die weder bürgerlicher noch proletarischer Diktatur ist, vertreten. Das wird auch hinsichtlich der Einheitsfrontregierung, die den Kampf gegen den Faschismus führte, vertreten.

Ob von einer „Zwischenetappe" oder „Übergangsform" gesprochen wird, ändert nichts an dem Inhalt, den Dimitroff und die KI vertreten haben. In dem vom Autor angeführten Zitat wird festgestellt: *„Möglicherweise wird **die Einheitsfrontregierung** in einer Reihe von Ländern sich als **eine** der wichtigsten Übergangsformen erweisen."* [18]

Das zählt für den Autor nicht. Wichtig ist für ihn, dass Dimitroff in der Polemik gegen die „Rechtsopportunisten" das von ihnen vertretene „demokratische Zwischenstadium" ablehnt.

Hier zeigt sich die nächste Wortklauberei! Was vertreten Dimitroff und die KI hinsichtlich der Einheitsfrontregierung? *„Ich spreche hier nicht von einer Regierung, die nach dem Siege der proletarischen Revolution gebildet werden kann. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß in irgendeinem Lande gleich nach dem revolutionären Sturz der Bourgeoisie eine Sowjetregierung auf der Basis eines Regierungsblockes der Kommunistischen Partei mit einer bestimmten Partei (oder ihrem linken Flügel), die an der Revolution teilnimmt, gebildet werden kann. (…) Das ist vor allem **eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion**.*

Das muß eine Regierung sein, die als Ergebnis der Einheitsfrontbewegung entstanden ist und die in keiner Weise die Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen der Arbeiterklasse einschränkt, sondern, im Gegenteil, entschiedene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten trifft." [19]

Demnach ist für Dimitroff und die KI die Einheitsfrontregierung **keine** Regierung der proletarischen Diktatur. Das haben wir in unserem Artikel [20] auch aus der Resolution der KI zitiert. Fakt ist, dass die KI und Dimitroff im Kampf gegen den Faschismus eine „demokratische Zwischenetappe" zwischen dem Faschismus und dem Sozialismus als möglich betrachteten und vertreten haben. **Und das war auch richtig!**

Was die Zwischenetappe zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur betrifft, trat auch Dimitroff für die Möglichkeit einer demokratischen Revolution ein, unter Führung der Kommunistischen Partei und der ArbeiterInnenklasse, deren Ergebnis nicht die Diktatur des Proletariats wird.

Die Volksdemokratie war bis Ende 1948 für Dimitroff auch keine Sowjetmacht. *„Das Volk muß sein Wort sprechen, muß es frei sprechen. Die Wahlen müssen und werden die Grundlagen unserer bulgarischen Demokratie festigen. Das ist **keine sowjetische sozialistische Demokratie**, aber es ist auch nicht die falsche, verlo-*

DDR Anspruch & Wirklichkeit" und „Unsere Antwort auf den Leserbrief", *Trotz alledem!*, Nr. 83, S. 48-52

18 Dimitroff, „Bericht auf dem VII. Weltkongress der KI", 1935, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 603, Dietz Verlag, 1958

19 Dimitroff, „Bericht auf dem VII. Weltkongress der KI", 1935, AW, Bd. 2, S. 597-598

20 TA 81, S. 22

gene Demokratie Muschanoffs." [21] (Hervorh. TA)
Und weiter: *„Das wird keine Sowjetmacht sein, doch es wird ein Regime der Volksdemokratie, der Ordnung und Gesetzlichkeit, ein Regime der sparsamen Verwendung der Volksmittel und -kräfte, des Aufbaus, der Wiederherstellung unseres Landes und der Sicherung unserer nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität sein.*" [22]
Was ist **diese** Macht denn? Ist das die Diktatur der Bourgeoisie oder die Diktatur des Proletariats? Oder ein „Zwischending"? Weder Diktatur der Bourgeoisie, noch Diktatur des Proletariats! Der Autor kommt zu dem Ergebnis: ***„Jedenfalls ist die Schlussfolgerung von ‚Trotz Alledem' über die Einheitsfrontregierung, dass sie keine Diktatur des Proletariats bedeute, falsch."*** („Replik")
Damit wird der Revisionismus auf eine höhere Stufe getrieben. Weder Dimitroff noch die KI haben vertreten, dass die Einheitsfrontregierung die Diktatur des Proletariats sei. Der Autor versucht, mit allen seinen revisionistischen Theorien zu beweisen, dass die Volksdemokratie die Diktatur des Proletariats sei.
Dass Volksdemokratien keine Räterepubliken waren, wäre für den Autor „das Neue". ***„Es war eine neue Staatsform, kein neuer Staatsinhalt."*** („Replik")!!? Was das heißt, sollen unsere LeserInnen selbst entscheiden…
Unter diesem „Punkt Zwei" wird u.a. auch Stalin als „Zeuge" herangezogen. *„Auch Stalin erkannte die volksdemokratischen Staaten als Diktaturen des Proletariats an, immerhin nannte er sie auf dem XIX. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952* ***‚Stoßbrigaden'****, die neben der Sowjetunion entstanden seien und den Kampf um den Sozialismus für die werktätigen Völker, die noch nicht die Macht errungen haben, die Arbeit vereinfachen.*" („Replik")
Die Formulierung Stalins „Stoßbrigaden" zu benutzen, um daraus seine Anerkennung der Volksdemokratien zu Diktaturen des Proletariats zu erklären, ist wirklich läppisch. In Stalins Schriften gibt es keine einzige Stelle, wo er diese Meinung vertritt, die entstandenen volksdemokratischen Staaten seien Diktaturen des Proletariats! Sie seien sozialistische Staaten!
Auch die DDR hat er, soweit uns bekannt ist, nie als einen sozialistischen Staat bzw. als Diktatur des Proletariats bewertet. Allerdings hat Stalin gegen solche revisionistischen Positionen, die zu seiner Zeit vertreten wurden, weder offen und öffentlich Stellung bezogen, noch deren VertreterInnen namentlich kritisiert. Das finden wir falsch.

21 Dimitroff, „Vorwärts zu einem glänzenden, überwältigenden Wahlsieg", 1945, AW, Bd. 3, S. 256, Dietz Verlag, 1958
22 ebenda, S. 260

** „Nun zu* ***Punkt drei****, der Frage der Genossenschaften. Eine völlige Fehlbehauptung, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderläuft, ist die Behauptung, dass die Genossenschaften nicht sozialistisch seien, sondern ‚zu kapitalistischen Eigentumsverhältnissen tendieren' würden."* („Replik")
Das sozialistische Element der Genossenschaften ist die Vergesellschaftung von Privateigentum an Grund und Boden zu Gruppeneigentum. Das ist ein erster Schritt zur Umwälzung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse auf dem Dorf.
Aber die Genossenschaften sind noch kein Allgemeineigentum, kein staatliches Eigentum wie zum Beispiel die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe, die „Sowjetwirtschaften", die Sowchosen, bzw. die Fabriken und Industrien. Das nach wie vor existierende kapitalistische Element in den Genossenschaften ist das Privateigentum jedes einzelnen Genossenschaftsmitglieds an Boden/Vieh, das es selbst vermarkten kann.
Die Genossenschaften, in denen **Gruppeneigentum** an wesentlichen Produktionsmitteln vorherrscht, sind zwar eine **niedrige Form der Vergesellschaftung des Privateigentums** an Produktionsmitteln. Aber weder diese niedere noch eine höhere Form der Vergesellschaftung, z.B. in Form der **Verstaatlichung**, macht diese automatisch zum „sozialistischen Eigentum".
Was das vergesellschaftete Privateigentum zum sozialistischen Eigentum macht, ist das **Vorhandensein der Herrschaft des Proletariats!**
Heute existiert in vielen kapitalistischen Staaten sowohl kollektives als auch Staatseigentum. Allerdings würde kein/e MarxistIn-LeninistIn auf die Idee kommen zu sagen, das sei sozialistisches Eigentum!
Wir haben konkret über die Genossenschaften in den Volksdemokratien festgestellt: *„Weiter gibt es den Genossenschafts-Sektor, das ist Gruppeneigentum und tendiert eher zu kapitalistischen Eigentumsverhältnissen als zu sozialistischen."* [23]
Statt sich damit auseinander zu setzen, ob das Gruppeneigentum in den Volksdemokratien eher zu kapitalistischen Eigentumsverhältnissen tendiert oder nicht, wird daraus eine allgemeine These gemacht, dass „*Trotz alledem!*" behauptet, *„die Genossenschaften seien nicht sozialistisch".* Ja, die Genossenschaften in den Volksdemokratien waren nicht sozialistisch. Das heißt aber nicht, dass das selbe für die Sowjetunion gültig ist. Dieser platte Vergleich der Volksdemokratien mit der Sowjetunion ist absurd, weil in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats errichtet und der Charakter des Staates sozialistisch war.
Nicht das, was wir geschrieben haben, läuft *„dem Mar-*

23 *Trotz alledem!*, Nr. 81, S. 24

xismus-Leninismus zuwider" sondern die Position der Autor, die Genossenschaften seien an sich sozialistisch.

„Was ‚Trotz Alledem' dazu bewegte, die Genossenschaften zu verdammen, ist unklar. Noch unklarer ist, warum sie die Sowjetunion dann als sozialistisch ansahen, obwohl sie ihre verhassten Genossenschaften besaß." („Replik")

Das ist eine Fälschung unserer Haltung. Wir haben nirgendwo Genossenschaften verdammt. Wir sind sowohl in einer Volksdemokratie als auch unter der Diktatur des Proletariats für die Bildung von Genossenschaften.

Nur mit dem grundlegenden Unterschied zum Autor unterscheiden wir den Charakter der Genossenschaften in den Volksdemokratien von denen in den Ländern, in denen die Diktatur des Proletariats errichtet ist. Die Unklarheit des Autors entsteht aus der falschen Herangehensweise, dass die Volksdemokratie zur Diktatur des Proletariats erklärt wird.

** „Zum **vierten Punkt**, der Frage des Sozialismus in der Sowjetunion 1919. ‚Trotz Alledem' behauptet ja praktisch, dass man in den Volksdemokratien den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben habe, weil ‚Teile der Bourgeoisie' mitherrschen würden.*

Dabei ist ja bekannt, dass dafür der Teufel mit sich selbst uneins sein müsste. Mal polemisch gefragt: Würde sich die Bourgeoisie selbst enteignen, wenn sie angeblich mit an der Macht sei? Natürlich nicht!" („Replik")

Erstens, 1919 gab es die Sowjetunion noch nicht, sondern Sowjet-Rußland und andere sowjetische Republiken. **Zweitens**, wird unsere Position nicht richtig wiedergegeben. Mit Ausnahme der Tatsache, dass Teile der Bourgeoisie mit an der Macht waren und dementsprechend auch mitherrschten.

Ja, die Bourgeoisie wird sich selbst nicht enteignen. Da sind wir uns einig! Aber warum wird nicht hinterfragt, was es bedeutet, dass Teile der Bourgeoisie mit an der Macht waren? Die Antwort ist in der antimonopolistischen Haltung des Autors versteckt… Wo Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer entmachtet sind, gäbe es keine Bourgeoisie mehr, die bekämpft und entmachtet werden müsse.

Nicht verstanden wird von unseren KritikerInnen, dass nach einer Revolution, auch nach einer sozialistischen, in einem Land für eine bestimmte Zeit verschiedene Wirtschaftssektoren noch nebeneinander existieren werden und die Diktatur des Proletariats die kapitalistischen nicht sofort abschaffen kann.

Weiter wird nicht verstanden, dass laut der marxistisch-leninistischen Theorie die Voraussetzung für den Sozialismus und auch für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist, oder diese Analyse wird bewusst revidiert.

Deswegen werden die Maßnahmen in Sowjet-Rußland und später in der Sowjetunion mit den Maßnahmen in den Volksdemokratien verglichen… und also völlig falsch geschlussfolgert: die Volksdemokratien sind Diktatur des Proletariats!

Was seitenweise in dem Kritikpapier von der „Roten Front" über die DDR geschrieben und behauptet wird, war nicht Thema unseres Artikels. Aber wir haben in unseren vorangegangenen Artikeln Einschätzungen über die SBZ und die DDR veröffentlicht, und wir setzen diese Serie auch weiter fort.

** Nun zum **fünften Punkt**. „Trotz Alledem" führt ein Schema aus drei Punkten an, was für sie eine Diktatur des Proletariats ausmacht. Diese lauten: „Anerkennung 1. des demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip der Partei 2. der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und Ablehnung eines ´friedlichen Übergangs´ vom Kapitalismus zum Sozialismus. 3. der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Rätemacht.*

Nun werde ich auf die einzelnen Punkte zu sprechen kommen. Bei Punkt eins fehlt völlig die Parteiideologie, die der Marxismus-Leninismus sein muss." („Replik")

Hier wird unsere Meinung wieder verfälscht. Diese drei Punkte sind nicht unsere Kriterien für eine Dikta-

tur des Proletariats, sondern sind entscheidend dafür, ob eine Partei kommunistisch ist oder nicht.

Jede/r Leserin und Leser kann selbst sehen, worum es geht. Wir haben geschrieben: *„Entsprechend der Theorie des Leninismus über die Kommunistische Partei sind mindestens drei Kriterien für eine Organisation oder Partei notwendig, um kommunistisch zu sein."* [24]

Solch eine klare Aussage wird von dem Autor verfälscht und als Maßstab für die Diktatur des Proletariats genommen. Dann werden wir kritisiert, bei Punkt eins fehle *„die Parteiideologie, die der Marxismus-Leninismus sein muss"*. Der Autor kommt nicht darauf, dass eine Kommunistische Partei auf der marxistisch-leninistischen Ideologie basiert.

Da unsere Meinung verfälscht ist, ist auch folgende Diskussion darüber fehl am Platz. Über den so genannten „friedlichen Übergang" haben wir unsere Meinung schon oben dargestellt.

Letztendlich kommt die Debatte immer wieder an den Punkt, wie der Charakter der Volksdemokratie eingeschätzt wird. *„Ein weiteres Problem ist, dass man das Nebeneinanderbestehen verschiedener Wirtschaftssektoren bei den volksdemokratischen Ländern dafür nutzt, ihnen den sozialistischen Charakter abzusprechen, während die Sowjetunion genau das Gleiche tat."* („Replik")

Für uns ist nicht das *„Nebeneinanderbestehen verschiedener Wirtschaftssektoren"* der Maßstab, sondern der Charakter der politischen Macht. In der Sowjetunion gab es die Diktatur des Proletariats aber nicht in den Volksdemokratien. Nicht mehr und nicht weniger! Am Ende der „Replik Rote Front" wird gefragt:

„Als Schlussfazit für den Artikel könnte man im Bezug auf die Autoren sagen: ‚Trotz Alledem' bleibt eine Erklärung schuldig, warum solche Maßnahmen von Lenin und Stalin, die den Sozialismus in der Sowjetunion schufen, in den Volksdemokratien den Sozialismus nicht erreicht haben sollen." („Replik")

Das ist einfach eine falsche Behauptung. Natürlich haben wir den prinzipiellen, wesentlichen Unterschied erklärt zwischen der Staatsmacht der Volksdemokratie und der Diktatur des Proletariats Sowjet-Rußland, welche durch die Oktoberrevolution 1917 errichtet wurde.

Damit war die politische Macht sozialistisch (und nicht erst 1919) und alle Maßnahmen, demokratische und sozialistische, wurden von dieser ArbeiterInnenmacht durchgeführt. Aufgaben der demokratischen Revolution wurden umgesetzt, ohne die beim Aufbau der Sozialismus nicht vorwärts gebracht werden konnte. Die sozialistische Macht hat die Enteignungen, Verstaatlichungen vorgenommen, und damit wurde der sozialistische Wirtschaftssektor geschaffen. Aber dieser war noch zu schwach, um alle gesellschaftlichen Bedürfnisse zu erfüllen.

Die Sowjetmacht hielt alle Kommandohöhen in der Wirtschaft in der Hand: die Großindustrie, das Verkehrswesen, die Banken, den Boden, den Innenhandel, den Außenhandel. Das machte es möglich, dass unter Kontrolle der Sowjetmacht zeitweise dem Kapitalismus mehr Raum gelassen und die „Neue Ökonomische Politik" (NÖP) verwirklicht werden konnte.

In Sowjet-Rußland, später der Sowjetunion, wurde die **ökonomische Politik** unter der **politischen Herrschaft der Diktatur des Proletariats** umgesetzt. In den Volksdemokratien wurde die ökonomische Politik **nicht** unter der politischen Herrschaft der Diktatur des Proletariats durchgeführt. **Das ist der entscheidende Unterschied** und zeigt, warum in Sowjet-Rußland (Sowjetunion) der Sozialismus aufgebaut werden konnte.

Die Antwort auf die Fragen, „Was ist die Diktatur des Proletariats?" und „Was ist die Volksdemokratie?" unterscheidet die MarxistInnen-LeninistInnen grundlegend von den RevisionistInnen.

Juni 2020

Anmerkung

Die „Rote Front" ist „Theorieorgan" der „Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)", die „Rote Fahne" ihr Zentralorgan. Wir kennen diese Organisation nicht näher und haben uns nicht weiter mit ihr beschäftigt. Wir sind über eine politische Aktion mit SympathisantInnen von der KPD in eine Diskussion über unsere Einschätzung der DDR gekommen. Die Kritik der „Roten Front" an unserem Artikel wurde uns zugesandt und wir finden es für die Diskussion richtig darauf zu antworten.

Aktuell werden auf der Webseite der „Roten Front" politische Statements zur Corona-Epidemie mit teils abstrusen Theorien vertreten. Darin empfehlen sie als *„alternative Informationsquellen Russia Today, Sputnik News" und als „investigativen Journalismus KenFM"*, die angeblich nur „Information ohne Ideologie" vermitteln. Nur Ken Jebsen, Betreiber von KenFM, ist Propagandist von faschistisch, antisemitischen Verschwörungs-Theorien und die russischen Medien sind Propagandaorgane des russischen Imperialismus.

24 *Trotz alledem!*, Nr. 81, S. 20

BERICHT

Friedrich Engels
Kommunist Wissenschaftler Klassenkämpfer

Zu seinem **200. Geburtstag** im Jahr 2020 wurde Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der große Kommunist und Revolutionär, der engste Genosse von Karl Marx, in seinem Geburtsort Wuppertal mit einer **militanten revolutionären Gedenkdemo** geehrt. Ein Bündnis kommunistisch-revolutionärer und linker Organisationen/ Gruppen hatte dazu für den 1. August aufgerufen: Revolutionärer Jugendbund, BIR_KAR, Kommunistischer Aufbau, Trotz alledem!, Studierenden Kollektiv (Wuppertal), MLPD, Rebell, DKP, SDAJ, das Linke Forum, dielinke SDS. Auch antifaschistische Gruppen aus ganz NRW unterstützten diese Aktion aktiv.

Um 13 Uhr verwandelte die Startkundgebung den Wuppertaler Bahnhofsvorplatz, mit Bannern und roten Fahnen in eine entschlossene Kampfarena.

In Erinnerung an Friedrich Engels wurden zahlreiche, politische Agitationsbeiträge zu verschiedenen Themen gehalten. Revolutionäre Kampflieder wurden gemeinsam gesungen. Kulturelle Beiträge wie z.B. mitreißende Rap-Musik begeisterten uns alle.

Die Programmvielfalt, insbesondere die von Kindern rezitierten Gedichte zum Gedenken an Friedrich Engels verliehen der Gedenkdemonstration eine begeisternde Atmosphäre.

Nach diesen Aktivitäten auf dem Bahnhofsvorplatz startete die Gedenkdemo. Auch mit den strengen Hygiene-Maßnahmen, die wir aufgrund der Covid 19-Pandemie eingehalten haben, organisierten wir alle einen lebhaften, kämpferischen und revolutionären Marsch.

Während der gesamten Aktion wurden revolutionäre militante Parolen gerufen. Die wichtigsten lauteten: „Ich war, ich bin, ich werde sein – die Revolution wird die Menschheit befreien!", „One Solution – Revolution!",„Hoch die Internationale Solidarität!",„Solidarität heißt Widerstand – Kampf dem Faschismus in jedem Land!", „Brecht die Macht der Banken und Konzerne!", „A – A – Anticapitalista!", „Klasse gegen Klasse, Krieg dem Krieg – Kampf dem Kapital, bis der Frieden siegt!", „Alle zusammen gegen den Faschismus!",„Streik in der Schule, Streik im Betrieb – das ist unsere Antwort auf eure Politik!", „Besetzung – Streik – Widerstand!", „Was macht den Faschisten Dampf? Klassenkampf, Klassenkampf!"

Vor allem die Jugendlichen haben während des gesamten Demozugs diszipliniert und kämpferisch immer wieder Parolen gerufen. Das war sehr beeindruckend! Die Entschlossenheit der Jugendlichen ist ein kämpferisches Signal und zeigt, dass sich auch in Deutschland langsam aber sicher eine antifaschistisch – sozialistische Bewegung entwickelt.

Wir schätzen die Anzahl der DemonstrantInnen auf ungefähr 300 – 400 Menschen ein. Die Gedenkdemonstration wurde anschließend im Engelsgarten – vor dem Geburtshaus von Engels – beendet. Auch hier haben Engelsbündnis-Organisationen verschiedene kämpferische Redebeiträge gehalten.

Ein junger Genosse von Trotz Alledem hat unseren Beitrag über die Frauenfrage agitatorisch vorgetragen – prima! Zum Abschluss versammelten wir uns alle um ein leckeres Buffet und haben uns bei kollektiver Stärkung gegenseitig ausgetauscht.

Der kapitalistisch-antikommunistischen Abfeierei von Friedrich Engels durch die Stadt Wuppertal haben wir mit unserer Aktion eine Absage erteilt. Ihr Programm „Engels 2000" mit Ausstellungen, Vorträgen etc. ist in seinen politischen Deutungen inhaltlich vulgäre, primitive Hetze gegen den Kommunismus. Eine Verhöhnung der Bedeutung von Friedrich Engels und des Marxismus. Die Inszenierung der Stadt zielt des Weiteren auf die touristisch, kommerzielle Ausbeutung des Engels-Jubiläums. Ganz in Tradition der 200 Jahrfeier zu Marx in Trier vor zwei Jahren.

Allein schon das kleinbürgerliche Motto der Stadt Wuppertal: *„Denker Macher Wuppertaler"* karikiert die bis heute aktuelle, historische Bedeutung Friedrich Engels:

„Kommunist Wissenschaftler Internationalist"

In kämpferischem, lebendigen Gedenken an den herausragenden Kommunisten Friedrich Engels!

200. Ausgabe der Zeitschrift „Yeni Dünya İçin Çağrı" Nordkurdistan/Türkei

Rote Glückwünsche an Redaktion und AktivistInnen!

28 Jahre – Aufruf für eine neue Welt!
28 Jahre – Aufruf für eine Welt ohne Ausbeutung, Krieg, Rassismus, Patriarchat, Nationalismus!
28 Jahre Aufruf – zum organisierten Klassenkampf gegen Kapitalismus & Imperialismus für Demokratie, Sozialismus und Kommunismus!

Am **1. Mai 1992** erscheint die erste Ausgabe der „**Yeni Dünya İçin"** (Für Eine Neue Welt) als monatliches Periodika. Nach 32 Ausgaben, die unter schwersten faschistischen Bedingungen herausgegeben wurden, musste das Erscheinen von Yeni Dünya İçin" 1995 erst einmal gestoppt werden. **1997** am 1. Mai übernahm **„Yeni Dünya İçin Çağrı"** (Aufruf Für Eine Neue Welt) die Fahne der marxistisch- leninistischen Propaganda in Nordkurdistan/Türkei! Bis zur Nr.147 erschien **„Yeni Dünya İçin Çağrı"** weiter als Monatszeitschrift. Von der Ausgabe 148 bis zur Nummer188 wurde die Erscheinungsperiode auf zwei Monate umgestellt.

Zusätzlich erscheint bis heute als Massenzeitung, „**Yeni İşçi Dünyası"** (Neue ArbeiterInnenwelt), die vor Fabriken, in Gewerkschaften und bei Streiks breit verteilt wird. Seit November **2017** erscheint **„Yeni Dünya İçin Çağrı"** im Dreimonats-Rhyhtmus als politisch-theoretische Zeitschrift. Bei wichtigen Ereignissen interveniert die Redaktion zu wichtigen politischen Fragen mit Flugblättern in die aktuellen Klassenkämpfe. Zudem veröffentlicht „**Yeni Dünya İçin Çağrı"** Broschüren und Bücher zu brennenden Themen der internationalen revolutionären Bewegung.

Die **200. Ausgabe** der **„Yeni Dünya İçin Çağrı"** ist ein Zeichen der revolutionären Hartnäckigkeit und der marxistisch-leninistischen Ernsthaftigkeit. Das ist eine tatkräftige Ermunterung für alle RevolutionärInnen weltweit, auch für uns.

Einen breiten Raum in der Zeitschrift**„Yeni Dünya İçin Çağrı"** nimmt die Debatte über die Fragen der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung ein. Aktuell werden in den laufenden Nummern Übersetzungen unserer Trotz Alledem-Artikelserie über die **Entwicklung in der DDR** veröffentlicht. Der Themenkomplex, warum sind der Sozialismus in der Sowjetunion, die Volksdemokratien nach dem 2. Weltkrieg und die DDR am Projekt des Aufbaus des Sozialismus gescheitert, wird auch in Nordkurdistan/Türkei leidenschaftlich debattiert.

Wir gratulieren als Redaktion und im Namen unserer AktivistInnen und UnterstützerInnen unseren revolutionären, marxistisch-leninistischen Geschwistern von **„Yeni Dünya İçin Çağrı"** in Nordkurdistan/Türkei zu ihrer beispielhaften revolutionären Verlagstätigkeit.

Ein Hoch auf den proletarischen Internationalismus!

Wir wünschen weiterhin großen Erfolg beim Verbreiten der revolutionären Wahrheit in der ArbeiterInnenklasse.
Die Welt braucht das!

COVID 19 IST TÖDLICH !
TÖDLICHER IST
DAS KAPITALISTICHE SYSTEM
Trotzalledem!
social change
not climate change
Politischer Kampf und Corona-Schutz sind kein Widerspruch
MENSCHEN STATT
SPARGELREITEN!
STOP RACIST
POLICE VIOLENCE
RACISM KILLS
Solidarity now!
HANAU WAR
KEIN EINZELFALL
Staat & Nazis
Hand in Hand
derstand im ganzen Land
Trotz Alledem!
Antirassistischen
Selbstschutz
aufbauen
massenhaft - militant - organisiert
RASSISMUS + REPRESSION
DAGEGEN HILFT NUR REVOLUTION
KAMPF DEM SYSTEM - TROTZ ALLEDEM
ARKAN·HUSSEIN·KHALAF
2014
VOR DEM ‚IS'
GEFLOHEN,
7.4.2020
IN CELLE
ERMORDET
RASSISMUS TÖTET!
OURY JALLOH
DAS WAR MORD
HANAU
KEIN VERGESSEN!
Kahrolsun
Faşizm
ve
Irkçılık!